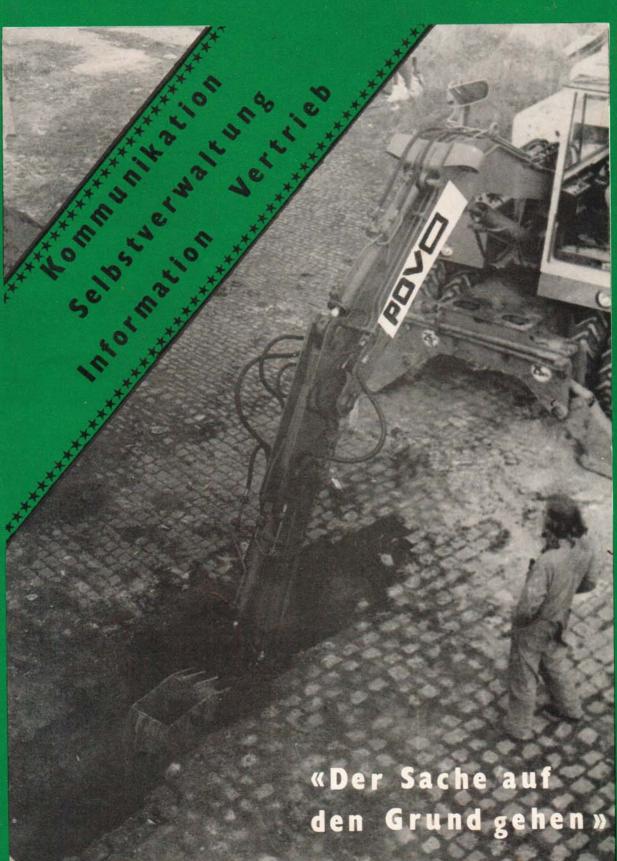
Politisch • Offensive • Vertriebs • Organisation



Alte POVO - Weisheit

POVO

V.i.S.d.P., Lay out u. Druck: Arbeiterselbsthilfe Frankfurt Krebsmühle, 6370 Oberursel 5 Tel.: 06171 / 73496

POVO - Verlag f. Selbstverwaltung

INHALT

3
5
5
7
8
10
11
4
15
16
17
18
21
25
30

POVO — EINE IDEE ENTSTEHT

Auch in ihrer Dauerkrise hat die bundesdeutsche Linke noch nicht verlernt, solidarisch zu empfinden und zu handeln. Situationen von Ausbeutung und Unterdrückung gehen uns nach wie vor auf die Eier(stöcke), wo sich aktiver Widerstand dagegen formiert, sind wir begeistert, versuchen – wo möglich – zu helfen. Das können Solidaritätsadressen sein, Besuche, Veröffentlichungen, finanzielle Unterstützung usw usw

Ein solcher solidarischer Akt ist zum Beispiel gewesen, daß sich viele nach der Besetzung der Uhrenfabrik LIP durch die Belegschaft ganz bewußt LIP-Uhren gekauft haben; bestimmte Gewerkschaftskreise haben diesen Uhrenverkauf forciert, einzelne Genossen haben von Besuchen 10 oder 20 Uhren mitgebracht und im Bekanntenkreis verkauft usw. Für die kämpfende Belegschaft ist ein solcher Akt von Solidarität von größter Bedeutung.

Genossen aus Neu-Isenburg haben bei Besuchen in Okzitanien Kontakt zu den dortigen kämpfenden Winzern gekriegt und eine Solidaritätsaktion daraus entwickelt, die beispielhaft ist: die Winzer wurden dazu animiert, einen begrenzten Teil ihrer Produktion selbst auf Flaschen zu ziehen und über die "VINOC" (den Verein zur Förderung der deutsch-okzitanischen Freundschaft) in Deutschland zu verkaufen. Aus diesem Ansatz hat sich ein regelrechtes Direkt-Besteller-Netz entwickelt, der Weinverkauf für die okzitanischen Winzer über das Gefühl der Solidarität hinaus auch einen ökonomischen Stellenwert gekriegt.

Für uns war es keine größere Schwierigkeit, da mit einzusteigen. Da wir sowieso massiv "im Handel tätig" sind, d.h. einen großen Publikumsverkehr haben, schien es einleuchtend, diese Kunden auch mit den Produkten von LIP und dem okzitanischen Wein zu konfrontieren. Dies noch nicht mal als Akt einseitiger Solidarität, sondern unserer Identifikation mit unserer Arbeit durchaus förderlich: Handel an sich ist schon ne Sache, wo man als Linker nicht gerade drin aufgeht, und die Tatsache, daß wir wegen der hohen Kosten unseres Projekts gezwungen sind, mit hochwertigen Antiquitäten zu handeln, ist nicht unbedingt geeignet, diese Identifikationsschwierigkeiten mit der täglichen Arbeit aufzuheben. Dies an den beiden benannten Punkten ein wenig umzumünzen hat uns also sehr gut ins Konzept gepaßt.

Einmal auf dieser Linie gab's dann auch keine großen Diskussionen, als die Aggi und die Ulli von einem Treffen in Sizilien (diverse italienische Kooperativen hatten sich dort zu einem Erfahrungsaustausch auch mit ausländischen Gästen getroffen) Teppiche aus Alia und Wein mitbrachten, der ebenfal]s in einer Kooperative hergestellt wird, die sich seit Jahren mit der Mafia herumschlagen muß.

Das war nur eine logische Erweiterung des "politischen Verkaufprogramms".



Auf dieser Ebene der reinen Solidaritätsmaßnahme bliebs erstmal ne Weile. Kritische Stimmen, die schon damals meinten, das sei zu wenig, da müsse mehr passieren, blieben - mangels guter Ideen - ziemlich im Hintergrund. Rausgekommen sind bestenfalls Initiativen zur Verstärkung der Werbung für solche Produkte, die Planung von Informationsveranstaltungen etc ... alles auf den Rahmen unserer Möglichkeiten und Räumlichkeiten beschränkt.

Dann - mehr oder weniger zufällig - die Teilnahme der Aggi an einer Fahrt zu einer besetzten Jeans-Fabrik in Belgien, SALIK. Die Rest-Belegschaft schon ziemlich demoralisiert, darauf angewiesen, in kürzester Zeit einen großen Posten ihrer Hosen zu verkaufen.

Das Obliche - etwa 10 oder 20 Hosen mitzunehmen und irgendwie bei uns zu verkaufen - hat absolut keinen Sinn mehr, hilft Null weiter, hier helfen nur noch große Summen und in ganz kurzer Zeit.

Wir haben die Initiative ergriffen, für rund 10.000.-Mark Hosen mitgenommen, in fast allen verfügbaren linken Medien Werbung gemacht, d.h. den Kampf bei Salik geschildert und darauf hingewiesen, daß die Hosen über uns zu beziehen sind, zum Einkaufspreis, versteht sich, und möglichst zum Weiterverkaufen.

Zu spät: als die ersten Reaktionen kamen, als das so langsam anlief, überstürzten sich die Meldungen: die haben aufgegeben, sind raus aus der Fabrik; nein, 20 sind noch drin und wollen weitermachen; auch das stimmt nicht, eine kleinere Gruppe will außerhalb der Fabrik eine eigene Fabrikation aufziehen und dazu aus der Konkursmasse ein oder zwei Maschinen kaufen usw usw ... am Schluß stellte sich dann heraus, daß es tatsächlich schon zu spät gewesen war: das Ganze hätte, um wirkungsvoll zu sein, viel früher anlaufen müssen (d.h. man hätte viel früher über die Besetzung informiert sein müssen!) und zweitens wesentlich effektiver: noch mehr Hosen hätten noch schneller "umgesetzt" werden müssen.



Das ist so der Punkt, wo die Solidarität, wie wir alle sie zu praktizieren gewohnt sind, nicht mehr verfängt, wo die wirkungslos bleibt. Echte Hilfe tut not (oder hätte Not getan), das solidarische Auf-die-Schulter-Klopfen ("macht weiter so!") nützt niemandem, wird zur hilflosen Geste.

Betreten wenden wir uns ab. Resigniertes Schulterzucken.
Nichts zu machen.

NICHTS ZU MACHEN?

Was bedeutet das, wenn wir da stehenbleiben?
Es bedeutet, daß wir in alle Ewigkeiten immer wieder an diesen Punkt kommen werden. Es bedeutet, daß jede Menge Belegschaften - vereinzelt und eine nach der anderen - an diesem Punkt aufgeben müssen. Es bedeutet die Resignation all derer, die da gekämpft haben. Und das immer wiederkehrende Gefühl der Hilflosigkeit bei uns allen, die wir uns die Kämpfe ansehen.

Das Gefühl des Scheiterns an einem solchen Punkt führt fast zwangsläufig dazu, daß wir beim nächsten schon ungeheuer vorsichtig, mit viel Skepsis und Zweifeln und der Vermutung des wahrscheinlichen Scheiterns an die Sache rangehen; sicherlich keine Einstellung, die das Gelingen eines Projekts sehr fördert.

Und wir sind verdammt schnell bei der Hand mit diesen Einschätzungen a la "nichts zu machen".

Aber das wollen wir doch erst mal sehen, ob da wirklich prinzipiell nichts dran zu rütteln ist. Welche Bedingungen sind vorstellbar, von der spontanen, isolierten, begrenzten Solidaritätsaktion weg- und hinzukommen zu einem beständigen und verläßlichen Netz, das in solchen Fällen zur Verfügung steht, in Anspruch genommen werden kann, in der Lage ist, unmittelbar und langfristig Hilfestellung zu leisten?

Und schon sind wir - in groben Zügen - bei der Idee der "POVO", der politisch offensiven Vertriebsorganisation.

Über die vereinzelten Solidaritätsleistungen hinaus der Aufbau eines Netzes quer durch Deutschland, das sich zum Ziel setzt, Produkte aus besetzten, genereller aus selbstverwalteten Betrieben zu vertreiben - und mit den Produkten die nötigen Informationen über die jeweiligen Betriebe.

Wenn sowas funktionieren soll, muß es dauerhaft funktionieren, darf es nicht zeitlich begrenzt, nicht an ein Produkt, an einen Betrieb gebunden sein. Es müßte ein Netz von Vertriebsstellen sein ähnlich dem der "3.-Welt-Läden".

Mit dem kleinen, aber feinen Unterschied, daß hier nicht "in Moral gemacht", sondern politisch offensiv Selbstverwaltung, Selbstbestimmung forciert, tragfähig, lebensfähig gemacht werden soll.

Abzuwarten bleibt, ob sich auf der Grundlage eines solchen bestehenden und funktionierenden Netzes nicht manche Betriebskämpfe - gerade hier in der BRD - über das hinausentwickeln, was bisher möglich war.

Der am weitesten gehende Ansatz war bisher die Betriebsbesetzung der Zementarbeiter in Erwitte. Eine radikalere Form des Streiks als die der Besetzung ist kaum denkbar; und die Erwitter Arbeiter haben an Solidarität keinen Mangel gehabt. Trotzdem – und das macht die Sache so deprimierend – ist ihr Kampf gescheitert, hat sich letztendlich der Unternehmer durchgesetzt. Und das ist nur logisch, weil an keinem Punkt des Kampfes die Fixierung auf den Unternehmer durchbrochen worden ist: er war derjenige, an den sich die Forderungen gerichtet haben, er war derjenige, von dem die Belegschaft die Wiederaufnahme der Produktion erwartet hat. Die Macht der Unternehmer ist die Ohnmacht der Arbeiter. Viel ist die Rede gewesen

von der sozialen Verpflichtung, die jeder Unternehmer habe, die Verantwortung gegenüber den von ihm Abhängigen, an die er gebunden sei: Eigentum verpflichtet. Hohles Gerede, wenn es kein Mittel gibt, einen solchen "Eigentümer" auf diese angeblichen Verpflichtungen festzulegen. Und verflucht leicht – viel zu leicht – für eine Menge Leute (von denen man das garnicht erwartet hätte), an einem solchen Punkt "Solidarität" mit der Belegschaft zu empfinden.

Und wenn nichts anderes dabei rausgekommen wäre: die Aufnahme der Zementproduktion durch die Belegschaft in eigener Regie – ohne und gegen den Willen des Herrn F. C. Seibel – hätte zumindest diese Leute gezwungen, klar Farbe zu bekennen: "soziale Bindung" des Eigentums oder private Verfügung über die Produktionsmittel hoch und heilig und um jeden Preis....

Beim nächsten Mal, in einem ähnlichen Fall könnte sich das ja auf diese Frage zuspitzen. Allerdings nur dann, wenn die entsprechenden Maßnahmen seitens der Belegschaft getroffen werden. Und auf diese Idee können sie in der Tat nur kommen, wenn wenigstens eine geringe Chance besteht, die Produktion auch loszuwerden, abzusetzen, Käufer dafür zu finden ... Zement ist schwierig, logisch, wesentlich schwieriger als etwa Wein oder Pullover oder Schrotbrot oder Schafswolle oder Gläser, Zement ist kein Produkt, das man eben im Vorbeigehen, weil man seinen sozialen Tag hat, mitnimmt, in die Hosentasche steckt, an irgendjemand weiterverschenkt usw. Aber das soll uns nicht schrecken.

Es kann nicht heißen: Produkte wie Zement fallen dann eben von vorneherein raus aus dem offensiven Vertrieb; sondern es muß heißen: der Vertrieb ist derart gut, derart offensiv aufzubauen, daß auch Zement zur Not drüber vertrieben werden kann.

Nichts ist unmöglich, es gibt nur unterschiedliche Grade von Schwierigkeiten. Aber je schwieriger eine Aufgabe, desto größer das Erfolgserlebnis, wenn sie bewältigt ist.

Das wäre so die Einstellung, mit der wir gerne rangehn würden an die POVO.

Bleibtnoch anzumerken zu dieser allerersten Entstehungsgeschichte der POVO-Idee, daß der ausschlaggebende Punkt nicht SALIK war (da waren wir erstmal nur deprimiert und frustriert, als die Sache schon im Ansatz baden gegangen ist), sondern eine Veranstaltung bei uns mit den Frauen der Arbeiter von Erwitte. Was da durchkam an Resignation, was da in der Zwischenzeit wieder kaputt gegangen ist von einem echt guten Ansatz, die Scheinheiligkeit, mit der sich jeder an das Winzige klammert, was noch existiert: "immerhin gibts seit dieser Zeit die Frauengruppe", die Tatsache, daß sich niemand das Scheitern – und damit das prinzipiell Unmögliche des Anspruchs auf "Sicherheit" im kapitalistischen Betrieb – eingesteht –

das hat uns so aufgebracht, daß wir von uns aus Ideen entwickelt haben, wie in Zukunft solches Scheitern nach Möglichkeit zu verhindern sei. Versuchen wir's halt mal mit der POVO.

ZUM RESIGNIEREN IST SPÄTER IMMER NOCH ZEIT GENUG

POVO — DIE IDEE IN DER ENTWICKLUNG

Es gibt Ideen, in denen steckt viel mehr drin, als ursprünglich vermutet. Die Idee der POVO ist eine davon. Zunächst nur als eine Art Unterstützungsverein für besetzte Betriebe und in den Ruin entwickelte Regionen gedacht - Selbstverwaltungs-Caritas -, haben sich beim genaueren Durchdenken vor allem der notwen-

digen praktischen Schritte eine Menge zusätzliche Aspekte aufgetan, die Zug um Zug die POVO umfassender, bedeutungsvoller erscheinen ließen.

Diese gedankliche Entwicklung wollen wir hier versuchen nachzuvollziehen.

DIE POVO - VERBINDUNGSGLIED ZWISCHEN ARBEITER- UND »ALTERNATIV« - BEWEGUNG?

Das Sozialistische Büro hatte uns zu einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Gegenbuchmesse eingeladen. Thema: Arbeiterbewegung und Alternativbewegung.

.

Ein heikles Kapitel. In mehreren Veranstaltungen vorher schon hatten wir versucht, eine mögliche Verbindung zwischen unserem Ansatz, unserem täglichen Kampf für ein verallgemeinerbares Modell menschlichen Lebens und Arbeitens, und dem herauszuarbeiten, was sich in den bundesdeutschen Betrieben allen Unkenrufen zum Trotz immer noch tut. Bislang vergeblich. Zu groß die Kluft: dort der tägliche zermürbende Kleinkrieg um winzige Veränderungen, Verbesserungen, in den meisten Fällen sogar reduziert auf die Ebene des verzweifelten und im Prinzip aussichtslosen Abwehrkampfes gegen dieRationalisierungsoffensive des Kapitals; da bleibt keine Luft für grundsätzliche Oberlegungen, Diskussionen um eine radikal andere, menschliche Arbeits- und Lebenssituation; das scheint zu weit weg, versponnen, Träumerei; aber genau diese Hoffnungs- und Perspektivenlosigkeit macht den täglichen Kampf zum täglichen Frust, zermürbend, lähmend.

Auf der anderen Seite unsere Situation: seit Jahren zusammen arbeitend und lebend; die Betriebe eigenhändig
aus dem Nichts aufgebaut und daher von vorneherein den
eigenen Ansprüchen, Bedürfnissen soweit möglich entsprechend. Hier geht es nicht um kleinste Verbesserungen,
hier geht es laufend um alles oder nichts. Jede – und
sei es die winzigste – "Rationalisierung" muß sich die
radikale Frage gefallen lassen, ob sie unsere menschlichen Bedürfnisse evtl einschränkt. Danach wird entschieden, nicht vom Chef, vom Meister, und auch nicht von
der "Mehrheit", sondern von allen Betroffenen. Kaum

noch nachvollziehbar die brutal eingeschränkte, total fremd- und von Profitinteressen her bestimmte Situation in den Fabriken. Und dennoch: auf uns allein gestellt sind wir in der Sackgasse. Die friedliche Insel inmitten des aggressiven Kapitalismus ist Illusion: wir sind eingebunden in das System von Konkurrenz, Verträgen, Verpflichtungen, befinden uns im ständigen Kampf um's Überleben. Unser Ich - unsere Verhaltensweisen und -möglichkeiten - ist bestimmt über 15, 25, 35 Jahre Leben im Kapitalismus, Erziehung durch und im Sinne des Systems. Wir verhalten uns entsprechend, finden immer wieder von neuem unsere Grenzen.

Mit dem Unterschied (zur betrieblichen Situation), daß für uns solche Grenzen nichts Starres, Unveränderbares, Hinzunehmendes bedeuten, sondern im Gegenteil Provokationen darstellen: Grenzen sind dazu da, überwunden zu werden. In dem Zusammenhang einer der berühmten Merksprüche: reich' jemand den kleinen Finger, und er verlangt die ganze Hand. Da steckt Einiges drin: wir haben in der Weise "Blut geleckt", wir haben schon die "ganze Hand", ein großes Stück vom Kuchen der Freiheit. Jetzt wollen wir noch mehr, sind noch weniger bereit, uns zu bescheiden, mit dem zu begnügen, was wir haben. Und: "wir wollen alles!" war unsere Parole vor ein paar Jahren, zu der Zeit, als wir noch einiges hatten, mehr wollten, eben alles. Von all dem ist nicht mehr viel übrig geblieben, in der gesamtgesellschaftlichen Situation nicht, bei den Linken nicht, und genausowenig im Betrieb.

Es herrscht Ruhe im Land. Friedhofsruhe. Das Kapital verteilt die Karten, und allen, die nicht gerade in Selbstverwaltung leben und arbeiten, bleibt nichts anderes übrig als mitzuspielen, zu reagieren – oder zu passen. Diese gegebene gesellschaftliche Situation muß durchbrochen werden; das ist unser Interesse genauso wie das

der aktiven Kollegen im Betrieb. Aber - so verrückt das auch klingt - es scheint so, als müsse sich erstmal was verändern, bevor sich was verändern kann.

DEN TEUFELSKREIS DURCHBRECHEN, DAS "PRINZIP HOFFNUNG" ZURÜCK IN DIE BETRIEBE, NEUE IDEEN, NEUE KAMPFINHALTE.

3% MEHR LOHN UND 38- STATT 40-STUNDEN-WOCHE - MEHR GELD UND ZEIT FÜR DIE DISCO?

IST ES DAS, WORAUF'S ANKOMMT?

IST ES DAS, WAS WIRKLICH GEWOLLT WIRD?

BROT UND SPIELE WERDEN GEFORDERT UND GEBOTEN, WO ES IN WIRKLICHKEIT UM LEBEN GEHT.

Die Diskussion um Selbstverwaltung, mit allen implizierten Inhalten (Abschaffung jeglicher Hierarchie, gleicher Lohn für alle, gleiche Entscheidungsbefugnis für alle, Gleichstellung der Geschlechter usw usw) in die Betriebe tragen? Da wehren die Kollegen ab: um Gottes Willen, was soll das nützen! Das ist doch überhaupt nicht realisierbar! Bei Euch vielleicht, in Euren alternativen Betriebchen, so am Rande vom Kapitalismus, in seinen Nischen, ohne Konkurrenzdruck, alles nur junge Leute ohne familiäre Verpflichtungen aber hier im Betrieb, die lachen doch nur dadrüber! Und immer wieder das gleiche Mißtrauen: der Hinweis auf die Landfreaks, die Seelenmasseure und die Kaputniks in den orangefarbenen Kutten. Das wird alles in eins gesehen - der alternative Eintopf - und produziert Mißtrauen und dann kann man reden und reden und reden ... und das ist der Grund, warum wir das Wort "alternativ" nicht mehr hören können. -

Die POVO als Hebel, über diese Barriere hinwegzukommen?

Was, wenn es gelänge, einen normal funktionierenden kapitalistischen Produktionsbetrieb, vom normal funktionierenden Management in eine der normalen Krisen geführt und von Stillegung bedroht, in Selbstverwaltung zu "übernehmen", nach den Kriterien der Selbstverwaltung weiterund aus der Krise sogar wieder raus zu führen?

Laufend schließen irgendwo irgendwelche Betriebe. Laufend sind Kollegen von Entlassung und Arbeitslosigkeit betroffen. Die Betriebe bleiben leer, die Produktionsmittel werden verschrottet oder vergammeln. Die Stätte, die zuvor mehreren hundert Kollegen ihren Lebensunterhalt gesichert (und ihren Besitzern ein saftiges Einkommen garantiert) hat, verunziert als Wachstumsruine die Landschaft.

Und trotzdem kommt es in den seltensten Fällen zu Besetzung und Produktion auf eigene Faust.

Da fehlt zu viel.

Da fehlt der Mut, neue Wege zu gehen. Da fehlt die Zuversicht, daß so was auch realistisch ist: geht das überhaupt, einen Betrieb in eigener Regie zu führen? Wer macht denn dann die Arbeit vom Chef? Wo kriegt man die Rohstoffe her, wie organisiert man den Absatz? Usw, usw. Es fehlt das Vertrauen in die eigenen Kollegen (jeder ist sich selbst der Nächste), in sich selbst. Und es fehlt überhaupt erstmal die Idee von sowas: man muß ja erstmal drauf kommen, daß die logische Konsequenz der Betriebsstillegung für einen selber nicht naturnotwendig das resignierte Achselzucken und der Gang zumArbeitsamt sein muß, daß es vielleicht da auch andere Möglichkeiten gibt.

Die deutschen Kollegen - das müssen sie sich sagen lassen - fallen schon bös weit ab im Vergleich zu Franzosen, Italienern, Engländern, was Phantasie im Kampf um Arbeit und Arbeitsplätze angeht.

Dem könnte zwar relativ leicht abgeholfen werden, wenn es in den besagten Ländern Beispiele gäbe für in Selbstverwaltung übernommene Betriebe, die auch funktionieren. Dem ist aber bedauerlicherweise nicht so: dort kommt es zwar zur Besetzung und zur Produktion in eigener Regie; dann haperts aber beim Absatz der Produktion, was zu chronischem Geldmangel und darüber zu enormen Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung und also der Aufrechterhaltung der Produktion führt. Von Boykottmaßnahmen erstmal ganz zu schweigen.

Es wäre Aufgabe der POVO, dem abzuhelfen: dafür zu sorgen, daß besetzte, in Selbstverwaltung überführte Betriebe – ganz gleich wo – auch tatsächlich funktionieren können. Wichtigste Aufgabe dabei – so haben wir gesagt – ist der Aufbau eines funktionierenden Vertriebsnetzes, verknüpft mit Verbreitung von Informationen über den betreffenden Betrieb, um Boykottmaßnahmen und staatliche Sanktionen nach Möglichkeit zu verhindern bzw unwirksam zu machen.

Jetzt zur Verbindung mit den progressiven Kollegen in den Betrieben: die könnten das Zustandekommen eines solchen Netzes und den zu erwartenden Aufschwung der Ükonomie selbstverwalteter Betriebe dazu benutzen, diese Thematik in ihre eigene Arbeit im Betrieb mit einzubeziehen: ein vormals kapitalistisch geführter, jetzt selbstverwaltet fünktionierender – und wirklich funktionierender – Betrieb kann von den Kollegen nicht mehr ohne weiteres als "zu weit weg", als unrealistisch abgetan werden; selbst dann nicht, wenn dieser Betrieb in Frankreich oder Belgien oder sonstwo arbeitet. Der erste nachfolgende Betrieb in Deutschland wäre nur noch eine Frage der Zeit ... und was sich daraus dann ergibt, das ist von hier aus nicht abzusehen, höchstens zu vermuten.

Und als Anhaltspunkt für eine solche Vermutung bietet sich die Geschichte des Kampfes der Erwitter Zementarbeiter an: was hat dieser Mini-Betrieb allein über die Tatsache, daß die Kollegen damals zu einem etwas außergewöhnlichen Kampfmittel gegriffen haben, in Deutschland für Wirbel gemacht! Das Thema Erwitte war eine ganze Weile lang Hauptgesprächsstoff in den entsprechenden Kreisen.

Soweit unsere Idee einer möglichen Verbindung zwischen der POVO und den Aktiven in den Betrieben. In einem eigenen Flugblatt zu der Veranstaltung des Sozialistischen Büros hatten wir die POVO deswegen ansatzweise erklärt und gehofft, über diesen Hebel in eine inhaltliche Diskussion mit den anwesenden linken Kollegen zu kommen. Das hat nicht geklappt.

Wir mußten feststellen, daß es nicht ausreicht, eine Idee unausgereift und unvollständig darzulegen, es fehlt bei den Angesprochenen der Mut (?), die Zeit (?), die Kraft (?), auf eine bloße Idee aktiv einzusteigen und die selbsttätig mit zur Praxis zu entwickeln. Wir sollten sagen, wie wir uns den Aufbau der POVO in der Praxis vorstellen – und dazu hatten wir zu dem Zeitpunkt noch keine Vorstellung.

BAUCHLANDUNG

.

DIE POVO - EIN NETZ VON <u>SELBST-</u> VERWALTETEN VERTRIEBSSTELLEN

In den diversen Fällen, wo es zu Betriebsbesetzungen gekommen ist, hat es Unterstützung gegeben: für die Erwitter Arbeiter ist "Solidaritätszement" in kleinen Beutelchen zum Stückpreis von 1.- verkauft worden. Eine sehr phantasievolle Aktion, wie wir finden, und den damaligen Gegebenheiten entsprechend.

Für LIP haben Gewerkschaftskreise und einzelne Sympathisanten den Uhrenverkauf in Deutschland übernommen: Beweis echter Solidarität, nur leider für eine wirkliche Hilfe ein zu geringer Umfang des Uhrenabsatzes.

Das ist das Problem: um besetzten Produktionsbetrieben ökonomisch unter die Arme zu greifen, ist erforderlich, daß ein gehöriger Teil der Produktion abgenommen werden kann, und daß dies zweitens nicht nur sporadisch – nach Lust, Laune und den jeweiligen zeitlichen Möglichkeiten – geschieht, sondern kontinuierlich: der betroffene Betrieb muß mit dem regelmäßigen Absatz dieses Teils seiner Produktion rechnen können.

Erstens möglichst viel, zweitens regelmäßig.
Wir denken, daß sich dies als "Neben"- oder "Freizeit"Beschäftigung nicht gewährleisten läßt. Was passiert,
wenn etwa eine Autoreifenfabrik stillgelegt und von
den Kollegen weiterbetrieben wird: da nutzt es wenig,
wenn der eine oder andere Sympathisant sich in seinem
Bekanntenkreis "mal rumhört", ob nicht zufällig gerade ein neuer Satz Reifen gebraucht wird. Da ist vielleicht erforderlich eine "konzertierte Aktion" in allen möglichen Städten: LKWs voll Autoreifen gepackt,
Stände im Einkaufszentrum und verkauft wie der Teufel.
Oder dasselbe vorm Fabriktor. Oder beides. Und das immer wieder, solange, bis ein Produkt derart bekannt
geworden ist, daß es praktisch einen neuen "Markennamen" darstellt.

Das Beispiel, um in etwa die Dimension zu umreißen, in der das Projekt POVO vorstellbar ist - und in der wir es uns gerne vorstellen würden. ES SOLL NICHT HEISSEN: <u>ENTWEDER POVO ODER</u> SOLIDARITÄTSMASSNAHMEN - DIES WÄRE EINE FALSCHE KONTROVERSE,

ES HEIBT NUR, DAB WIR <u>ZUSÄTZLICH</u> ZU DEN SOLIDARITÄTSMABNAHMEN INITIATIVEN ZU ECHTER <u>MATERIELLER</u> HILFESTELLUNG BISHER VERMIBT HABEN.

Bei den "gestandenen Linken" - das kann an dieser Stelle gleich angemerkt werden - sind wir prompt auf Unverständnis und Widerstand gestoßen, wenn wir die mögliche Dimension des POVO-Projekts wie oben umrissen haben: "das ist viel zu groß, und alles in der Größenordnung kann nur beschissen laufen". Wohinter die Angst steckt: "das hat kein Mensch mehr im Griff", und dazu kommen wir später noch ausführlicher.

> ALSO: FÜR UNS WAR UNMITTELBAR EINLEUCHTEND, DAB DIE POVO NUR ALS "HAUPTBERUFLICHE" ARBEIT SINNVOLL UND WIRKUNGSVOLL ANGEGAN-GEN WERDEN KANN.

Aus dem ergeben sich Folgerungen: da es keinen breiten Förderkreis gibt, der eine solche POVO-Tätigkeit bezahlen könnte, da zweitens das Entstehen einer solchen Schicht von POVO-Funktionären auch in niemandes Interesse liegen dürfte, gibt es nur die zweite Möglichkeit: es muß versucht werden, daß der Verteiler der in Selbstverwaltung hergestellten Produkte über das Verteilen der Produkte selbst leben kann. Zu deutsch: als eine dauerhaft und wirkungsvoll funktionierende Einrichtung ist die POVO dann denkbar, wenn die POVO-Produkte eine "Handelsspanne" zulassen, die die Existenz der POVO-"Händler" absichert. Da rein gehört die Miete für den evtl existierenden POVO-Laden, die Kosten der ganz bestimmt anfallenden Werbung und Offentlichkeitsarbeit, die Kosten weiterer Betriebsmittel (Tranportmittel?) und der Lebensunterhalt (Lohn?) des/der Verteiler(s). -7Und an der Stelle ging's dann so richtig los mit den Diskussionen bei uns: daß da im Nullkommanichts quer über Deutschland die Läden entstehen, konnte sich - wegen der damit verbundenen Kosten für die jeweilig Interessierten - niemand so recht vorstellen. Gleichzeitig ist aber aus Gründen der Effektivität eine Vielzahl solcher Verkaufsstellen erforderlich. 2,3 oder auch 5 solcher POVO-Läden in ganz Deutschland rechtfertigen nicht den POVO-Anspruch: das ist keine wirkliche Unterstützung für Betriebe oder Regionen, wo es auf massenhaften Absatz ankommt.

Daher der Vorschlag, die schon existierenden (meistens Öko-) Läden daraufhin anzusprechen, die POVO-Produkte mit in den Vertrieb zu nehmen. Beim Wein - aus Okzita nien oder Sizilien - wurde an Kneipenkollektive ge dacht. Dieser Vorschlag fand unmittelbar Widerstand: die meisten dieser Kollektive verstehen sich nicht politisch, werden entsprechend wenig für die Öffentlich keitsarbeit tun, sind rein an den "Prozenten" interes siert, werden sich bei allen schwierig zu verkaufenden Produkten weigern, die abzunehmen usw usw.

Zudem: LIP-Uhren z.B. konnten eine Zeitlang nur illegal oder halblegal verkauft werden, da sie - aus altem LIP-Rohmaterial produziert - als geklaute Uhren galten.
Oder: es gibt sicherlich eine Menge von Produkten aus selbstverwalteten Betrieben, von bedrohten Regionen, von in Entstehung begriffenen Kollektiven usw, an denen nichts "zu verdienen" ist, d.h. die keinen Aufpreis für die Verteilerarbeit zulassen und die dennoch über die POVO vertrieben werden sollen.

Wir sind in der Diskussion so verblieben, <u>beides</u> zu machen; zu versuchen, sich politisch verstehende und so handelnde POVO-Gruppen ins Leben zu rufen und gleichzeitig Kontakt mit Öko-Läden und Kneipen aufzunehmen, um ganz bestimmte Produkte – nach Notwendigkeit – wirklich massenhaft absetzen zu können. (Die Unterscheidung haben wir später präziser hingekriegt an der Diskussion um den POVO-Fonds; darüber wird weiter unten berichtet).

Als Adressaten für eine Diskussion um Gründung echter POVO-Gruppen sind uns damals spontan die SB-Gruppen in den diversen Städten eingefallen.

Und die Vorstellung, daß die POVO, d.h. die Unterstützung und Stabilisierung selbstverwalteter Ansätze, ihrerseits umgekehrt zur Bildung neuer selbstverwalteter Betriebe führen könnte (wenn auch zunächst nur im Bereich Handel), hat uns bös begeistert.

Die ökonomische Seite haben wir nicht so ungeheuer schwierig gesehen: wir hatten selbst sehr gute Erfahrungen gemacht mit dem Verkauf von okzitanischem Wein. Der ist derart gut und vergleichsweise billig, daß er sich sehr gut verkaufen läßt, und dies bei einer "Gewinnspanne" von etwa 25%, was gut einer Mark pro Flasche entspricht.

Der okzitanische Wein wurde damit für uns zu einer Art "Pilot-Produkt": über den Verkauf des Weins kann die lokale POVO-Gruppe sich ökonomisch stabilisieren, den Laden anmieten, notwendige Investitionen vornehmen usw, und Zug um Zug - oder gleichzeitig, wenn's geht - alle anderen Produkte hinzunehmen, ohne auf deren Verkauf - der sich sehr viel schwieriger bewerkstelligen läßt - angewiesen zu sein (ökonomisch).

Den okzitanischen Wein als Pilot-Produkt auszuweisen, hat uns erstmal Schwierigkeiten mit der "Vinoc" – dem Verein für deutsch-okzitanische Freundschaft e.V. eingebracht. Die haben die POVO-Idee im Zusammenhang mit dem Wein-Vertrieb als quasi konkurrentes Projekt begriffen, uns (die ASH) in der Rolle des Großhändlers für Deutschland usw. Die Mißverständnisse sind mittlerweile glücklich geklärt – zu dem Konflikt nehmen wir weiter unten (mehr grundsätzlich) Stellung.

Außerdem haben wir mittlerweile mehrere Produkte, die sich zur Sicherung der Ökonomie von POVO-Vertriebsstellen eignen (Kork aus Sardinien, Wollwaren aus Peru und Bolivien etc).

DIE POVO - NICHT NUR VERTRIEB!!

Die Frage danach, wer für das POVO-Projekt infrage käme, ließ sich nicht beantworten ohne sich gleichzeitig über die angedachten <u>Aufgaben</u> der POVO klarer zu werden.

AUFGABEN DER POVO: 1. Öffentlichkeitsarbeit

Oben ist schon angedeutet, daß die Funktion der POVO nicht auf den reinen Verkauf beschränkt sein kann. Sie hat zusätzlich in breitestem Umfang Offentlichkeitsarbeit zu leisten, über die Produkte und die sie herstellenden selbstverwalteten Betriebe zu informieren.

2. Animation

Auch das aber kann nicht alles sein. Wenn wir davon ausgehen, daß auch weiterhin Betriebe stillgelegt werden (und diese Tendenz wird sich – angesichts der rasant zunehmenden Konzentration der Kapitalien – eher noch verstärken) und <u>über die bloße Information</u> der Existenz selbstverwalteter Betriebe quasi automatisch der Diskussionsprozeß in solchen von Stillegung bedrohten Betrieben hin auf eine evtl Besetzung, Kauf oder sonstwas, jedenfalls hin auf die Obernahme in Selbstverwaltung <u>noch lange nicht</u> ablaufen wird, unser Interesse aber genau das Zustandekommen <u>dieses</u> Diskussionsprozesses ist – dann müssen wir uns zusätzliche Initiativen einfallen lassen.

Denkbar wäre in einem solchen Fall die Kontaktaufnahme zu Vertrauensleuten, Betriebsräten und sonstigen aktiven Kollegen, um mit denen die Möglichkeiten, Schwierigkeiten, Bedingungen einer eventuellen Obernahme zu diskutieren.

Vorraussetzung dazu ist in jedem Fall, daß die lokale POVO-Gruppe über die Entwicklung in den Betrieben ihres Einzugbereichs informiert ist. Das ist möglicherweise schon über die regelmäßige Lektüre der örtlichen Zeitungen zu gewährleisten. Nur kann's dabei passieren, daß man an Informationen erst zu einem Zeitpunkt gelangt, wenn bereits alles "gelaufen" ist. "An der Quelle saß der Knabe ...", und an der Quelle der Informationen über ihren Betrieb sitzen die Kollegen, die drin arbeiten. Meldungen über einschneidende betriebliche Maßnahmen laufen in den allermeisten Betrieben auf der Gerüchteebene um, lange bevor sie "offiziell" gemacht, in öffentlichen Medien gemeldet werden. Es empfiehlt sich also für die lokalen POVO-Gruppen, schon frühzeitig und vorbeugend für den Fall der Fälle Kontakte zu aktiven Kollegen in den sie umgebenden Betrieben aufzubauen und zu pflegen.

Hebel dazu könnte wiederum die POVO-Idee selbst sein: warum nicht Vertrauensleute, Betriebsräte oder sonstige Aktive aus den örtlichen Betrieben in die örtliche POVO-Gruppe einbeziehen? - Denkbar wären gemeinsam geplante, gezielte Aktionen: der Verkauf von POVO-Produkten (etwa Wein) vor dem Werkstor bei Schichtwechsel, kombiniert mit einem Informationsstand: Verteilen eines Flugblatts mit einseitig Informationen zum Wein (Hintergründe von Produkt, Situation der Produzenten etc), auf der anderen Seite Diskussionsanstöße zum Thema Selbstverwaltung im Betrieb, evtl Informationen über den Betrieb, vor dem da verteilt wird. Die Tatsache, daß einer oder mehrere der "Werksangehörigen" gleichzeitig Mitglied der lokalen POVO-Gruppe sind (hoffentlich gibt's da keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse seitens der Werkleitung), wirkt sich dann sehr positiv aus, indem die beim nächsten POVO-Treffen über die Resonanz der Aktion im Betrieb berichten können, Fehler korrigiert werden können usw. Ideal läßt sich das andenken, wenn in dem betreffenden Betrieb eine Betriebsgruppe existiert: die könnte schon vor der Aktion in ihrer Betriebszeitung auf den Termin hinweisen, Hintergründe schildern etc.

(Das klingt vielleicht alles ein bischen idealistisch, aber ohne eine Spur Idealismus kommen wir nicht weiter - und die Schwierigkeiten treten von ganz alleine auf, die müssen wir nicht schon vorher in unseren Köpfen produzieren).

FUNKTION DER POVO - UM DAS NOCH MAL AUF DEN BEGRIFF ZU BRINGEN - WÄRE ALSO NEBEN DER INFORMATION ÜBER SELBSTVERWALTUNG, DIE BELEGSCHAFTEN DER VON STILLEGUNG BEDROHTEN BETRIEBE ZU ÜBERNAHME IHRER BETRIEBE ZU ANIMIEREN.

3. Organisationsarbeit und praktische Hilfe

Eine solche Animation fordert Verbindlichkeit. So ohne weiteres übernimmt man keinen Betrieb - noch nicht mal eine wirklich homogene, ge- und entschlossene Belegschaft packt das ohne weiteres. Es gibt Widerstände, und die sind mächtig. Solche reaktionäre Macht muß neutralisiert werden. Das kann gelingen über Aktivierung der "Offentlichkeit", d.h. über Einschalten der Presse, und zwar so, daß positiv über die Forderung/Initiative der Kollegen berichtet wird. Die wenigsten Belegschaften verfügen über heiße Drähte zu Journalisten, weil sie sehr selten in die Verlegenheit kommen, solche Kontakte zu brauchen - im Regelfall zumindest ist das so. Auch dies - die Herstellung fester Kontakte zu progressiven Journalisten - ist eine Aufgabe der lokalen POVO-Gruppe. Weiterhin die Aufnahme von Kontakten zu den lokalen "VIP"s, d.h. zu weniger reaktionären Mandatsträgern in Verwaltung, Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Kirchen etc etc etc

Gut: der Bürgermeister ist einverstanden, die Polizei übt "wohlwollende Neutralität", nachdem sich sogar der Bundespräsident positiv zum Vorhaben der Kollegen geäussert hat (dazu aufgefordert von der lokalen POVO-Gruppe Bonn, die über POVO-Telex von der Sache erfahren hat) - die übernahme des Btriebs in Selbstverwaltung findet statt.

Die Kollegen - wirklich nicht an kollektives Denken oder

Was nun?

auch nur eigenständiges, selbstverantwortliches Handeln gewöhnt, weder besonders solidarisch und uneigennützig noch auch nur einigermaßen über die gesamtbetrieblichen Abläufe informiert, mit keinerlei Erfahrung etwa über gruppendynamische Prozesse (einer der entscheidenden Faktoren für das Scheitern der Kooperative bei Salik) – diese Kollegen sollen von heute auf morgen in Selbstverwaltung nicht nur einen laufenden Betrieb aufrechterhalten, sondern einen in die Krise gewirtschafteten Betrieb aus dieser Krise wieder herauswirtschaften. Wenn an dieser Stelle nicht massiv unterstützt wird, ist ein solches Projekt in 99 von 100 Fällen von vorneherein zum Scheitern verurteilt (und daher in allen bekannten Fällen auch gescheitert).

berater, Betriebswirtschaftler, Techniker, Kollegen aus schon existierenden selbstverwalteten Betrieben schaffen eine Weile lang mit und vermitteln ihre Erfahrungen - darauf kommt's an: die Erfahrungen, das Wissen um Abläufe und Prozesse in möglichst kurzer Zeit möglichst vielen der betroffenen Kollegen zu vermitteln, eine Organisationsstruktur zu finden, die rein rechtlich und informatorisch das Entstehen neuer Machtstrukturen von vorneherein und ein für allemal ausschließt.

Das soll hier nicht weiter ausgeführt werden, wird klar bei ein bischen Nachdenken über die dann gegebene Situation. Klar ist: die Vorbereitung all dessen für den Fall X ist Aufgabe der POVO-Gruppen.

Dann erst kommt sie zu der ursprünglich beschriebenen und gedachten Rolle: Vertrieb der Produkte und - im Fall von Boykottmaßnahmen - Einkauf der Rohmaterialien zu organisieren.

Und immer noch haben wir nur einen Teilbereich des POVO-Arbeitsfelds beschrieben: den Betrieb. Zuerst, weil wir diesen Bereich für den wichtigsten halten: hier ist die gesellschaftliche Macht geballt, hier ist auch der wichtigste Hebel zur Veränderung dieser Gesellschaft.

Aber seit - und in dem Maß, wie - Arbeit und Leben in der

Gesellschaft getrennt sind, wie Arbeit nur noch geklautes Leben ist und jeder Arbeiter froh ist, von seiner Arbeit nichts mehr zu sehen und zu hören, seinen Feierabend zu haben, Freizeit zu genießen – in dem Maß wird dieser zweite Bereich der gesellschaftlichen Wirklichkeit: das Wohnen oder Leben, ebenfalls zum zentralen Ansatzpunkt für Veränderung. Und da heute – für die meisten – Leben (der Freizeitbereich) immer mehr zum Horror wird, wird der Ansatz an dem Punkt ebenso wichtig wie möglich.

DIE POVO UND DIE STADT / DER STADTTEIL

Es ist schwer, über den Stadtteil oder sogar die Stadt nachzudenken, weil sich die entsprechenden Gebilde nicht in irgendeiner Weise homogen darstellen. Wer finanziell einigermaßen gut gestellt ist, versucht es mit einem Eigenheim am Rande der Stadt, wohnt in einer Villengegend etc. Der große Rest wird immer mehr dazu verurteilt, in die Betonhochburgen, die Schlafstädte zu ziehen, die - ebenfalls am Rand der Stadt - in wenigen Monaten hochgezogen werden, und wo dann 10.000 oder 20.000 oder noch mehr Menschen zusammengequetscht werden. Dieser Trend wird immer eindeutiger: gearbeitet wird in den Fabriken in den "Industriegebieten", eingekauft wird in den "Einkaufszentren" der Innenstadt, gewohnt wird in solchen Schlafstädten.

Planung a la 1984.

Spielplätze, Kindergärten, der Schuster, Schreiner oder Schlosser existieren entweder überhaupt nicht mehr oder sind gerade noch mit dem Auto zu erreichen – ein, zwei, drei, vier 0-8-15-Kneipen, wo's hochkommt, noch ein Lebensmittelgeschäft mit überhöhten Preisen – aus die Maus.

Seinen Arzt besucht man im "Gesundheitszentrum", als Kranker findet man sich wieder in riesigen Krankenhäusern, Krankenfabriken, die Krankheit produzieren statt sie zu heilen – egal, ob das nun daran liegt, daß die zu gewaltigen Bakterienherden geworden sind oder daran, daß die Sterilität, Kälte, Anonymität Depressionen, psychisches Elend, eben Krankheit produziert.

Kurzum: wie in den Fabriken durch hohe Fluktuation über Dequalifizierung und Umorganisierung und durch den gezielten Einsatz verschiedensprachiger Arbeitsemigranten die zwischenmenschlichen Bezüge bewußt zerstört worden sind, so ist in den hingeklotzten Trabantenstädten durch "Vergessen" der Planung einer Infrastruktur das Entstehen zwischenmenschlicher Beziehungen, nachbarschaftlicher Verhältnisse bewußt verhindert worden – die Isolation des Indivuums hat Methode. Rauskommen tut der entmenschte Mensch, der gezwungen ist, sein Leben zu zerstückeln, dem nichts anderes mehr bleibt als die Kompensation durch Konsum, der – zusätzlich auf Karriere getrimmt – vereinzelt, mißtrauisch, konkurrent reagiert … und agiert.

ES IST SCHWER VORSTELLBAR, DAB ES ZU EINEM ZUSAMMENSCHLUB DER KOLLEGEN ZUM SELBSTVER-WALTETEN KOLLEKTIV AM ARBEITSPLATZ KOMMEN KANN, SOLANGE JEDER EINZELNE DIESER KOLLEGEN GEZWUNGEN BLEIBT, IN DER BESCHRIEBENEN SITUATION ZU LEBEN.

4. AUFGABE DER POVO IM STADTTEIL:

Wiederherstellung zerstörter Kommunikationsstrukturen

Daraus ergibt sich die Aufgabe der POVO logisch: das, was in den neugegründeten Stadtteilen bewußt vergessen worden und in den "alten" Stadtteilen wiederum durch Fluktuation und gezielte Durchsetzung mit Emigranten bewußt zerstört worden ist: die Kommunikation unter den Anwohnern, die "nachbarschaftlichen Beziehungen" - das wieder herzustellen. Nur über die wieder funktionierende Kommunikation ist das Entstehen von gemeinsamer-, von Selbstorganisation auch im Stadtteil denkbar. Die Mittel sind denkbar einfach und in vielen Fällen erprobt: die Stadtteilzeitung etwa, die Einrichtung von Kommunikationszentren, die Organisation von Straßen- oder Stadtteil- oder sonstwas für öffentlichen Festen usw. Denkbar wäre die planmäßige Ansiedlung selbstverwalteter Kneipen, Bäckereien, Autowerkstätten, aber auch Rechtswalts- und Arztpraxen. Denkbar ist das selbstverwaltete Krankenhaus ebenso wie das Bauhandwerkerkollektiv in Selbstverwaltung.

Gemeint ist die von links bestimmte Infrastruktur, die sich von der Szene heute darin unterscheidet, daß sie nach außen offen ist, weil sie sich selbst ernst nimmt:

UNSERE VERHALTENSWEISEN UNTEREINANDER, DIE WIR ENTWICKELT HABEN, UND AUCH UNSERE VER-HALTENSWEISEN NACH AUßEN,

- UNSERE EINSTELLUNG ZU GELD,
- UNSERE EINSTELLUNG ZU KARRIERE, PRESTIGE, KONSUM,
- UNSER VERHALTEN ZU MACHT UND UNTERDRÜCKUNG, DAS ALLES IST ATTRAKTIV, REIZT ZUM EINSTEIGEN, ZUM MITMACHEN.

DER "SCHNEEBALLEFFEKT"

Wie kann man hinkommen?

Wichtig ist, daß sich die sämtlichen aufgezählten Möglichkeiten zu einer Offensive im Stadtteil an Leuten festmachen, die wirklich dort wohnen (einer der Fehler der "Stadtteilpolitik" nach der Studentenbewegung, zu Zeiten von Häuserkampf und Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen war, eine solche Politik von außen, von der Uni und der Unigegend her, zu versuchen): an die muß man rankommen.

Und genau an der Stelle könnte die POVO wichtig werden. Sollte, müßte. Eine vage Idee: die POVO-Gruppe belädt ihren LKW mit Wein, einem INFO-Stand und gutgelaunten Gruppenmitgliedern (= "gut drauf" seienden) und fährt die Trabantenstädte und Schlafstädte und Vororte usw ab, markiert

die 4,5,25 Punkte, an denen von da ab turnusmäßig der POVO-Laster stehen wird, die Produkte verkauft, Informationen verteilt, Gespräche geführt, Kontakte aufgenommen ("gemacht"),Informationen gesammelt werden. Das Ganze bei dieser ersten Fahrt vielleicht garniert durch das Auftreten von Straßenmusikern – das könnte leicht zum spontanen Volksfest ausarten. Wichtig ist lediglich außerdem, zum nächsten Zigeuner zu fahren und sich dort eine stilechte "Lumpen-Eisen-Papiiieer"-Bimmel zu besorgen; kaum zu glauben, welche Phonzahl ein solches Gerät erreicht.

Die spontan entstandenen Kontakte dieser Bimmel-Tour lassen sich beim nächsten POVO-Treffen vertiefen, eine Zeitungsgruppe gründet sich, Handwerker X lernt Handwerker Y kennen und schätzen ... es tut sich was.

Idealismus? - Ohne solchen "Idealismus" gäbe es heute vielleicht alles Mögliche - die ASH würde es nicht geben!

Die Idee eines solchen Direktverkaufs könnte schneller Realität werden als **en**gedacht: mittlerweile sind italienische Freunde auf uns zugetreten und haben angefragt, ob es vielleicht realisierbar wäre, von norditalienischen Kooperativen neben Wein, Käse und anderen haltbaren Produkten auch Frischgemüse in den POVO-Vertrieb zu übernehmen

DIE POVO UND DAS EUROPA-PROBLEM

Die Zeiten, in denen sich der Kapitalismus chaotisch, rein nach "marktwirtschaftlichen" oder Konkurrenz -Prinzipien entwickelt hat, sind vorbei. Heute wird geplant - in ganz großem Stil, dafür bürgen die "Macher" der Sozialdemokratie.

Rauskommen soll und wird bei dieser Planung ein ökonomisch durchdachtes, aufgeteiltes Europa: industrielle, landwirtschaftliche, touristische "Schwerpunkte" oder "Ballungsgebiete". Ganze Industrien werden an einem Ort stillgelegt und am anderen in noch viel größerem Maßstab wieder aufgebaut (der Untergang der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie: 60.000 Kollegen werden auf einen Schlag arbeitslos), riesige landwirtschaftliche Anbaugebiete werden kahlgeschlagen (Orangenhaine in Calabrien), die Produktion spezieller landwirtschaftlicher Produkte schwerpunktmäßig in einem bzw wenigen Ländern und Regionen zusammengezogen, dort in entsprechend riesigem Ausmaß betrieben; wieder andere Gebiete läßt "man" bewußt veröden: hier entstehen Naturschutzgelände über hunderte von Quadratkilometern (Ardeche-Tal z.B.).

Dies alles - wie gesagt - von oben, vom "grünen Tisch" aus und im Prinzip ohne Rücksicht auf Verluste. Die Betroffenen werden nicht gefragt, bestenfalls mit Subventionen geködert und mit Abfindungen und "Sozialplänen" getröstet. Und wo sie sich zusammentun, gegen die "europäische Vernunft" zur Wehr setzen, da reagieren die "Sozialstaaten" entsprechend sauer.

Es ist schon richtig, daß die Auswüchse, die seit Jahren beobachtet werden können (Butterberge, Massenentlassungen, Versorgungsschwierigkeiten), in der Form nach Vollendung der Europa-Planung nicht mehr auftreten werden (jedenfalls nicht mehr so oft; wenn's dann passiert, knallt's um so gewaltiger). Vermutlich werden die meisten Europäer dann ihr "gesichertes Einkommen" haben – aber um welchen Preis? Um den Preis der Zerstörung der Infrastruktur ganzer Regionen. Um den Preis der Unmöglichkeit zur freien Wahl der Arbeit. Um den Preis der Aufgabe jeder Form von Selbständigkeit.

Es wird nicht mehr in der Entscheidung des Bauern liegen, in diesem Jahr diese beiden Felder mit diesem und jene anderen Felder mit einem anderen Produkt zu bebauen; es wird nicht mehr in seinem Ermessen liegen, Felder brachliegen zu lassen, damit sie sich erholen können. Es wird vermutlich noch nicht mal mehr in seiner Entscheidung liegen, überhaupt Bauer zu sein.

In Italien ist der bevorstehende Konzentrationsprozeß schon soweit zur "Reife" gelangt, daß erste Auswirkungen deutlich werden: die vormals selbstständigen kleinen Weinbauern produzieren zwar auch heute noch Wein, allerdings nicht mehr bis zum fertigen Wein, sondern gerade noch bis zur Traubenreife. Die Trauben werden von Großhändlern vom Feld weg aufgekauft (da existieren Verträge über mehrere Jahre); der Großhändler panscht dann diese

1984 — mal an

Georg blickte in den Rückspiegel und zog den Transporter nach links auf die andere Fahrbahnseite, wo noch eine Parklücke frei war. Der Wagen stand noch nicht ganz, da bewegte sich die kleine Menschentraube, die sich vor dem Tor angesammelt hatte, auch schon auf sie zu. Volker sprang raus und sperrte die seitliche Klappe auf, die aus dem Bus einen Verkaufsstand machte.

"Mensch, da seid ihr ja endlich, wir stehn uns hier schon die Beine in den Bauch. Wohl unterwegs angehalten und selber einen gezulpt, was?" meinte ein kleiner Dicker im Näherkommen.

"Schön wär's, Kurt, nee, nee, wir sind in eine Polizeikontrolle reingekommen."

"Was, das erzählst du mir, ihr müßt euch lnagsam mal was anderes einfallen lassen, habt ihr ja letzte Woche schon so gebracht. Aber egal, gib mir mal 2 Kisten von dem Lo Bartas und von dem weißen, dem italienischen, so 2 Flaschen."

Inzwischen war Georg auch ausgestiegen und begann, neben dem Volker den Wein auszugeben. "Es stimmt schon, was der Volker sagt. Jedesmal, wenn wir vor den ADLERWERKEN stehn, werden wir kontrolliert, Personen, Fahrzeuge, und die Berechtigung zum Straßenverkauf. Und jedesmal, bevor die Grünen anrücken, kommt so ein Kleiner in nem grauen Kittel und baut sich neben dem Eingang auf."

"Echt? Einer vom Werkschutz oder wie?" fragte ein junger Arbeiter, von dem Georg glaubte, daß er weitergehend politisiert sei.

"Denk schon, aber das juckt uns auch nicht weiter, kontrollieren sie uns halt, können tun sie uns nix, und solange die Leute nicht weglaufen ist uns das egal."

"Nee, die vom ADLER und weglaufen, dafür kenn ich die zu gut. Von denen seh ich immer n'paar in der Kneipe in der Inheiderstraße. Sind alles Leute ohne Nerven", meinte der Dicke. "Jetzt muß ich aber mal machen, wir wollen heute abend noch weg in's Grüne."

"Heh, warte mal, du wohnst doch in Bornheim, oder?"

"Ja, in der Eulengasse, warum?"

"Wir sind da morgen, mit dem Theater, am Prüfling, vielleicht kommste mal hin?"

"Mit dem Stück, wo einer den Vetter nachmacht? Wart mal, das stand doch vorgestern in der Rundschau, am Schweizer
Platz war das, richtig? Und das seid also auch ihr? Gut, ich überleg mir das,
Tschüz."

"Und wie steht das mit eurer Gewerkschaftsdiskussion, ich hab gehört, das wird demnächst konkret?" fragte der Jüngere wieder.

"Ja, komm doch einfach mal vorbei, wir haben dazu eine Veranstaltung am nächsten Samstag in der POVOPOLIS. Weißt du, wo das ist?"

"Klar. Um acht oder wie? Da guck ich mal vorbei. Tschüs!"

Die beiden verkauften noch eine Weile und beantworteten die Fragen der Leute, die sich meistens um den Wein drehten. Als auch der Letzte gegangen war und Neue wegen der schon geschlossenen Fabriktore nicht mehr zu erwarten waren, packten sie alles zusammen und fuhren wieder los.

Georg und Volker waren vor zwei Jahren mit unterschiedlichen Motivationen zu der POVO-Gruppe Frankfurt gestoßen. Georg arbeitete in der Buchführung einer Bank, ein Job, der wenig Engagement am Arbeitsplatz zuließ. Diskussionen mit Bankangestellten, möglichst noch um politische Inhalte, das lag für ihn allein nicht drin.

Volker kam aus einer anderen Situation dazu: er hatte mehrere Jahre lang in einer relativ abstrakt-theoretischen Gruppe mitgearbeitet und dort so was wie den hauptamtlichen Sekretär dargestellt. Seit längerem schon hatte ihm dieser Zustand – relativ losgelöst von sich selbst Politik zu machen – gestunken. Die POVO war für ihn eine Möglichkeit gewesen, diesen Widerspruch aufzulösen, ohne daß er gezwungen war, seine alte Arbeit einfach über den Haufen zu schmeißen.

"Der Jüngere da, mit dem ich gesprochen hab, der kommt auch zur Gewerkschaftsveranstaltung. Ich glaub, der ist nicht schlecht", meinte Georg an einer Ampel.

"Ja, das stimmt, hab ich auch schon gemerkt. Ich glaub, das ist auch ein Vertrauensmann da. - Aber mal was Anderes,
ich glaub, es wär nicht schlecht, wenn
wir das nächstemal beim Adler die TheaterLeute dabeihätten. Wenn dann die Kontrolle wieder kommt, könnten wir durch irgend
ein Rollenspiel den Leuten, die da rumstehen, die Situation klarmachen; oder
auch nur so, als Ulk, wenn die Grünen uns
kontrollieren machen die parallel in alten Uniformen ne Kontrolle der Passanten "

Sie redeten noch über diese Idee, als der Wagen in die POVOPOLIS einbog. Das große Projekt in der Theodor-Heuss-Allee hatten die verschiedenen Frankfurter POVO-Gruppen vor einem Jahr gemeinsam gekauft, als die Menge der Veranstaltungen und die Ideen, deren Umsetzung an den fehlenden Räumlichkeiten scheiterten, immer mehr zunahmen oder nur unbefriedigend umgesetzt wurden.

Neben den Lagerhallen waren hier das UTOPIA, ein Theater, eine WOLKS-SCHULE mit kommunalem Kino und Bibliothek sowie weitere Veranstaltungsräume der POVo-Gruppen untergebracht. Den restlichen Raum hatten ein Ärztekollektiv und das KINDERHAUS mit Beschlag belect.

Sie stellten den Wagen hinten an der Rampe ab, wo Gerd und Marion schon auf sie warteten. Die beiden hatten es übernommen, den Wagen mit Lebensmitteln zu beladen, die vor einer Viertelstunde ein LKW angeliefert hatte.

Ebenso wie der Wein aus Okzitanien wurden die Produkte entweder vom Lieferwagen weg vor den Betrieben oder in den Stadtteilen verkauft oder auf Bestellung in's Haus geliefert.

Als wesentliche Erleichterung dabei diente der Umstand, daß die "Kunden" selbst mit am Vertrieb beteiligt waren: turnusmäßig übernahmen jeweils andere Leute, selber aktiv dabei mitzumachen. Volker und Georg redeten noch kurz mit den anderen und fuhren dann im PKW weiter zu ihrer POWO-Gruppe in der NordHier hatte sich vor 5 Jahren die erste Gruppe gebildet.

Sehr schnell jedoch - gekoppelt mit den ersten Aktionen, die großen Anklang fanden - war es nötig, die POVO im Frankfurter Stadtgebiet in 6 Gruppen aufzuteilen, um sie überschaubar und aktionsfähig zu halten.

Jede dieser 6 Gruppen war ähnlich aufgebaut: neben Projekten und Initiativen gehörten immer größtenteils Einzelpersonen dazu, die in den unterschiedlichsten Bereichen arbeiteten, im Betrieb oder etwa als Lehrer oder – wie Georg – als Angestellter in einer Bank.

Jede Gruppe verfügte selbstständig über den POVO-Anteil, den sie vom Verkauf der Produkte abführte. Einziges ausgesprochenes Kriterium bei der Geldvergabe war, daß das Geld zur Organisation von Selbstverwaltung bestimmt sei.

Alles weitere regelte eine Kontrolle der eigenen Gruppe oder auch das Delegiertentreffen der Frankfurter Gruppen.

Die Beiden kamen gerade rechtzeitig an. Sonja - aus der Personalabteilung von BOSCH - sagte, für sie sei der aus-schlaggebende Punkt für die Mitarbeit in der POVO der gewesen, mit der Betriebsarbeit alleine nicht weiterzukommen. "Das ist doch so, daß da immer irgend-was vorgegeben wird, auf das du reagie-ren mußt. Bei uns z.B. wollen sie eben ISA-System einführen, wo die Geschäftsleitung dann von jedem auf Knopf-druck alle Daten - einschließlich der psychischen Veranlagung - abrufen kann. Dagegen kann der Betriebsrat natürlich was tun und das läuft auch sehr gut. Aber es bleibt dann auf der Stufe: immer dagegen! Und positive neue Inhalte kann man garnicht diskutieren, weil das von den Leuten abgehoben ist, die haben damit nichts zu tun. Ne Diskussion z.B. um Selbstverwaltung ist in einem normalen Betrieb erstmal undenkbar. Da hab ich mir gedacht, es muß was her, was die Diskussion von außen an den Betrieb ranträgt. Wenn man selber den Leuten drinnen nicht damit kommen kann, dann muß eine Konfrontation damit von außen laufen. So ne Art Symbiose: Zusammenarbeit der Leute draussen vor dem Tor mit denen, die drin arbeiten. Und die Vertriebsidee, die da vor ein paar Jahren zuerst da war, also so ne Netz für Produkte aus selbstverwalteten Betrieben, das war da gerade das Rich-

"Aber dabei ist es doch nicht geblieben", fragte einer vor einem Tonbandgerät, der ein Mikrophon in der Hand hielt, und Georg fiel ein, daß da heute ja ein Interview mit dem EXPRESS laufen sollte.

"Nee, das ging dann sehr schnell weiter", fuhr Loisl, ein Lehrer, weiter fort. "Das war dann so parallel. überregional entstanden erstmal allerorts Gruppen, die den Vertrieb mitübernahmen. Und hier in Frankfurt fing das dann an, sowas wie ein politischer Zirkel zu werden. Das heißt, aus der bloßen Vertriebsgeschichte entwickelten sich alle diese Sachen mit den Spielplätzen und den SO-Bussen."

Kurz bevor Georg und Volker dazugekommen waren, hatten die POVO-Gruppen Grundstücke gekauft und für Spielplätze zur Verfügung gestellt.

UTOPIE IST MACHBAR....

ders...

Ein halbes Jahr später, als der FVV mit der Begründung der Benzinpreisverteuerung wieder mal die Fahrpreise erhöhen wollte, ließen die POVO-Leute auf einem Teil der Busstrecken alte Postbusse mitlaufen – zum Nulltarif, versteht sich. Diese Aktion konnte zwar nur zwei Monate durchgeführt werden, hatte aber den Effekt, daß der Magistrat die Preiserhöhung zurücknehmen mußte.

"Und diese Geschichten haben dann immer gute Resonanz in der Bevölkerung gefunden. Dazu kamen dann noch die regelmässigen Aktionen, die Verkaufsstände vor den Betrieben und in den Stadtteilen, das Aktionstheater - das jetzt schon bald in jeder Straße mal gespielt hat -, und das kam ja auch alles immer schön regelmäßig in den entsprechenden Zeitungen.

Und das wieder hat dann zurückgewirkt auf die anderen Ansätze in Deutschland, da entwickelte sich dann auch so was."

"Apropos die anderen Ansätze. Wie ist denn das: seid ihr jetzt bundesweit organisiert oder wie?"

"Wir sind keine linke Gruppe oder Partei in diesem Sinn. Itgendeine Form von Organisation mußten wir uns jedoch geben, wenn wir das erreichen wollten, was wir uns vorgenommen hatten. Und wenn wir uns nicht selber unglaubwürdig machen wollten, dann mußte diese Organisation so sein, dem entsprechen, was wir predigen, also selbstvenwaltet.

also selbstverwaltet.
In der Praxis sicht das so aus:
Jede POVO-Gruppe ist autonom, auch was
die Benutzung der gesammelten Gelder angeht. Kontrollorgan ist dabei die Unterschiedlichkeit der Leute selber, zum anderen eine freiwillige Offenlegung der
Konten gegenüber den anderen Gruppen.
Käufe oder Diskussionen, die den Rahmen
und die Möglichkeiten einer einzelnen
Gruppe sprengen, werden über eine Art
Rundbrief vermittelt, sodaß in den anderen Gruppen daran diskutiert werden kann.
über ein Delegiertensystem kommt es dann
auf der jeweiligen Ebene – sei das jetzt
Frankfurt oder die BRD – zur Entscheidung.
Die Delegierten sind natürlich an ein imperatives Mandat gebunden".

"Und das hat überregional schon zu was geführt?" fragte der Mann von der EXPRESS.

"Ich denke doch", schaltete sich Georg ein, der Loisls Monologe satt hatte, die Diskussion um eine neue Gewenkschaft, die jetzt am Samstag hoffentlich konkreter wird, ist hier mitentstanden. Da hast du ja sicher von gehört. Da arbeiten die POVO-Gruppen ganz eng mit den jeweiligen Betriebsgruppen zusammen. So eine Art Vororganisation.

organisation.

Und dann natürlich noch die Käufe von der Krebs- und der ehemaligen "Leinenmühle", müßtest du als alter Gewerkschafter doch wissen. Die beiden Textilbetriebe in Württemberg. Ist doch was: das sind zusammen 180 Leute, die selbstverwaltet ihren Laden schmeißen. Und zwar besser als ihre ehemaligen Besitzer. Die haben das jetzt arbeitsteilig aufgebaut, die einen stellen die Stoffe her, die anderen verarbeiten sie weiter. Ist doch was, oder?!"

Und wenn sie nicht gestorben sind, reden sie heute noch ...

....HERR NACHBAR!

Trauben mit solchen aus Griechenland und Jugoslawien zu dem seltsamen Gebräu, welches wir unter der Bezeichnung "Wein" oder - noch vermessener - "Qualitätswein" in den Supermärkten angeboten kriegen. Der Bauer, der seine Produktion vor Jahren zugunsten solcher "lukrativer" Verträge auf Wein umgestellt bzw seine eigene zusätzliche Produktion eingestellt hat, befindet sich heute praktisch in der Rolle eines Arbeiters: er muß funktionieren, um seine Verträge einhalten zu können, und er ist auf ganz bestimmte Tätigkeiten festgelegt. Nicht zu sprechen davon, welche Schäden am Boden durch die einseitige Bebauung auftreten werden und davon, daß durch die einseitige Bewirtschaftung die ganze Gegend nicht mehr als geschlossene, prinzipiell autarke wirtschaftliche Einheit funktionieren kann: ohne den Gesamtverbund ist die Region jetzt nicht mehr lebensfähia.

ALSO: AB EINER BESTIMMTEN STUFE DER KONZENTRATION, DER DURCHFÜHRUNG DER EUROPA-PLANUNG, IST DIESER PROZESS NICHT ODER SO GUT WIE NICHT MEHR RÜCKGÄNGIG ZU MACHEN, ALLES IST AUF EINE GRÖSSE ANGELEGT, DIE ZENTRALE PLANUNG UNABDINGBAR MACHT, KEINE CHANCE MEHR FÜR DIE SELBSTVERWALTUNG, KEINE CHANCE MEHR FÜR DEZENTRALE, AUTONOME EINHEITEN.

Für die POVO kann das nur heissen: es muss alles getan werden, das Zustandekommen zu verhindern.

SOVIEL ZUMINDEST, WIE IN UNSEREN KRÄFTEN STEHT. UND WAS IN UNSEREN KRÄFTEN STEHT, DAS HÄNGT ERSTMAL DAVON AB, WAS WIR UNS VORNEHMEN ZU ERREICHEN.

OKZITANIEN

Vom okzitanischen Wein haben wir gehört über die VINOC -Verein zur Förderung der deutsch-okzitanischen Freundschaft. Die Freunde von der VINOC sind damals in Kontakt zu denjenigen Weinbauern Okzitaniens gekommen, die sich sehr offensiv gegen die Europa-Planung, die für ganz Okzitanien die Funktion als Touristenzentrum vorsieht (mit einigen "Nebeneffekten"), gewehrt haben. Um diesen Kampf in Deutschland zu veröffentlichen, und um dies auf eine wirkungsvollere Art als gewohnt zu machen, entstand damals die Idee, okzitanischen Wein auf Flaschen zu ziehen (bis dato wurde der gesamte Wein an Großhändler verkauft) und unter einem eigenen Namen in Verbindung mit Berichten über den Kampf der Winzer in Deutschland zu verkaufen. Eine Solidaritätsaktion also, die allerdings nach wie vor voll läuft, und die - vom Gedanken her mehr ein Nebeneffekt - mittlerweile für einen Teil-der Winzer eine echte materielle Unterstützung darstellt.

Das fanden wir sehr gut und wollten da mitmachen.
Mittlerweile - und dies ist eindeutig das Verdienst der
VINOC, die damit eine unheimlich gute Pionierarbeit geleistet hat - ist der okzitanische Wein in Deutschland
sozusagen "zum Begriff" geworden - ein Markenartikel.
Saugut und vergleichsweise billig.

Was wir dann nicht verstanden haben: wieso ist nicht versucht worden, das Verkaufsnetz konsequent zu erweitern und – in weiter Perspektive zwar – aus diesem Ansatz einen echten ökonomischen Faktor für diese ganze Region Okzitanien zu machen? Es ist ja so, daß in dem Maß, wie der Wein in Deutschland (und anderswo?) die Runde macht, daß in dem Maß niemand von denen, die ihn kennenlernen, verstehen wird, wieso der Weinanbau in dieser Region kaputtgemacht werden soll, und daß dies – wie auch die ökonomische Seite – den Winzern in Okzitanien zunehmend Argumente und Stärke für die Fortsetzung ihres Kampfes liefert.

Die VINOC hat dafür ernstzunehmende politische Argumente, warum <u>sie</u> das nicht machen will: sie will keinen normalen Verkauf machen, sondern der Akt des Weinkaufs bzw -Verkaufs selbst soll eine bewußte politische Entscheidung und <u>Aktion</u> sein: um Wein über die VINOC zu beziehen, muß man mitbestellen, muß an den regelmäßigen Treffen teilnehmen, in denen Informationen über Okzitanien, die gegenwärtige Lage, ausgetauscht werden, muß den Prozeß der Entzollung mittragen usw usw.

Wir finden dies - wie gesagt - einen ernstzunehmenden politischen Ansatz. Allerdings wird darüber eine schnelle Ausweitung des Weinverkaufs verhindert.

Und da scheiden sich die Geister: wir finden wichtiger, die Region wirkungsvoll ökonomisch zu unterstützen und nehmen dafür - wenn's so ausschließlich laufen muß - eher das "normale" Konsumverhalten in Kauf.

WIRKUNGSVOLLE HILFE ZUR ERHALTUNG DER INFRASTRUKTUR

Für uns gehts drum, über Diskussion und Geldmittel, Einflüsse, Verbindungen und Gelegenheiten, den Okzitaniern Möglichkeiten zu verschaffen, die Infrastruktur ihrer Region auch ohne Europa-Subventionen erhalten und ausbauen zu können. Neben wirkungsvollem Wein-Verkauf heißt das: . intensive Diskussion mit den aktiven Okzitaniern darüber, was in der Region not tut, wo wir helfend eingreifen können. Das könnten bestimmte Maschinen sein, die für den Aufbau von weiterverarbeitenden Kleinindustrien notwendig und hier über Konkursmassen etc relativ leicht und billig

zu beschaffen sind. Oder anderes. Das mal nur, um anzudeuten, in welche Richtung die Oberlegungen unserer Meinung nach gehen müßten. Es ist müßig, an dieser Stelle zu spekulieren – was ansteht wird man im Kontakt mit den Winzern und anderen erst erfahren und erarbeiten.

Dafür gibt es schon ein konkretes anderes Beispiel: die Kooperative in Alia, entstanden aus der Situation der Emigration der meisten Männer des Ortes; dort wird über das reine Funktionieren der existierenden Kooperative hinaus über das Entstehen einer neuen Wirtschaft nachgedacht. Beispielsweise wird dort versucht, landwirtschaftliche Produkte in kleineren Mengen in Büchsen oder Gläser zu verpacken und damit einen neuen Erwerbszweig zu eröffnen. Und: von hier aus erreichen uns Anfragen nach Druckmaschinen, die dort nicht zu beschaffen sind und irrsinnig teuer und die dringend benötigt werden: wieder ein neuer Bereich, der angesiedelt werden soll.

POVO - DAS MÜSSTE HEISSEN EINE SEHR ENGE ZUSAMMEN-ARBEIT MIT DEN KOOPERATIVEN IN SOLCHEN REGIONEN; EINE ZUSAMMENARBEIT, DIE WEIT ÜBER DEN REINEN VER-TRIEB DER IN SOLCHEN KOOPERATIVEN HERGESTELLTEN PRODUKTE HINAUSGEHT.

WENN DIE GESAMTEUROPÄISCHE PLANUNG DER HERREN AM GRÜNEN TISCH HINHAUT – DARÜBER MÜSSEN WIR UNS KLAR WERDEN – DANN IST DAS RESULTAT WEDER EIN OKZITANISCHES NOCH EIN SIZILIANISCHES ODER SAARLÄNDISCHES ODER SONSTWIE PROBLEM: DAS IST EINE GESAMTPLANUNG UND DAVON SIND IN IRGENDEINER FORM WIR ALLE BETROFFEN, WAS GUTES KOMMT FÜR NIEMAND BEI RAUS, UND: AN DER WIRTSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN MACHT, DIE DA ZUSAMMENGEBALLT WIRD, WIRD HINTERHER NUR NOCH SEHR SCHWER IRGENDWAS ZU ÄNDERN SEIN.

SELBSTVERWALTUNG - DIE EINZIG MÖGLICHE MENSCHLICHE FORM ZU ARBEITEN UND ZU LEBEN - IST NICHT DENKBAR IN 50.000-LEUTE-"KOMBINATEN". SELBSTVERWALTUNG IST NUR DENKBAR ALS DER KOOPERA-

TIVE ZUSAMMENSCHLUSS AUTONOMER, ÜBERSCHAUBARER EINHEITEN.

DER POVO-FONDS: KEINE POLITIK OHNE DIE MITTEL DAZU...

Vieles von dem, was wir als denkbare Aufgaben der POVO beschrieben haben, ist nicht zu leisten, überhaupt garnicht erst anzugehen, ohne finanzielle Mittel.

Das fängt schon an beim Vertrieb: selbst der okzitanische Wein – noch mit das am einfachsten zu verkaufende Produkt – muß bei Lieferung zu einem Drittel sofort bezahlt werden, zu einem zweiten Drittel nach 6 Wochen, der Rest nach weiteren 6 Wochen. Und über die Summen darf man sich keinen Illusionen hingeben: ein kompletter LKW mit ca 25 Tonnen Wein kostet um die 35.000.- Und die Winzer sind auf die korrekte und pünktliche Bezahlung einfach angewiesen. Das

Absatzrisiko muß möglichst gering gehalten werden – und das geht in der Phase des Aufbaus eigentlich nur über Reserven, die geschaffen werden.

Bei anderen – schwer verkaufbaren-Produkten, bei denen die Produzenten nichtsdestotrotz auf baldigste Bezahlung angewiesen sind, wird das Problem noch deutlicher: es kann mit dem Bezahlen in den wenigsten Fällen darauf gewartet werden, bis die Produkte wirklich verkauft sind. Da muß vorfinanziert werden – und woher sollen die Mittel dafür kommen? Wieder andere Produkte werden regelrecht subventioniert werden müssen ... usw usw.

Die politische - die Öffentlichkeits- - -arbeit der POVO muß finanziert werden.

Eventuell müssen Projekte, Betriebe auch mit finanziellen Mitteln unterstützt werden, damit sie überhaupt erstmal produzieren können (darüber später die zur Verfügung gestellten Mittel zurückzahlen oder auch nicht).

Ankauf von Maschinen, Rohstoffen etc, die irgendwo dringend gebraucht werden.

Juristen, Steuerberater, Betriebswirtschaftler etc etc wollen, wenn schon nicht normal, so doch zumindest symbolisch für ihre Tätigkeit bezahlt werden. Der Kauf von Gebäuden und Grundstücken könnte infrage kommen (mittlerweile ist es ja zum Glück möglich geworden, auch in der Linken solche Fragen zu diskutieren ohne damit zwangsläufig und unbedingt gleich zum "Kleinkapitalisten" gestempelt zu werden), zumal die Besetzung etwa von Fabriken in Deutschland erst ab einer bestimmten Größenordnung infrage kommen dürfte: da, wo eh schon die Machtfrage gestellt werden kann.

WIE AUCH IMMER: GELD MUSS BEI!

DAS WIRFT ZWEI FRAGEN AUF:

- 1. WIE BESCHAFFT MAN'S?
- 2. WIE WIRD'S VERWALTET (GELD IST MACHT ODER WIE ...)?

ÜBERLEGUNGEN ZUR GELDBESCHAFFUNG UND ZUR VERWALTUNG DES FONDS

Mit staatlichen Subventionen dürfte kaum zu rechnen sein; die Banken - wo's rumliegt - rücken freiwillig nichts raus und die zwangsweise Enteignung auch nur von Teilen der vorhandenen Barbestände dürfte kurz- und mittelfristig nicht in Frage kommen: das scheint sich in letzter Zeit als immer schwieriger zu erweisen; das Nachmachen oder Verfälschen von Banknoten wird mit Freiheitsstrafen nicht unter zwei Jahren bestraft, womit auch die Möglichkeit eigener Produktion von der Hand gewiesen werden muß.

Was bleibt? Kredite, Spenden etc von Freunden, "Sympathisanten": das ist sicher eine Möglichkeit, eine sehr beliebte sogar, was das rapide Ansteigen der Spendenund Kreditaufrufe beweist. Gerade die Beliebtheit der Methode macht die Aussichten auf Erfolg aber entsprechend gering.

Womit wir wieder auf uns selbst angewiesen wären. Unsere Idee sieht so aus: jedes verkaufte POVO-Produkt enthält im Verkaufspreis einen Anteil für den POVO-Fonds. Der wird regelmäßig abgeführt, gesammelt, und - bei entsprechender Aktivität - sammelt sich da im Lauf der Zeit auch einiges an.

Im Einzelnen haben wir uns diesen Anteil pro Produkt noch nicht überlegt, dafür steckt das Ganze noch zu sehr in den Anfängen, und außerdem sollte eine solche Entscheidung vielleicht eine generelle für die gesamte (nationale) POVO sein? Dann können wir uns das eh nicht überlegen.

Zur Zeit handhaben wir's etwa beim okzitanischen Wein so, daß pro verkaufter Flasche 3o Pfennig POVO-Anteil abgeführt werden; davon gehen 5 Pfennig an die VINOC zur Unterstützung deren Arbeit und 5 Pfennig an die MIVOC (Organisation der Okzitanischen Winzer). Also 2o Pfennig pro Flasche für den POVO-Fonds.

Das nimmt sich eher bescheiden aus – hier machts die Menge. Und horrende Summen – wie sie etwa das "Netzwerk" benötigen würde, um alle Anfragen befriedigen zu können – werden im Prinzip auch nicht benötigt, da der Fonds ja nicht den großen Rundumschlag der finanziellen Unterstützung leisten soll, sondern ganz speziell im Sinne von Selbstverwaltung eingesetzt werden soll.

Aber das kann man ja alles noch regeln.

Wichtiger scheint uns die Frage danach, wie dieser Fonds verwaltet werden kann/soll. Die Verfügung über Geld heißt immer auch Ausübung von Macht, wie sehr man sich selbst auch bemühen mag, sich da "korrekt" zu verhalten. Um das Auszuschließen scheint notwendig, die Bestimmung der gesammelten Gelder möglichst genau festzulegen (die Kriterien der Vergabe, des Ausgebens).

Außerdem haben wir uns gerade bei der Frage des Fonds überlegt, daß eine Verteilung solcher Verfügungsgewalt die Gefahr von Mißbrauch stark einschränkt.

Kurz und gut: die gesamte POVO-Organisation sollte dezentral angelegt werden: jede Dezentrale verfügt – nach den festgelegten Kriterien – auch über ihren eigenen

ORGANISATION DER POVO

Beim Besuch einer "Netzwerk" - Mitgliederversammlung 1979 in Berlin lief es uns eiskalt über den Rücken: die Versammlung degenerierte in ihrem letzten Drittel zur Abstimmungsfarce: Anträge, Gegenanträge, Anträge auf Eröffnung der Debatte, Anträge auf Schluß der Debatte, Anträge zur Geschäftsordnung usw usw: mehr als zwei Stunden lang formalistische Diskussion, ja- oder nein-Zettel in die Luft halten, abstimmen, abstimmen, abstimmen, abstimmen, abstimmen, abstimmen, abstimmen

Alles sauber nach Vereinsstatut.

Das ist jetzt - versteht uns nicht falsch - keine Kritik am Netzwerk (Zustandekommen, Ziele, praktische Arbeit), sondern Kritik am Vereinsstatut, Kritik an der Entscheidung per Abstimmung. Dieser – angeblich demokratische, – Vorgang beinhaltet immer die Unterdrückung einer Minderheit durch eine obskure Mehrheit. Und die nennen wir deshalb obskur, weil es zu einer wirklichen Meinungsbildung in den meisten Fällen erst garnicht kommt: die Möglichkeit, abstimmen zu lassen, wird viel zu oft dazu benutzt, Diskussionen abzublocken, die der Meinungsbildung erst dienen sollen.

Wir fanden den Vorgang fürchterlich.

Er entspricht zudem überhaupt nicht der bei uns selbst geübten - und bewährten - Praxis: in jeder Meinungsverschiedenheit muß im Prinzip so lange diskutiert werden, bis <u>alle</u> mit der diskutierten Lösung einverstanden sind; es gibt keine Abstimmungen.

Das führt - könnte man an der Stelle einwenden - aber zu ungeheuer langwierigen Diskussionen, macht eine Gruppe oder jeden beliebigen Zusammenschluß von Individuen praktisch handlungs-, weil entscheidungsunfähig.

Der Einwand ist nicht richtig.

Zum ersten ist vorauszusetzen, daß alle Beteiligten dasselbe Ziel im Auge haben, also zu einer Lösung kommen wollen. Zum zweiten kann, sollte (muß?) man einfach weg von der "Fraktionszwang"-Vorstellung: muß jeder Vorschlag, der in eine solche Gruppe eingebracht wird, unbedingt von allen nachher in der Praxis umgesetzt werden?

Wir meinen: nein!

Wenn - z.B. - einer von uns in die Gruppensitzung den Vorschlag einbringt, die oder jene Veranstaltung zu organisieren, eine Zeitung zu machen oder sonstwas, dann ist nicht unbedingt die Zustimmung aller dazu erfroderlich, daß dieses Projekt auch realisiert werden kann. Wenn 10 Mitglieder den Vorschlag begeisternd finden und diese Zahl ausreicht, ihn zu realisieren, dann hilft eine Abstimmung, die die 15 anderen unentschlossenen oder pessimistischen "auf Linie" bringt, auch nicht weiter. Deren Mitarbeit würde entsprechend aussehen.

Worauf es also lediglich ankommt, um auf Abstimmungen weitestgehend verzichten zu können, ist, den Rahmen des für alle Verbindlichen erstens ganz klar festzulegen (so daß im Einzelfall keine Debatte nötig ist) und zweitens so gering wie irgend möglich zu halten.

UNSER VORSCHLAG ZU EINER LIBERTÄREN ORGANISATION:

am Ort bilden sich überschaubare POVO-Gruppen. Überschaubar wäre ein Rahmen von 10 bis maximal 30 Mitgliedern. Sobald es mehrere solcher POVO-Gruppen am selben Ort gibt. (vielleicht ab drei?), treffen sich einmal wöchentlich (?) je zwei oder drei oder mehr Delegierte jeder Gruppe zum regelmäßigen POVO-Regional-Termin.

Eine weitere Delegationsebene gibt es nicht !!!

Die - unserer Meinung nach - einzige Möglichkeit, Verselbständigung eines "Vorstands" oder sonstwelcher Funktionärsgebilde zu verhindern ist die, diese garnicht erst entstehen zu lassen. Jede Organisation aber, die von Basis zu Entscheidungsgremium zwei Vermittlungsschritte (oder mehr) braucht, tendiert dahin, Funktionäre herauszubilden: nicht mehr jeder kennt jeden, es gibt "Spezialisten", es gibt Schwierigkeiten bei der Meinungsbildung usw usw.

Das kann nicht Sinn einer Organisation sein, die für Selbstverwaltung antritt, selbst zu einem Gebilde zu werden, daß den eigenen Prinzipien nicht entspricht. Die POVO als Mittel im Kampf für Selbstverwaltung kann nur erstmal heißen Aufbau der POVO als selbstverwalteter Organisation.

Der Verzicht auf weitere Ebenen der Delegation - wie oben beschrieben - schreibt die größtmögliche POVO-Einheit fest auf rund 600 Mitglieder (25 Gruppen a 25 Mitglieder, würde bedeuten, daß beim wöchentlichen (?) POVO-Regional-Treff nur je ein Delegierter pro Gruppe anwesend sein könnte/müßte). Eine solche POVO-Gruppe würde ihren eigenen POVO-Fonds verwalten - nach den irgendwann mal grundsätzlich von allen POVO-Gruppen für alle festgelegten Minimalkriterien.

Was es darüber hinaus an Organisation geben müßte, wäre ein POVO-Treffen auf Länderebene und ein POVO-Treffen auf nationaler Ebene – in welchen periodischen Abständen auch immer. Auf Länderebene wären Diskussionen bis hin zu Entscheidungen noch denkbar – solange gewärhleistet werden kann, daß von jeder POVO-<u>Untergruppe</u> ein Delegierter anwesend sein kann und trotzdem die Diskussionsfähigkeit erhalten bleibt (und das geht sicher nur, solange die ge-

samte Organisation noch in den Kinderschuhen steckt). Sobald nicht mehr gewährleistet werden kann, daß von <u>jeder</u> arbeitenden POVO-Gruppe auch tatsächlich ein Delegierter dabei sein kann, ohne daß dies den Rahmen der Diskussionsfähigkeit sprengt – ab diesem Zeitpunkt kann sowohl das POVO-Ländertreffen wie auch das Treffen der nationalen POVO nur noch diskutierende oder beratende oder informierende Funktion haben – es kann und darf dann hier nichts mehr entschieden werden.

Und eine solche Organisation bleibt trotzdem handlungsfähig - siehe die Argumentation in der Einleitung hierzu -, weil das gemeinsame Handeln nicht erzwungen werden muß, sondern umgekehrt gesucht wird. Eine der POVO-Gruppen hat ein Anliegen und bringts auf Länder- oder nationaler Ebene vor: wenn es dem vortragenden Delegierten gelingt, sein Anliegen anschaulich und nachvollziehbar darzulegen, dann werden andere Delegierte aus anderen Gruppen dies in ihren Gruppen referieren und es wird zu Hilfsangeboten kommen - je nach Situation der einzelnen Gruppen. Auf Abstimmungen an Ort und Stelle muß - und kann also auch - verzichtet werden.

Wie die POVO-Organisation letztendlich wirklich aussehen wird, wird Sache der POVO sein (von der wir - wenn auch initiativ - bestenfalls eine Untergruppe darstellen); wir würden trotzdem großen Wert auf eine Organisationsform entsprechend dem Vorschlag legen: wir haben viel gegen Unterdrükkung und Herrschaft und Macht usw ... und nur so ist sie zu verhindern.

WIE DIE POVO-ORGANISATION LETZTENDLICH WIRKLICH AUS-SEHEN WIRD, WIRD SACHE DER POVO SEIN (VON DER WIR -WENN AUCH INITIATIV TÄTIG - BESTENFALLS EINE UNTER-GRUPPE DARSTELLEN); WIR WÜRDEN TROTZDEM GROSSEN WERT AUF EINE ORGANISATIONSFORM ENTSPRECHEND DIESEM VORSCHLAG LEGEN: WIR HABEN VERDAMMT VIEL GEGEN UNTER-DRÜCKUNG UND HERRSCHAFT UND MACHT USW ... UND NUR AUF DIESEM WEG IST SIE ZU VERHINDERN!

WANN GEHT'S LOS UND WIE?

Falsch gefragt: es ist schon losgegangen.

Im Allgau hat die Schäfereigenossenschaft Finkhof erste Schritte hin zum Aufbau einer lokalen POVO-Gruppe unternommen. Es gab ein Treffen mit einigen Kneipenkollektiven, die zunächst mal beim Weinvertrieb mit einsteigen wollen und mehr als das: zu einer Informationsfahrt nach Okzitanien werden sich von dort, von Österreich und von Frankfurt (möglicherweise noch von anderen bis dahin angeschlossenen Gruppen) Genossen zusammenfinden, kollektiv hinfahren und sich selbst ein Bild der Lage machen.

In <u>Wien</u> übernimmt die IGEF die Organisationsarbeit für den Aufbau der dortigen POVO-Gruppe. Die haben warten müssen, bis sie ihr neues Projekt anmieten konnten (was jetzt stattgefunden hat).

In <u>Frankfurt</u> ist die ASH dabei, mit der praktischen Arbeit in Richtung POVO anzufangen. Zwei Termine mit Interessierten haben bisher stattgefunden, bisher sind wir über die Ebene des gegenseitigen Abklärens allerdings noch nicht hinaus. Interessant dabei is't die Teilnahme der "Bundschuh"-Gruppe aus Wiesbaden, aus der der Kern einer lokalen Gruppe für Wiesbaden werden könnte.

Eine Initiative in <u>Pforzheim</u> wird in allernächster Zeit mit der praktischen Arbeit anfangen.

In <u>Hagen</u> wird ein Laden für den POVO-Vertrieb zu mieten gesucht. Die Initiatoren rechnen mit Vorbereitungsarbeiten bis etwa Mitte des Jahres.

Ansonsten will das Hessische Fernsehen, will die "Tageszeitung", will die Frankfurter regionale und überregionale Presse ausführlich über das Projekt POVO berichten. Wir haben von uns aus mit dieser Öffentlichkeitsarbeit erstmal langsam getan: zunächst sollte diese Broschüre fertigwerden.

WIE ES WEITERGEHEN KÖNNTE

Hier muß zunächst mal eines ganz deutlich gesagt werden: wenn die POVO-Idee auch im ASH-Rahmen zunächst entwikkelt worden ist, so heißt das doch noch lange nicht, daß auch der weitere Aufbau der POVO an die ASH gebunden sein sollte oder gar müßte. Im Gegenteil!

Wir haben ein starkes Interesse daran, daß diese Idee Realität wird, und werden alles tun (was in unseren Kräften steht), um dazu beizutragen. Unsere Kräfte aber sind sehr begrenzt. Wir haben unseren Betrieb zu führen (was schon einen Großteil dieser Kräfte verschlingt), wir sind dabei - zusammen mit der IGEF und den Freunden vom Finkhof - sowas wie eine Vernetzung der selbstverwalteten Betriebe im deutschsprachigen Raum herbeizuführen (was auch nicht von selbst geht), wir arbeiten initiativ mit an der "BASIS - Zeitung für Selbstverwaltung" und sind dabei, einen Verlag für Selbstverwaltung aufzubauen.

Außerdem arbeiten wir schwerpunktmäßig auf lokaler Ebene, d.h. betreiben ein Kommunikationszentrum mit regelmäßigen Veranstaltungen bis zu 1.000 Besuchern, machen Üffentlichkeitsarbeit, reisen zu Veranstaltungen, zu denen wir eingeladen werden usw usw.
Und - last not least - haben wir die lokale POVO-Gruppe in Frankfurt aufzubauen.

Das insgesamt ist für eine Gruppe von momentan 23 Erwachsenen und zwei Kleinkindern schon ne ganze Menge, und wir beschreiben das nur deshalb so ausführlich, um ganz deutlich zu machen, daß wir kein Interesse an einem irgendwie gearteten "Führungs" anspruch bezogen auf die POVO haben: wir könnten dies rein von der dann anfallenden Arbeit her nicht leisten; darüberhinaus

würden wir's von unserem politischen Verständnis her ablehnen (dazu haben wir oben schon Stellung genommen).

Was wir leisten können, um anderen Gruppen den praktischen Einstieg in die POVO zu erleichtern:

- wir können unsere Lagermöglichkeiten zur Verfügung stellen: andere Gruppen können gemeinsam mit uns Bestellungen machen und ihren Anteil von hier dann abholen
- wir können bis zu einem gewissen Grad unsere Transportmittel (LKWs) zur Verfügung stellen bzw Warenkontingente zu POVO-Gruppen transportieren
- wir können unter Umständen für finanzschwache POVO-Gruppen gegenüber den Erzeugern bürgen
- wir können eine Zeitlang die Vermittlerfunktion wahrnehmen zwischen Interessierten an der POVO-Idee und schon existierenden, aber noch relativ unbekannten Gruppen: d.h. wer Lust hat, da aktiv mitzumachen und nicht weiß, an wen er sich wenden soll, kann sich zunächst mal an uns wenden; wir vermitteln dann weiter an eine uns bekannte Gruppe aus der betreffenden Region
- für Treffen der POVO-Delegierten können wir am Anfang unsere Räume zur Verfügung stellen
- ebenso unsere Druckerei für evtl zu Druckendes

Usw. Wo auch immer Probleme auftauchen, sind wir schon erst mal ansprechbar. Und dies dürfte in etwa auch für die IGEF und den FINKHOF gelten – entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten.

DER INFORMATIONSFLUSS IN DER NÄCHSTEN ZEIT:

Notwendig dürfte nach dem ersten großen Verbreiten der POVO-Idee werden, ein, zwei, drei nationale Treffen durchzuführen, bei denen man sich erstmal kennenlernt und so ungefähr die gegenseitigen Meinungen zur POVO abklärt, so daß - hoffentlich - so was entsteht wie ein Konsens darüber, was die POVO genau sein soll.

Notwendig ist weiterhin - bei diesen Treffen? - die Verständigung darüber, wie die Kommunikation zwischen den POVO-Gruppen gewährleistet werden soll.

Wie verhindert man ein "Verwässern" der POVO-Idee? Wie kann man verhindern, daß Geschäftemacher sich der

Wie soll die regionale und nationale Organisation aussehen?

Diese und ähnliche Fragen wären gemeinsam abzuklären, damit jede Gruppe für sich autonom arbeiten kann und sich dennoch als Teil eines großen Ganzen begreifen.

ACHTUZ

SOLANGE NOCH KEIN EIGENES POVO-MEDIUM EXISTIERT - UND SICH DER AUFBAU EINES SOLCHEN MANGELS MASSE NICHT LOHNT - WIRD DIE "BASIS" DEN INFORMATIONSFLUSS ZU GE-WÄHRLEISTEN VERSUCHEN.

SCHICKT ALSO ALLE ANFRAGEN, KRITIKEN, WÜNSCHE ETC AN DIE ANGEGEBENEN BEZUGS- BZW KONTAKTADRESSEN UND DENKT NACH ÜBER MÖGLICHKEITEN, EUCH DIE "BASIS" REGELMÄSSIG ZU BESCHAFFEN: ABONNIEREN IST DER SICHERSTE UND EINFACHSTE WEG.



ABONNEMENT für die BRD: ARBEITERSELBSHILFE (ASH) für Östereich: IGEF WIEN
Gegen Voreinzahlung KREBSMÜHLE
o 10 Heften 15,--DM 6370 OBERURSEL 5
Girokonto Nr. 904797 o6171 73496
Stadtsparkasse FFM, BLZ 500 501 02, (Bank PschK. FFM 3-600.

- ERWITTE DEUTSCHLAND
- EX SALIK BELGIEN
- WINZER-OKZITANIEN
- LIP-FRANKREICH
- O ALIA-SIZILIEN



ERWITTE -EIN KAMPFBEISPIEL

?

Chronologischer Abriß der Entwicklung in der Eirma Seihel & Söhne

6.12.1974: In einer Betriebsversammlung erklärt die Geschäftsleitung das Unternehmen für wirtschäftlich gesund, Gerüchte über geplante Kurzarbeit, Entlassungen und Verkaufsabsichten seien "Scheißhausparolen".

7.1.1975: Die Geschöftsleitung beantragt beim Betriebsrat die Zustimmung zur Kurzarbeit ausgerechnet in der Endproduktion und im Versand. Überdies besteht in diesen Abteilungen akuter Personalmangel.

28.1.1975: Da dem Betriebsrat Einsichtnahme in die Bücher und Informationen zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vorenthalten werden, verweigert der Betriebsrat die Zustimmung zur Kurzarbeit.

14.2.1975: FC Seibel, eben von seinen kanadischen Besitzungen zurückgekehrt, fegt den Antrag auf Kurzarbeit vom Tisch und kündigt stattdessen die Entlassung von 50 Beschäftigten an.

18.2,1975: Die Tagesproduktion wird durch Anfahren eines zweiten Brennofens von 800 t auf 1200 t erhäht.

19.2.1975: Der Betriebsrat erhält einen Brief, daß aus wirtschaftlichen Gründen die angekündigten Entlassungen auf 100 verdoppelt werden müßten.

20.2.1975: Die Kündigungsliste enthält 96 Namen, darunter Betriebsrats-Mitglieder, Wahlkandidaten und Wahlvorstandsmitglieder für die anstehenden Betriebsrats-Wahlen und Schwerbehinderte; alles Personen, die unter besonderem gesetzlichen Kündigungsschutz

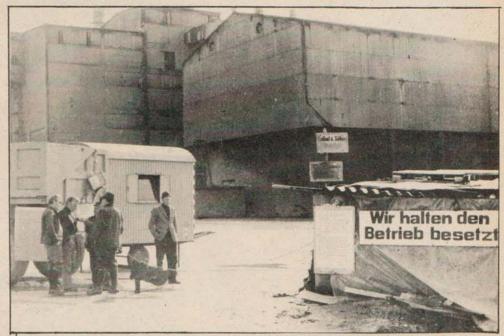
25.2.1975: Der Betriebsrat widerspricht den KUndigungen.

7.3.1975: Die Belegschaft tritt von 10–12 Uhr in einen Warnstreik, da sich die Geschäftsleitung bisher geweigert hat, zu verhandeln.

9.3.1975: In einer öffentlichen Protestkundgebung erfährt die Belegschaft von mehr als 2000 Menschen solidarische Unterstützung.

10.3.1975: Die Frühschicht besetzt das Werk. Die ungekündigten Kollegen schließen sich dem Arbeitskampf spontan an.

11.3.1975: Das Landesarbeitsamt setzt die Massenentlassungen zunächst um 6 Wochen aus.



12.3.1975: Erstmals werden dem Wirtschaftsausschuß die Bücher (Steuerbilanzen u.a.) vorgelegt. Es stellt sich heraus, daß die Entlassungen wirtschaftlich unbegründbar waren. Der am 7.3.1975 erzwungene Verhandlungstermin endet nach einer halben Stunde erfolglos, da FC Seibel sich weigert, über die Rücknahme der Kündigungen zu reden.

10. und 13.3.1975: Seibel kündigt insgesamt 67 fristlose Kündigungen mit Hausverbot an. Weitere fristlose Kündigungen folgen später.

18.3.1975: Die IG Chemie zahlt die erste Unterstützung aus.

19.3.1975: Öffentliche Erklärung der zuständigen Kreispolizeibehörde, daß sie nicht zugunsten von Seibel eintreten werde, da sie das Notwehrrecht der Belegschaft achte und da für sie das Streikrecht ein höherwertiges Rechtsgut sei als das private Hausrecht. Seibel kündigt dem Rest der Belegschaft. Ein Teil der Angestellten schließt sich dem Arbeitskampf trotzdem nicht an.

20.3.1975: Die SPD-Bundestagsfraktion bekundet in einem Telegramm ihre volle Unterstützung für den Arbeitskampf.

3.4.1975: Ein Schlichtungstermin mit dem nordrheinwestfälischen Landesschlichter endet ohne Ergebnis. Zum zweiten Schlichtungstermin am 11.4. erscheint Seibel trotz ursprünglicher Zusage gar nicht mehr. 18.4.1975: Vor dem Arbeitsgericht in Paderborn endet auch der Gütetermin, bei dem Seibel erst auf Anordnung des Richters erscheint, nach mehrstündigen Bemühungen des Richters ohne Eigebnis. Seibel ist bereit, höchstens 20 Beschäftigte wieder einzustellen. Voraussetzung sei allerdings die Beendigung der Besetzung. Gegen das Angebot von Betriebsrat und Streikleitung, zur Abwehr von Schäden Notdienstarbeiten zu genehmigen, verwahrt sich Seibel mit dem Argument, daß er von niemandem abhängig sei in seiner Entscheidung, was auf seinem Werk für Arbeit verrrichtet werde.

21.4.1975: Seibel beantragt beim Arbeitsgericht in Paderborn eine einstweilige Verfügung gegen den Betriebsratsvorsitzenden und drei Mitglieder der Streikleitung, die er damit als "Rädelsführer" hindern will, weiterhin den Betrieb besetzt zu halten und zu betreten. Er versucht damit, auf juristischem Weg die Beendigung der Werksbesetzung einzuleiten.

30.4.1975: Haupttermin beim Paderborner Arbeitsgericht. Es kommt eine Art Vergleich zustande: Sämtliche Kündigungen werden (in einem Versämmisurteil) für unwirksam erklärt. Sie haben das Arbeitsverhältnis nie aufgelöst. Dafür erklärt der Vertreter der Belegschaft, daß die Besetzung aufgehoben wird, um in sofort aufzunehmenden Verhandlungen mit Seibel die Bedingungen auszuhandeln, unter denn der Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Die Streikleitung beschließt abends, die Werksbesetzung am Freitag (2.5.) mit Beginn der Frühschicht aufzuheben und die Bestreikung des Werkes von außen zu organisieren. Es wird von der Streikleitung und den anwesenden Belegschaftsmitgliedern ausdrücklich festgestellt, daß der Arbeitskampf nicht zuende ist.

1. Mai 1975: Etwa 12.000 Menschen kommen aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundes-ländern zu einer Solidaritätskundgebung auf den Erwitter Marktplatz. Eine Delegation des französischen Uhrenwerks LIP unterstreicht besonders deutlich den exemplarischen Charakter des Arbeitskampfes der Erwitter Zementwerker.

2.5.1975: Morgens wird das Werk diszipliniert geräumt. Die LKW-Blockaden und der Stacheldrahtverhau vor dem Zugang zum Verwaltungsgebäude werden entfernt. In der Stadt wird im Gebäude der Arbeiterwohlfahrt ein Streiklokal eingerichtet. Eine der ersten Aufgaben ist die Einteilung der Streikposten.

Nachmittags beginnen die ersten Verhandlungen mit der Geschäftsleitung.

An den Verhandlungen zwischen Betriebsrat/
Gewerkschaft und Geschäftsleitung nimmt
FC Seibel nicht teil, da er wieder mål auf
Auslandsurlaub ist. Den vereinbarten inhaltlichen Verhandlungsmodus, einen Stufenplan zur Ingangsetzung des Zementwerks und
einer hierauf abgestimmten schrittweisen Weiterbeschäftigung der Arbeiter und Angestellten,
vereitelt er nach seiner Rückkehr.

6.5.1975: Die Gewerkschaft erfährt, daß das Zustandekommen des Strukturkrisenkartells endgültig gescheitert ist, da die Erwitter Firma Wittekind-Miebach jegliche Mengenbeschränkung ablehnt. Die Dyckerhoff AG kündigt eine neue Offensive an: Sie werden jetzt auf vollen Touren produzieren und durch einen entsprechenden Kampfpreis den Absatz ihrer gesamten Produktion erzwingen. Wenige Tage später senkt sie den Tonnenpreis auf 35 DM.

7.5.1975: Seibel legt Widerspruch gegen die Versäumnisurteile vom 30.4.1975 ein. Zugleich erklärt er in einem Schreiben an den Betriebsrat, daß er die Verhandlungen als gescheitert ansehen müsse, wenn der BR nicht im vorhinein seine Bereitschaft erkläre, daß ausschhließlich die Geschäftsführung das Recht habe, die Arbeitnehmer auszuwählen, die im Rahmen eines Stufenplanes "wieder eingestellt" würden.

9.5.1975: Empört weist die Belegschaft in einer Streikversammlung Seibels Bedingungen zurück. Dem Betriebsrat spricht sie demonstrativ ihr uneingeschränktes Vertrauen aus.

22.5.1975: Neuer Termin beim Arbeitsgericht Paderborn. Seibel, dessen Erscheinen erneut angeordnet wird, weist jede Vergleichsmöglichkeit zurück. Er wolle ein Urteil; es sei ihm nicht mehr zuzumuten, "mit dieser Gewerkschaft und mit diesem Betriebsrat zu verhandeln". Außerdem wisse er auch noch nicht, ob er von der alten Belegschaft überhaupt wieder jemanden beschäftigen wolle.

27.5.1975: Urteilsverkündung: Die Belegschaft gewinnt sämtliche Kündigungsschutzklagen und alle Klagen gegen die von Seibel vorgenommenen Lohnpfändungen. Alle Widerklagen und Hilfsanträge der Gegenseite werden zurückgewiesen. Die Gewerkschaft reicht neue Klagen, jetzt auf Lohnnachzahlung ein. In einer anschließenden Streikversammlung voller Hochstimmung wird das weitere Vorgehen festgelegt.

28.5.1975: Die gesamte Belegschaft bietet um 6 Uhr morgens mit normalem Frühschichtbeginn ihre Arbeitskraft an. Um 7.30 Uhr schlägt die Geschäftsleitung vor, ab 14 Uhr zu verhandeln. Die Belegschaft geht nach Hause, nachdem der Betrieb formell wieder der Geschäftsleitung übergeben wurde. Seit Monaten nimmt Seibel zum erstenmal wieder an Verhandlungen teil. Er kündigt zwar Berufung zumindest gegen die Urteile hinsichtlich der fristlosen Kündigungen an, zeigt sich insgesamt aber in hohem Maß verhandlungsbereit.

1.6.1975: Vertreter der Belegschaft und der Geschäftsleitung sollen den vorläufigen Verhandlungserfolg vom 28.5., wonach möglicherweise die Gesamtbelegschaft weiterbeschäftigt werden soll, näher ausarbeiten. Dabei deutet der Firmenanwalt an, daß Seibel wieder ernste Schwierigkeiten macht.

2.6.1975: Seibel läßt die Verhandlungen platzen. Er selbst erscheint gar nicht mehr, hat seinen Lakaien aber strikte Anweisung gegeben, eine Weiterbeschäftigung der ursprunglich fristlos von ihm Entlassenen als unzumutbar abzulehnen.

3.6.1975: Ein harter, wenn auch zunächst nur formaler Schlag: Auf einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung (früher Streikversammlung) wird den Kollegen erläutert, daß sie sich gemäß den Bestimmungen des Kündigungsschutzgesetzes beim Arbeitsamt arbeitslos melden müssen, wenn sie die kommenden Lohnfortzahlungsklagen gewinnen wollen. Damit werden die Rechtsansprüche, die sich aus den gewonnenen Kündigungsschutzklagen herleiten, jedoch nicht berührt. Die IG Chemie wird außerdem die Differenz zwischen Arbeitslosengeld und tariflichem Nettolohn ausgleichen. Die gesamte Auseinandersetzung wird immer mehr von undurchsichtigen arbeitsrechtlichen Problemen geprägt; für die Belegschaft gibt es kaum noch eigene Handlungsperspektiven. Nachmittags teilt die Geschäftsleitung dem Betriebsrat mit, daß der Betrieb am 6.6.1975

mit 38 namentlich benannten und nach den geplanten Arbeitsbereichen aufgeschlüsselten Arbeitnehmern wieder inganggesetzt werden soll. Für den Rest der Belegschaft wird die Aussperrung verfügt.

4.6.1975: Die Kollegen melden sich in einer gemeinsamen Aktion arbeitslos.

Der Betriebsrat verweigert der Geschäftsleitung gegenüber aufgrund seiner Mitbestimmungsrechte (nach Betr.V.G. und der im Betrieb gültigen Arbeitsordnung) die Zustimmung zur Weiterbeschäftigung von 6 der 38, da sie auf Arbeitsplätze versetzt wurden, an denen früher fristlos gekündigte Kollegen beschäftigt waren. Er verlangt deren Weiterbeschäftigung. Als Reaktion darauf verzichtet Seibel auf die Wiederaufnahme des Betriebs und sperrt bis auf wenige (leitende) Angestellte und Meister auch die übrigen Belagschaftsmitglieder aus.

10.6.1975: Das Arbeitsamt Soest verweigert die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung, da es sich wegen der Aussperrung um einen Arbeitskampf handele, und das Arbeitsamt sich wegen seiner Neutralitätspflicht nicht einmischen dürfe. Einige Kollegen haben vom Arbeitsamt Arbeitsangebote erhalten. Es handelt sich um Angebote bei einer Pleitefirma, die nach zuverlässigen Informationen höchstens noch vier Wochen in Betrieb sein wird. Die Gewerkschaftsvertreter fordern dazu auf, diese Angebote abzulehnen. Auf einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung werden Strafanzeigen gegen Seibel wegen seiner ständigen Rechtsbrüche u.a. auch wegen Behinderung der Betriebsratsarbeit anaekundiat.

13.6.1975: Seibel setzt mit seinen Meistern die Packerei ingang.

Nachmittags demonstrieren in Lippstadt etwa 200 Frauen und Kinder der Belegschaft. Der Demonstrationszug durch die Stadtmitte zu Seibels Wohnhaus war innerhalb weniger Tage von einem Teil der Ehefrauen der Kollegen sehr angagiert und selbstbewußt vorbereitet und organisiert worden. Tenor: "Wir geben nicht klein bei".



Wir räumen das Werksgelände



Erwitte - ein Unternehmer spielt verrückt

Bei diesem Stichwort denkt man 4 Jahre zurück. Damals hat es einen ziem-lichen Wirbel gegeben um das Zementwerk Seibel und Söhne. Der Unternehmer Seibel - so schien es - läuft Amok: er läßt beim Betriebsrat Zustimmung zur Kurzarbeit ausgerechnet in den Abteilungen Endproduktion und Versand beantragen, verweigert gleichzeitig die Einsicht in die Bücher und Informationen zur wirtschaftlichen Lange des Unternehmens. Als der Betriebsrat daraufhin die Zustimmung zur Kurzarbeit verweigert, kündigt Seibel kurzerhand 50 Entlassungen an. Eine. Woche später sinds dann schon 100 (von insgesamt 150) Beschäftigten, die entlassen werden sollen, darunter Betriebsratsmitglieder, Schwerbehinderte und andere Beschäftigte mit besonderem Kündigungsschutz. Der Betriebsrat widerspricht den Kündigungen - die Geschäftsleitung weigert sich zu verhandeln. Daraufhin zwei Wochen später ein zweistündiger Warnstreik, zwei Tage später eine öffentliche Protestkundgebung mit 2.000 (!) Teilnehmern und - als immer noch keine Verhandlungsbereitschaft seitens des Unternehmers - am nächsten Morgen die BESETZUNG des Werks.

Besetzung als Arbeitskampfmittel - das war ein absolutes Novum in der Geschichte der Arbeitskämpfe der Bundesrepublik. Sie war der Grund, warum dieser Arbeitskampf einer Mini-Belegschaft zum bundesweiten Spektakel

werden konnte.

In der Folge lief's scheinbar bestens:
Die IG Chemie legalisierte den Ausstand (und konnte ihn dadurch in bewährter Manier "führen"), eindeutig positive Resonanz bei der gesamten Öffentlichkeit bis hin zur SPD-Fraktion im Bundestag, die in einem Telegramm ihre "volle Unterstützung" bekundet. Die zuständige Kreispolizeibehörde läßt öffentlich verlauten, daß sie nicht zugunsten des Unternehmers einschreiten werde. Massenhaft Solidaritätsadressen, Besuche, Einladungen zu Veranstaltungen, Spenden usw. usw.

Der Unternehmer, der nach wie vor auf stur schaltet, zu Schlichtungsverhandlungen erst gar nicht erscheint und - zwangsgeladen - zu keinerlei Kompromissen bereit ist, ist in der öffentlichen Meinung

unten durch.

Am 1. Mai versammeln sich in Erwitte 12.000 Menschen zur Maiveranstaltung, die zu einer Demonstration gegen Seibel und Unternehmerwillkur überhaupt wird. Die Sache der Zementarbeiter ist inzwischen den Instanzenweg gegangen: sie befindet sich in dicken Aktenordnern der Arbeitsgerichte. Von dort kommt zwar eine Erfolgsmeldung nach der anderen: der Unternehmer Seibel verliert alle seine Klagen, die Kollegen setzen alle ihre Ansprüche durch. Nur: diese Erfolge bedeuten nichts, da der Unternehmer gleich in die Berufung geht, den Prozeß an die nächste Instanz verweisen kann, was er auch tut.

Ein Resümee, von den Kollegen nach knapp einem Jahr Arbeitskampf selbst gezogen: "die gesamte Auseinandersetzung wird immer mehr von undurchsichtigen arbeitsrechtlichen Problemen geprägt, für die Belegschaft gibt es kaum noch eigene Handlungsperspektiven." Und an anderer Stelle: "mit rechtskräftigen Urteilen in der letzten Instanz ist erst nach Ablauf von zwei Jahren zu rechnen. Eine solche Zeitspanne kann ein Arbeiter mit seiner Familië nicht ohne Bedrohung der Existenz überstehen. Der gekündigte Arbeiter kann finanziell ansgehungert werden."

Und so ist es dann im Prinzip auch gelaufen: noch heute stehen einzelne Urteile aus, die Belegschaft ist mittlerweile auf die verschiedensten Betriebe der näheren und weiteren Umgebung verteilt. In der überwiegenden Mehrheit ist ihre Verarbeitung der Erfahrung resignativ.

Hat in Erwitte also ein Unternehmer "verrückt gespielt?" Oder ist es nicht viel mehr so, daß Seibel seinen Kampf um Unternehmermacht knallhart durchgezogen und - den Weg durch die Gerichte einkalkulierend - auch gewonnen hat?

Als geschlossene Gruppe existiert von diesem Streik her noch ein Teil der Frauengruppe, die sich damals gebildet hat. Diese 6 Frauen sind nach wie vor aktiv und haben soeben erreicht, daß über die IG Chemie demnächst zu einer Versammlung der gesamten ehemaligen Belegschaft

eingeladen wird.

Uns interessiert die Einstellung dieser Frauen als unmittelbar Beteiligter zu ihrer eigenen Erfahrung: "der Unternehmer kann (vom Arbeitsgericht) nicht gezwungen werden, den Betrieb wieder äufzumachen und die Arbeiter weiter zu beschäftigen. Selbst positive Urteile ändern nichts daran, daß ein Unternehmer willkürlich ohne wirtschaftliche Gründe eine ganze Belegschaft auf die Straße setzen kann. Im Bereich des Arbeitskampfrechts kann man von einer Rechtsprechung gegen die Mehrheil der Bevölkerung sprechen."

Und weiter: "Diese Auseinandersetzungen zeigen deutlich, daß den Arbeitsgerichten solche Arbeitskonflikte nicht ausschließlich überlassen werden können: sondern Kolleginnen und Kollegen müssen gemeinsam und solidarisch neue Formen des Arbeitskampfes finden, um ihr Recht auf Arbeit und menschenwürdiges Leben für sich und ihre Familien zu sichern".

Die Fabrikbesetzung - wenngleich bis dato 'einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik - war im Prinzip nichts anderes als ein konsequenter Streik: die Kollegen haben nach wie vor auf den Unternehmer gestarrt wie das Kaninchen auf die Schlange. Es war SEINE Sache, den Betrieb wieder ins Laufen zu bringen und es blieb deshalb in SEINEM Ermessen, dasselbe zu lassen. Das "Recht auf Arbeit" blieb die - wenn auch nachdrückliche - Aufforderung AN DEN UNTERNEHMER, die Ausbeutung wieder aufzunehmen. Und dazu hatte er nun mal, angesichts der unprofitablen Marktlage, keine Lust.

Was wäre z.B. passiert, hätten die Kollegen nicht nur besetzt und in der öden Fabrik stillstehende Maschinen bewacht, sondern die Besetzung durchgeführt und die Produktion voll weiter durchgezogen? Wäre das möglich gewesen vom Produkt Zement her, von den Zulieferfirmen und Abnehmern her? Wie hätte sich dann die Kreispolizeibehörde verhalten und die SPD-Fraktion im Bundestag? Die Gewerkschaft, die öffentlichkeit? Und hätten die Kollegen da überhaupt mitgespielt - wie groß war

die Empörung.

Uns interessiert; wie die Betroffenen da heute drüber denken. Denn die Sache wiederholt sich laufend, auch im ganz großen Stil: Produktionsanlagen veröden, verfallen, weil irgendwo irgendein Unternehmer entdeckt hat, daß es für ihn profitabler ist, woanders oder überhaupt nicht mehr produzieren zu lassen. Für den Unternehmer ist es keiner größeren Bedenken wert. Woanders sind die Löhne niedriger, da bringts mehr oder - im anderen Fall - man erholt sich, lebt eine Weile von den "ersparten" Millionen und den Subventionen vom Staat. Für den Arbeiter springt bestenfalls eine Abfindung bei raus, der berühmte "Sozialplan"; sonsten ist nicht mehr und nicht weniger passiert, als daß seine gesamte Existenz aut dem Spiel steht.

Wir zeigen am 6.10., 20.00 Uhr den Film über die Fabrikbesetzung bei Seibel u Söhne in Erwitte. Die Frauen aus Erwitte werden sicherlich zusätzlich über die Entwicklung ihrer Frauengruppe berichten wollen Und zu guter Letzt wollen wir zusammen die oben angeschnittene Dis-

kussion führen.

Kosten tut's nichts, und wer Lust und/ oder Interesse hat, soll sich eingeladen fühlen

Ort des Geschehens ist die KREBS-MÜHLE am Oberurseler Weg (Ausfallstraße Ffm-Niederursel Richtung Oberursel), kurz hinter der Autobahnbrücke (von Ffm aus) linker Hand. Zu erreichen mit der U-Bahn, Haltestellen Niederursel oder Weiskirchen (10 Minuten Fußweg). Arbeiterselbsthilfe (ASH) Frankfurt



DIE ERGEBNISSE DES KAMPFES -

Die Erwitte-Veranstaltung zeigte uns erstmal leider nur auf , daß aus dem Kampf in Erwitte, als einziges Ergebnis die Konstituierung der Frauengruppe erfolgte. So zeigte uns dieses Beispiel wieder mal auf, zu was so ein Unternehmer alles in der Lage ist. Er kann nicht nur seine Arbeitnehmer willkürlich ohne wirtschaftliche Gründe auf die Straße setzen, vielmehr ist es für ihn ebenso eine leichtigkeit, bei der heutigen wirtschaftlichen Lage und dem damit immer stärker werdenden Konkurrenzdruck unter den Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt, einen Ansatz von Soldarisierung der Arbeiter im Aufbau zu zerschlagen.

Die Macht des Unternehmers ist die Ohnmacht des Arbeiters

Die Männer, die ehemals bei der Besetzung beteiligt waren, sind heute zum größten Teil in anderen Betrieben beschäftigt.
Die, die sich aufgrund der immer stärkeren Existenzangst, auf die unmenschlichen Forderungen des Unternehmers einließen, stellten die erste Spaltung unter den Betriebsbesetzern dar. Sie unterschrieben die neuen Arbeitsverträge, die SEIBEL (Unternehmer) ihnen vorlegte, die die Ansprüche

auf die bisherige Betriebsrente aufhoben.

Dazu konnte es aber nur kommen, daß diese Arbeiter in ihrer Angst um ihre Existenz , diesen Vertrag unterschrieben, da die Gewerkschaft, sich an formal-juristische Verkehrformen hielten, die das glückliche Ende eines Kampfes verhinderten.

Die Strategie der Gewerkschaft zielte darauf hin immer wieder mit dem Unternehmer in Kontakt zu treten, und als dies nicht gelang, den Konflikt auf arbeitsgerichtlichem Wege zu lösen. So sieht es heute noch so aus. daß einzelne Prozesse fünf Jahre, nach dem Kampf nicht beendet sind.

Der gerichtliche Weg, führte zu einer jahrelangen Verschleppung der Probleme und gleichzeitig wurden den Arbeitern die Hände gebunden.

Sie mußten die von ihnen gewählte Kampfform zu Gunsten unsicherer Gerichtsurteile aufgeben.
Kein einziger Prozess wurde verloren,aber der Erfolg blieb aus,
niemand, auch kein Unternehmer
kann gezwungen werden, ein Fabrik
wieder zu eröffnen, selbst wenn
darüber tausend Familien bedroht
sind.

Die Arbeiter wurden aus dem Kampf zurück in die Resignation gestossen. Heute ist keine Kommunikation unter den ehemaligen Besetzern , vorhanden, sie sind alle in verschiedene Betriebe zerstreut,

die Situation der Frauen

Sie hatten am Anfang des Kampfes eine passive Rolle, aktivierten sich aber zunehmend über die Mitbetroffenheit als Ehefrauen.
Sie erkannten, das sie ihre Männer bei dem Kampf unterstützen mußten. Über die Besetzung sind sie politisiert worden, haben sich angefangen sich mit ihrer Umwelt und deren Bedingungen auseinandenzusetzen und aktiv für ihre Interessen zu werden.

Sie treffen sich seit der Besetzung wöchentlich, weil sie mitlerweiler erkannt haben, daß sie nur gemeinsam stark sein können. So sind sie aktiv, als Frauengruppe gegen § 218, gegen Umweltzerstörung durch ausströmendes Thalium aus dem nahegelegenen Zementwerk und haben es jetzt erreicht, als Nichtarbeitnehmer, als Hausfrauen in die Gewerkschaft aufgenommen zu werden.

Was nun?

Wir stellen uns hier nur die Frage, welche Interessen vertritt die Gewerkschaft, wie es sich doch an dem Kampfbeispiel Erwitte zeigt? Erhoffen sich die Frauen nicht zuviel davon?

••••••••••••••

ANDERS LEBEN ANDERS ARBEITEN

BAND

ARBEITERSELBSTHILFE FRANKFURT

POVO-VERLAG FÜR SELBSTVERWALTUNG, MHrz 1980

Arbeiterselbsthilfe Frankfurt

BRANDNEU - BRANDHEIß - BRANDNEU - BRANDHEIß - BRANDNEU - BRANDHEIß

"Uns wird immer vorgeworfen, wir würden die ASH in der Offentlichkeit zuwenig problematisieren."

Ab jetzt in den einschlägigen Buchhandlungen erhältlich

" ANDERS LEBEN - ANDERS ARBEITEN "

Geschichte, Diskussionen, Entwicklungen, Gruppenprozesse, Protokolle, persönliche Einschätzungen und viele Fotos.

erhältlich auch direkt bei der ASH, Krebsmühle, 637 Oberursel 5, zum Preis von 1 Band 20,-DM, 2 Bände 35,- DM (plus Porto!), gegen Voraus-überweisung auf Kto. 904797 bei der Stadtsparkasse Frankfurt, BLZ 500 501 02 (Verein Hilfe zur Selbsthilfe)

LES SANS EMPLOIS

- EX SALIK IN QUAREGNON - BELGIEN

Am 17. August 1978 besetzten die Näherinnen der Jeansfabrik in Quaregnon, einem Ort im belgischen Bergbaugebiet Borinage, aus Protest gegen erneute Entlassungen "ihren" par

"Les Sans-Emploi" das heißt: die Arbeitslosen. Arbeitslos sollten die Arbeiterinnen werden und zwar weil Pierre Salik. der Besitzer, zum dritten Mal seit 1970 aus Rentabilitätsgründen Konkurs anmeldete

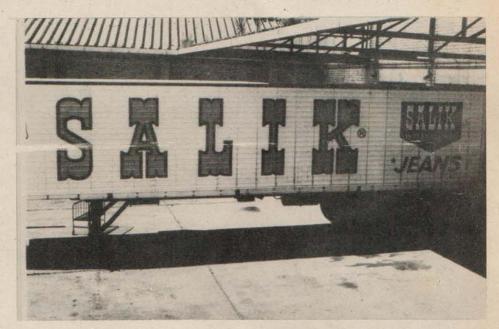
Die Fabrik war als Tochterfirma (Hauptsitz ist in Brüssel) mit hohen staatlichen Subventionen gebaut worden und beschäftigte anfänglich ca. 800 Arbeiterinnen. Männer wurden hier kaum beschäftigt.

Die Konkurse hatten die Frauen immer besonders hart hetroffen, weil sie oft für ihre Familien Alleinverdienerinnen waren. Die Männer waren schon lange arbeitslos.

In der Borinage (ein ökonomisches Krisengebiet, in dem ca. 36% Frauenarbeitslosigkeit herrscht) ist dies innerhalb der letzten Jahre der dritte Versuch von Frauen sich die Fabrik, in der sie arbeiten müssen, um leben zu können, gegen den Willen der Besitzer zu erhalten: Siemens-Badour, Farah und Salik wurden von ihnen besetzt.

ERST: Recht auf Arbeit DANN: SELBSVERWALTUNG UND WIEDERAUFNAHME DER PRODUKTION

Schwierig genug war es für die Frauen den Widerstand zu organisieren. Die Belegschaft arbeitete nämlich schon seit einem Jahr nicht mehr zusammen. Es gab Kurzar-



beit und es existierte ein System routierender Arbeitslosigkeit. Während ein Teil arbeitete, befand sich der andere Teil in einer Arbeitslosenphase.

Trotzdem, als Gerüchte über die anstehende Schließung kursierten, organisierten sie Versammlungen und Informationsveranstaltungen. Es sollte über die Kampfmaßnahmen abgestimmt werden.

Öffentlichkeit wurde geschaffen durch Demonstrationen und Infostände auf Wochenmärkten

Ca. 30 Frauen bereiteten die Besetzung vor, aber an jenem bewußten 17. August 1978 versammelten sich dann doch über schnellsten Informationsfluß 150 Frauen. das war immerhin die Hälfte der Belegschaft.

Schwierig und anstrengend war die erste Zeit, aber die Frauen erlebten sie wie ein Fest: die Tragweite des eigenen Handelns zu spüren, Zusammenarbeit zu erleben, eigene Ideen zu entwickeln, die eigenen Kräfte auszuprobieren.

Die Resonanz auf den Kampf in der Öffentlichkeit war sehr positiv. Zu an-

fang erlebten die Frauen die Anteilnahme der Nachbarn, Familien, politischen Organisationen, der Kirche und der Region als eine große Unterstützung. Salik wollte die Produktion in die Länder der 3. Welt verlegen. Dort ist Frauenarbeit noch viel weniger wert.

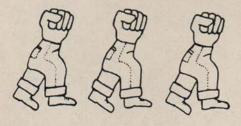
Die Arbeiterinnen meinten: Wir haben ein Recht auf eine Arbeit in unserer Wohngegend. Viele unserer Männer sind durch die Bergwerkschließungen arbeitslos gemacht worden und wir mußten einspringen. Auf unserem Rücken sind dicke Subventionen eingestrichen worden. Wir lassen uns nicht zurück an den Herd schicken!!!!

Die Selbstverwaltung brachte ungeheuer viele Schwierigkeiten. Selbstverwaltete Produktion hieß für die Frauen, die noch vor kurzem nebeneinanderhergearbeitet hatten in riesigen Hallen, bei höllischem Lärm, gestreßt durch Akkord und Doppelbelastung in der Familie, alle ungelernte Arbeiterinnen, ein Großteil italienische Emigrantinnen schon in der zweiten Generation, sich konfrontiert zu sehen mit

ganz neuen Aufgaben wie: Einkauf, Produktion, Buchführung, Direktverkauf, Verkaufsnetze auftun, öffentlichkeitsarbeit machen, einen Kindergarten einrichten und die Kantine so verändern, daß sie zu einem gemütlichen Treffpunkt werden konnte. Viele Frauen engagierten sich über die Maßen. Der Tag hatte jetzt keine 8 Stunden mehr sondern für viele 24 Stunden. Besetzt wurde rund um die Uhr, produziert nicht, Rundreisen durch Belgien mußten organisiert werden, oft mit Heimkehr spät in die Nacht. Dies stieß dann doch sehr bald bei einigen Ehemännern auf Unverständnis und Mißtrauen. Einige Frauen bekamen massive Probleme mit ihren Familien, und blieben dabei im Kampf auf der Strecke.

Gleich zu anfang gründeten die Frauen ein Streikkommitee, später war dies dann das Leitungskommitee der Kooperative, was ein neues Macht- und Entscheidungszentrum repräsentierte. Einerseits konnte Verantwortung für die Organisation des Betriebes abgegeben werden, andererseits erzeugte dieses Komitee Mißtrauen und Ungleichheit und zwar auch deshalb, weil Informationen und Entscheidungen nicht mehr öffentlich gemacht wurden. Die Selbstverwaltung sollte ja ganz anders aussehen als früher: keine Hetze, nicht immer die gleiche Arbeit, viel Pausen, möglichst viele Punkte um miteinander zu reden.

Dennoch mußten Formen gefunden werden, um die viele anfallende Arbeit arbeitsteilig zu bewältigen. Niemand wollte den Chef spielen, kaum eine Frau hatte gelernt, eine andere solidarisch zu kritisieren. Das Ergebnis: Spannungen, Distanzierungen, Koalitionen.



SERIENPRODUKTION ist nur dann sinnvoll, wenn sie auch verkauft werden kann. Für Betriebe, die sich im Kampf gegen den Kapitalisten befinden, steht der normale kapitalistische Markt nicht mehr zur Verfügung. Es mußte ein alternatives Verkaufsnetz entwickelt werden. Stadtteil-, Jugend- und Frauenzentren wurden zu Verkaufsstützpunkten.



Andere Gruppen and

viele Einzelpersonen boten anfangs ihre Hilfe beim Hosenverkauf an. Doch die meisten waren keine Verkaufsprofis, steckten trotz allem guten Willen ja auch nicht selbst in der Situation der Kämpfenden, waren daher auch nicht gezwungen ihre gesamte Phantasie in Gang zu setzen, um sich zu überlegen, wo, wann und wie die Hosen noch verkauft werden könnten.

Der Solidaritätsverkauf hats absolut nicht gebracht, obwohl gut gemeint. 700 Hosen mußten täglich produziert und natürlich auch verkauft werden. Selbst die Produzentinnen waren überfordert. Im Wirbel der ersten Tage gingen wichtige Listen, Adressen und Geld verloren. "Solidarische Weiterverkäufer" meldeten sich nie wieder. Viele Hosen wurden auf Einladung der "Les Sans-Emploi" am Rande von Festen, Veranstaltungen und Kongressen selbst verkauft. Auf Saliks Betreiben, der immer noch die Macht des Produktionsmittelbesitzers hatte und die Rechtsprechung hinter sich wußte, wurde mancher Verkauf durch einstweilige Verfügungen verboten, bis juristisch geklärt war, wann, wie und wo die Frauen verkaufen durften. Gegenschlag von Salik: Er verkaufte seine Hosen, hergestellt in der 3. Welt, zu Dumpingpreisen und sicher gabs eine Menge Käufer, die meinten mit dem Kauf einer solchen Hose, die "Les Sans-Emploi" zu unterstützen.

Als Kooperative waren die Frauen gezwungen ihre Stoffe auf dem kapitalistischen Markt einzukaufen. Sie bekamen massiv zu spüren, daß sie nicht dazugehörten. Einige Stofflieferanten weigerten sich überhaupt sie zu beliefern, andere verlangten unverschämte Preise oder andere wieder verlangten Zahlung im voraus oder sofort bei Lieferung, was ganz unüblich

RESIGNATION

Alle diese Schwierigkeiten haben den Kampf geschwächt. Einige konnten die vielen Belastungen nicht mehr aushalten, bei anderen weigerten sich die Familien noch weiter mitzumachen, viele hatten den Mut verloren, die unterstützende Öffentlichkeit zog sich zurück, der Kampf war alltäglich, ja lästig geworden, Ergebnis: Resignation. Die Gruppe schrumpfte auf 60 zusammen aber selten waren alle Frauen in der Fabrik zusammen, einige hatten sehr lange Anfahrtswege und sparten sich diesen ganz einfach. Es gab kaum noch wirkliche Erfolgserlebnisse.

Genau in dieser Situation, das war im Mai 1979, nach einem Jahr Kampf, fiel unser Besuch. Zwei Frauen aus der Frauenbewegung und ich, eine Frau von der Arbeiterselbsthilfe/Ffm, hatten von dem Kampf gehört und fuhren nach Quaregnon.

Die Sitsation war brenzlig geworden für die Frauen. Ende Mai sollten die Streikgelder eingestellt werden. Die Verkaufsergebnisse waren schwach und deprimierend. Es war lange nicht so viel Geld zusammengekommen, wie notwendig gewesen wäre, um alle Besetzerinnen als Mitglieder in die Kooperative einzustellen, und zu bezahlen.



Für diesen Tag hatten die Frauen eine Vollversammlung einberufen. Anwesend waren Vertreter der CSC und ein Vertreter eines Unternehmensberatungsteams, die zusammen mit den Frauen für die nächsten Wochen, die noch bis zum 1. Juni verblieben, eine Gesamtstrategie, d.h. sowohl den wirtschaftlich organisatorischen Bereich des Betriebes, als auch die teilweise verfahrene Beziehungsstrukturen zu analysieren und Lösungen zu besprechen. Der Tag, den wir durch Zufall miterlebten, ähnelte in seinem Ablauf und der Dynamik, die von den Anwesenden produziert wurde, einem Tag aus der ersten euphorischen Kampfphase. Vorbereitet wurde die Vollversammlung vom Leitungskomitee und den Männern. Mit beachtlichem Erfolg produzierte das Team zuerst eine gute Stimmung unter den Frauen, danach wurden alle Themen und Punkte vorbesprochen und darauf geachtet, daß jede der anwesenden Frauen alles genau verstanden hatte und sich arbeitsteilig bestimmte Diskussionsthemen vornahmen, die sie nachher in der Vollversammlung einbringen würden. Auf diese Weise vorbereitet, ist es dann durch diese Intervention gelungen, daß jede Frau im Plenum zu sprechen kam. Keine wurde abgewürgt, kein Vorschlag, auch wenn er noch so kurios war, diskriminiert und während einer wahnsinnig guten Stimmungsmache wurden über 100 wirklich gute Verkaufsvorschläge eingebracht und akzeptiert. Die Resignation schien wie weggeblasen, für diesen Tag nicht mehr sichtbar und viele Frauen hatten wieder Auftrieb bekommen. Der gesamte Verkauf für den Monat Mai war bis ins Detail durchgesprochen, jede wußte

was sie dafür machen wollte.

Uns kam dann die Idee einen Solidaritätsverkauf in Frankfurt und Umgebung zu organisieren und eine gute Informationskampagne zu starten um zu helfen, die Hosen in möglichst kurzer Zeit unter die Leute zu bringen.

RÄUMUNG am 15, SEPT.

Alle Verkaufsaktivitäten im Mai hatten dennoch nicht das gewünschte Ergebnis. Es wären 4 500 000 belgische Francs notwendig gewesen, um allen Verpflichtungen nachzukommen, offene Rechnungen zu bezahlen, die Frauen einzustellen. Zusammengekommen sind aber nur 180 000 BF, das sind umgerechnet ca. 108 000 DM. Als dies in der Versammlung Ende Mai bekannt gegeben wurde kam es zum großen Bruch. Die ENTTÄUSCHUNG war groß . . . die Gruppe zerbrach.

Da die Kooperative nicht einstellen konnte und die Zahlung der Streikgelder gestoppt worden war, mußten sich die Frauen arbeitslos melden. Viele hatten auch einfach keinen Mut mehr. Auf die Fortführung der Produktion mußten sie verzichten, denn als Arbeitslose hatten sie kein Recht zu produzieren.

Einige Frauen forderten, den Kampf weiter zu führen, die meisten wollten aber nicht mehr. Zwei Positionen gab es:
Weitermachen, trotz allen Schwierigkeiten, mit dem erarbeiteten Geld eine Perspektive für die Kooperative zu schaffen, die andere Position war, das Geld aufzuteilen und zu verpulvern. In der desolaten Stimmung schienen beide Positionen unvereinbar. Unsere Bemühungen den Verkauf in der BRD zu organisieren war auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen, weil sowohl die Beschaffung der Hosen als auch der Verkauf viel

zu zeitaufwendig gewesen war.

HIER IN UNSERER FABRIK Hier in unserer Fabrik gibts keine Ausbeutung mehr laß uns deine Spulen und deine Hosen da. Du kannst nicht verkaufen? Wir schaffen das schon wir werden's dich lehren ' durch AUTOGESTION! Du sagst, du bist pleite Oh! Welch falscher Zug! Und du suchst das Weite Drecksack, bloß Betrug. Laß uns deinen Laden deine Konfektion Unsere Politik ist die AUTOGESTION Und der Herr Minister wie er's gewöhnlich tat zieht erst Schwätzregister läßt uns den Salat. Doch die Nachfragen rollen für die Hosen schon Alles was wir wollen ist AUTOGESTION!

LIED DER FRAUEN VON "LES SANS-EMPLOI"



Die "Räumung" am Samstag, den 15. September, ging ohne jeden Spektakel über die Bühne. Die Besetzerinnen hatten erwartet, daß Pierre Salik die Polizei mobilisieren würde, den Gefallen tat er ihnen aber nicht. Keinerlei öffentlichkeit sollte nochmals auf den Kampf der Frauen aufmerksam machen.

Knapp zwei Handvoll Frauen waren gekommen. Der spärliche Rest, der bis dahin durchgehalten hatte. Wir, Vertreter der Arbeiterselbsthilfe, waren nach Belgien gefahren, um die Frauen durch solidarische Anwesenheit am letzten Tag in der Fabrik zu unterstützen. Außerdem konnten wir einen Teil des durch den Solidaritätsverkauf der Hosen in der BRD eingebrachten Geldes übergeben.

Die Atmosphäre war geprägt durch die vielen Rückschläge der letzten Monate. Die Fabrik war restlos runtergekommen, die Frauen resigniert. Es hatte viel Streit untereinander gegeben.



Alle noch vorhandenen Hosen lagerten wir in einer gemeinsamen Aktion aus der Fabrik aus und, Gott sei Dank, wurde die Stimmung immer besser dabei.

Ungefähr eine handvoll Frauen, "Les Sans Emploi", wollten zusammen mit einem Mann der während des Kampfes zu ihnen gekommen war und zwei weiteren neuen Frauen als Kooperative in Zukunft weiterarbeiten. Nocheinmal hatten sie sich mit dem Unternehmerberatungsteam zusammen gesetzt, um drei Möglichkeiten einer zukünftigen Produktion zu diskutieren. Zu keiner Möglichkeit gabs zu diesem Zeitpunkt eine genaue Position.

Bis Ende September wollten sie die Bücher und Abrechnungen der Produktions-

DIE WIDERSPRÜCHLICHE ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN IM KAMPF DER FRAUEN

Die FTGB (sozialistische Gewerkschaft) verweigerte von Anfang an ihre Unterstützung. Die Frauen, die in dieser Gewerkschaft organisiert waren, sahen sich fentlichkeitsarbeit. Allerdings wurde daher gezwungen, sich arbeitslos zu mel- der Kampf der Frauen sehr bald zum poden, und verzichteten auf den Kampf. Die 150 waren dadurch schon nach den ersten Kampftagen nur noch 100.

Die CSC (christliche Gewerkschaft) unterstützte den Kampf durch Zahlung von Streikgeldern, Rechtsberatung und öflitischen Zugpferd für die CSC. Im Mai nämlich standen die Delegiertenwahlen, vergleichbar mit unseren Betriebsratwahlen an, und Worte wie AUTOGESTION und AUTOPRODUKTION wurden zum Reklamevokabular für die Gewerkschaft. Tatsächlich

stellte die Gewerkschaft dann ja auch die Zahlung der Streikgelder Ende Mai ein. In der Fabrik hingen Plakate: Die Gewerkschaft unterstützt, die Versammlung entscheidet. Bei einigen der engagierten Frauen konnte das allerdings nur ein müdes Lächeln hervorrufen.

EMPL

JULI 78: Während der Betriebsferien wird die Auflösung des Betriebes beschlossen. Ende Juli nehmen 100 "Relativ Brave" die Arbeit wieder auf. Der Ausverkauf be-

AUGUST 78: Die Arbeiterinnen der Arbeitslosenphase (seit 1977 wird in Belgien häufig "partielle Arbeitslosigkeit" praktiziert. Auf eine Woche Arbeit folgen vier Wochen Arbeitslosigkeit.) Sie gehen zu den Gewerkschaften und fordern die Organisierung einer Betriebsversammlung. Als die Betriebsversammlung am 3. August stattfindet, sind viele Frauen nicht erreicht worden. Das knappe Ergebnis: 110 sind für Streik und Besetzung, 98 dagegen. Über 100 fehlen. Diejenigen, die trotzdem nicht aufgeben wollen, treffen sich. Auf dem Wochenmarkt findet eine Demonstration gegen die Schließung statt. Die "Salikstrasse wird umbenannt in "Coron des Sans-Emploi" "Arbeitersiedlung der Arbeitslosen"

17. AUGUST 78: FABRIKBESETZUNG! Am Morgen dringen 30 Frauen in den Betrieb ein. Eine halbe Stunde später wird die Nachricht im Radio verbreitet. Viele vorher nicht Unterrichtete der Arbeits-losenphase machen sich auf den Weg -bald sind es 100, 150 (es sind auch zwei Männer dabei). Die Gewerkschaften sind unterrichtet: die CSV (christliche Gewerkschaft) unterstützt die Aktion, von der FTGB (sozialistische Gewerkschaft)

die Besetzung nicht unterstützt. In der Gegend werden Flugblätter verteilt: "Die Frauen der Borinage wollen kämpfen, um ihr Recht auf Arbeit zu verteidigen".

> 22. AUGUST 78: Die offizielle Konkurserklärung der Geschäftsleitung erfolgt, die Liquidation ist aber wegen der Besetzung nicht möglich.

25. AUGUST 78: Die Versammlung beschließt, weiterzuproduzieren und zu verkaufen. Es werden Arbeitsbereiche organisiert: duktion, Verkauf, Nachtbesetzung, Küche, Kindergarten und Buchführung. Es entsteht die Idee, ein Kooperative aufzu-

27. AUGUST 78: Flugblattaktion und Demonstration vor dem Brüsseler SALIK-Be-

1. SEPTEMBER 78: Zu einem "Tag der offenen Tür" kommen 4000 Besucher, viele Hosen werden bestellt.

3. SEPTEMBER 78: Der Besitzer Pierre Salik klagt gegen unbekannt, um die gelagerten Stoffe zurückzubekommen: bzw. unantastbar zu machen.

8. SEPTEMBER 78: Die Klage von Salik wird zurückgestellt (Verweigerung eines Schnellverfahrens), 10 Arbeiterinnen und die CRS erheben Klage gegen SALIK, da die in den Büros gefundenen Unterlagen Manipulation der Betriebsleitung aufdecken.

19. SEPTEMBER 78: Die Gründung der Kooperative wird beschlossen.

26. SEPTEMBER 78: Das Handelsgericht in Mons erklärt sich für nicht zuständig in der Entscheidung über das Stofflager SA-LIKs. Durch die Vermittlung einer schon bestehenden Kooperative der Umgegend (einer ebenfalls besetzten Textilfabrik) bekommen die Besetzerinnen die erste Lieferung von 35 Stoffballen.

2. DEZEMBER 78: Die erste Aufführung des Theaterstücks, das die Voraussetzungen und den Kampf erklären soll, findet statt.
6. DEZEMBER 78: Die Kooperative "Les Sans-Emploi" - "Die Arbeitslosen" wird offiziell gegründet.
8. DEZEMBER 78: Ein Leitungskomitee zur Selbstverwaltung wird gewählt

Selbstverwaltung wird gewählt.

21. FEBRUAR 79: Pierre Salik fordert vor dem Friedensgericht in Buossu die Ver-treibung der Besetzer oder eine Miete von 500 000 BF pro Monat der Besetzung. 22. FEBRUAR 79: Salik klagt beim Han-delsgericht Brüssel, um den Verkauf der Hosen durch die Kooperative zu verbie-

ten.

20. MARZ 79: Das Handelsgericht Brüssel legt die Bedingungen fest, unter denen der Verkauf der Hosen fortgesetzt werden kann. Die Forderung nach Vertreibund der Besetzer wird vom Friedensgericht in Besetzer wird vom Friedensgericht in Buossu zurückgestellt.

29. MARZ 79: Teilnahme an einer großen 29. MARZ 79: Teilnahme an einer großen Demonstration der Wallonen gegen die Benachteiligung ihrer Region und die Abnachteiligung ihrer Region und die Abter. Dabei verbrennen sie zwei Strohpup-pen, die Salik und die Arbeitslosigkeit symbolisieren.

1. JUNI 79: Die CSC streicht zum 31. Mag die Streikgelder. Die Frauen müssen sich arbeitslos melden und stempeln gehen.

19. JUNI 79: Die Urteilsverkündung über die Klage Saliks um Räumung der Fabrik ist von diesem Tag an auf den 15. September verschoben worden.

ENDE SEPTEMBER: DER KAMPF IST VORBEI! ENDE SEPTEMBER: DER KAMPF IST VORBEI! Doch 15 Frauen wollen weitermachen. Auf einer Versammlung wollen sie über die einer Versammlung wollen sie über die verschiedenen Möglichkeiten einer gemeinsamen längerfristigen Perspektive

DER KAMPFIST VORBEI !!



UND WER IST

WIEDER MAL

AUF DER STRECKE

GEBLIEBEN





AN DER POVO KRITIK

Zum "POVO" der ASH in Nr. 65

Nr. 65

WIR BRAUCHEN KEINEN ALTERNATIVEN GROSSHANDEL
SONDERN EINE ALTERNATIVE ZUM GROSSHANDEL
von Wolfram aus der Distel (Biokrämer aus Frankfurt)
Im PS 65 kündigte die ASH
die Geburt ihres nichtsten Kindes
an: POVO soll es heißen (POtztaussend in die VOllen). Mit vielen
linken Schnörkeln wird da ein
Projekt entworfen, das bei nähermiknen nichts anderes ist
als ein gewöhnlicher Großhandel
mit anderen Produkten, nämlich
aus selbstverwalteten Betrieben.
Und. um den armen Embryo
1,2,3 im Sauseschritt auf Vordermann zu bringen "nicht klekkern sondern klotzen" — wird
einer der bestgehenden Markenartikel, der okzitanische Rotwein,
zum Taufpaten erkoren. Fast alle
Verwandten aus der großen Weinfamilie erfuhrert von dem bevorstelbenden Freignis erst aus der,
Presse (siehe oben) und waren
darob etwas verstimmt.
Nun hat sich das aber weithin

Presse (siche oben) und waren darob etwas verstimmt. Nun hat sich das aber weithin herungssynochen und viele wohlmeinende Verwandte und Freunde raten zur Abtreibung. Aber warum, mag der erstaunte Leser fragen, schließlich wird hier endlich mal mit Zoff was aufgezogen, und eine gute Sache ist es doch auch, selbstverwalteten Betrieben den Absatz zu erleichtern.

Ja, aber wie, und dazu will ich etwas sagen über die Erfahrungen, die ich seit einem Jahr in der Distel gemacht habe.
Der Nachschub auf dem alternativen Lebensmittelmarkt funktioniert auf drei verschiedene Arten: Da gibt es zum einem die traditionellen Reformgroßhändler, die sich ökonomisch in nichts under sicht under die sich ökonomisch in nichts under die sich ökonomisch under die sich ökonomisch in nichts under die sich ökonomisch under die sich die sich ökonomisch under die sich die sich die sich di wurden und in der Phiase der Politik in erster Person', als es vielen von uns wichtig wurde, ein neues Verhaltnis zum eigenen neues Verhaltnis zum eigenen Körper und den Gelühlen zu entwickeln, als sich Frauen, Manner, Selbsterfahrungs- und Therapiegruppen bildeten, auf den Gedanken kamen, daß es für unseren Körper wohl auch nicht ganz unwesentlich sein kann, was wir tagfäglich so alles in uns reinstopfen.

wir tagfaglich so alles in uns reinstopfen.
Entsprechend ihrer Herkunft geben sich die "neuen Großhändler" freakiger und ihre Firmen funktionieren nach innen teilweise egalitär, zum Beispiel ist die Bezahlung für alle pleich. Nach außen allerdings, von der etwas freakigen Geschaftsatmosphare einmal abgesehen, unterscheiden sie sich von den klasstischen Großhandlern nicht [Dh., sie kaufen ein, was sie bei ihren Kunden für

gut absetzbar halten, kalkulieren außer ihrer Arbeit das Absatzrisiko, die Kosten für die Vorfinanzierung und evil. vorgeschene Lagervergrößerungen mit ein, und
verkaufen dementsprechend. Oftbenutzen sie das Wort 'altefmaty' für sich, sie sind es auch, was die Produkte angeht, mit denen
se handeln, sie sind es aber sicher
nicht, was den ökonomischen Mechanismus angeht, den sie benutzen.

Die dritte Kategorie sind die immelbestellungen. Sie werden im Grobteil vom Schwarzbrot-den in Hamburg organisert, ir eine ganze Reihe von Waren ninen die Läden ihre Bestellun-n nach Hamburg schicken, dort orden sie werden.

Der okzitanische Weinvertrieb war von Anfang an nach diesem Prinzip organisiert. Es ging nie alleine darum Wein von politisch aktiven Winzern zu kaufen. Genauso wichtig ist das was dann bier mit dem Wein geschieht. Wit naben dafür zeitweise den Begriff 'Direktwerkauf benutzt. Das ist natürlich weit übertrieben, denn wir selbst sind ja der ente Umweg, den der Wein vom Produzenten zum Trinker gehen muß. Wir waren uns aber immer darüber einig, daß hier kein Weingroßhandel entstehen soll. Stattdessen haben wir uns immer wiedessen haben wir uns immer wie

dessen haben wir uns immer wieder getroffen, haben diskutiert
und derweil kamen immer neue
Gruppen dazu. Tetzt sind es etwa
hundert und keine hat bisher den
Großhandler vermißt.

Die ASH macht sich mit ihrem
Projekt zu einem der 'neuen
Großhandler'. Das sind zwag oft
anz nette Menschen, aber das
Prinzip, nach dem sie arbeiten,
funktioniert immer von oben
nach unten. Zwischen den belieferten Gruppen entsteht kein
Kontakt mehr, es gibt keine Dis
kussionen, man kennt sich nicht!
Von dem Produkt weit man df!
füs, daß es ganz sinnvoll ist, es
unter die Leuter zu bringen. Mehr

im normalen Großhandel. Das beigelegte Flugbaltt ist dann nur noch linke Verzierung.

Diese Kritik richtet sich also nicht gegen die Idee der ASH, selbsterwalteten Betrieben ande-re Absatzmöglichkeiten zu schaf-fen, sondern gegen das wie. Über die bestehenden Sammelbestel-lernetze (Schwarzbrot oder Wein-wertrieb) wäre das ja vielleicht auch möglich. Die ASH hat das bis jetzt jedenfalls dort nie einge-

anderen Gruppen in den Rücken fällt.

Ein solches Netz aufzubauen ist wahrscheinlich schwieriger und langwieriger, aber es ist der einzige Weg, wie wenigstens ein Teil des politischen Inhalts erhalten bleiben kann. Ist Siemens ein Alternativbetrieb. nur weil dort Somenkollektoren gebaut werden? Oder ein selbstverwalietes Atomkraftwek etwa? Beides ist absurd. Was man macht und wie,

Wir haben aber keine Lust, von der 'alternativen Ökohomie' der ASH vereinnahmt zu werden. Wir wollens ganz anders.

AUS DEM PFLASTERSTRAND



DER KRITI KRITIK AN

Nun gut, wir haben die Povo-Idee zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als sie noch wenig entwickelt war. Eine Kritik daran ist nicht unberechtigt.

Es stimmt auch, daß wir mit den Leuten vom Wein-Direkt-Verkaufsnetz erst nach dem Artikel im Phlasterstrand gesprochen haben. Aber wir hatten versucht mit dem Verein zur Förderung der deutsch-okzitanischen Freundschaft Kontakt aufzunehmen. sobald klar war, daß wir den Wein mit ins Povo-Netz nehmen wollten. Zum ersten Gespräch ist es allerdings erst gekommen, als der Artikel bereits da war. Durch dieses und die folgenden Gespräche ist es uns gemeinsam gelungen einige Punkte festzumachen, die es uns ermöglichen weiterhin zusammenzuarbeiten. Es gibt aber einiges, was uns von Grund auf an all der uns entgegengebrachten Kritik stört, nicht nur an dem hier abgedruckten Artikel. Diese Kritik beruht ihrer Art nach auf dem Mißtrauen, wie es überall in der linken Scene zwischen den einzelnen Leuten, den Gruppen, Parteien und Kollektiven zu beobachten ist. Dieses Mißtrauen ist in der Lage jede Art der Zusammenarbeit, der wirksamen Kooperation oder auch nur des positiven Mitdenkens einer Idee zu unterbinden. Die Kritik wird nicht geführt, um zu verbessern, zu erweitern, sich und anderen neue Möglichkeiten zu erschließen.

Sie wird geführt, um zu verhindern, daß Neues entsteht. Das Neue ist das bedrohlicht, und nicht das Alte, denn das kennt man, kann damit umgehen und hat sich damit arrangiert.

"Regibt mir bloß mit guren Ideen vom Hals. Sie könnten mich (meine Gruppe, mein Projekt meine Politik, meine Lebensart, meine Perspektiven) ja gefährden."

Doch wer ist schon zufrieden mit den Zuständen im Lande? Im Grunde handelt sichs dabei ja auch nicht um Zustände, sondern Entwicklungen. Und wohin diese Entwicklung geht, darauf wollen wir Einfluß haben.

Auch die traditionelle Linke in der BRD hat versucht die Entwicklung in den Griff zu kriegen, das ist ihr aber nicht gelungen, weder zur Zeit des ollen "Karle Marx", noch in der "Vorkriegszeit". Und heute? Die einen haben sich arrangiert, die anderen sind ziellos und zersplittert. Ziele scheint es nicht gerade viele zu geben, meiden. zumindest keine konkret gesellschaftlich durchsetzbaren und die Wege dorthin auch

nicht. Die sog. Alternativ-Bewegung übt sich auch schon fleißig in Sachen Mißtrauen, oder waran liegts, wenn es statt einer Bewegung nur die vielen alternativen Einzeller gibt, die sich nicht zu einem Organismus zusammenschließen.

Vom Begriff "Alternativ-Bewegung" sind wir abgekommen, der ist uns zu schwammig, zu ungenau. Unter Alternativbewegung kann man alles und nichts zählen.

Woran macht sich alternativ fest? Wohin

bewegen wir uns alternativ und wie sieht die alternative Art der Bewegung aus? Das scheint keiner zu wissen, und zwar deshalb, weil es darüber keine gemeinsame Meinung gibt, weil es keine geben kann ohne

Informations-, Diskussions- und Kontaktpunkte. Wo sind also die Ziele, auf die man sich alternativ hinbewegen könnte?

wir sind auch der Meinung, unter dem Pflaster liegt der Strand, doch denken wir, daß es einige Mühe kosten wird das Phlaster loszuworden.

Das schaffen wir nur gemeinsam. Wir sind der Meinung, daß wir uns alle um positive Kritik bemühen sollten.

Kritik die uns allen hilft Strukturen aufzubauen wie wir sie brauchen und wünschen, die uns hilft unnötige Fehler und Umwege-zu ver-

Wir versuchen, mit euch zusammen wenn ihr wollt eine Selbstverwaltungsbewegung aufzubauen. Ein Teil dieser Bewegung ist die Povo, wie dieser Teil aussieht, und wie die restlichen Teile aussehen werden, können wir gemeinsam bereden und entscheiden!

OKZITANIEN

Eine Kolonie in Europa?



Die Bevölkerung Okzitaniens, mit ca. 13 Millionen Einwohnern die größte Minorität Europas, fürchtet den geplanten Beitritt Griechenlands, Portugals und vor allem Spaniens in die EWG als den letzn und vernichtenden Schlag gegen seine irtschaft.

Seit Herbst 1978 ist der Kampf gegen die Erweiterung der EWG wichtigstes Thema der politisch-ökonomischen Auseinandersetzungen in Okzitanien; es zirkuliert ein Manifest ,Mein geschundenes Land', das schon einige Tausend unterschrieben haben: "Alle Welt weiß es und selbst die europäischen Autoritäten stimmen darin überein: der Eintritt Spaniens, Griechenlands und Portugals in den gemeinsamen Markt würde der Wirtschaft der Mittelmeerregionen Frankreichs einen schweren Schlag versetzen. Das kann zur endgültigen Vernichtung des sozialen Lebens in diesem Land führen, das schon von Entindustrialisierung betroffen ist, von Arbeitslosigkeit, von rasender Ausbeutung durch den Tourismus und von der Besetzung durch Militärcamps . . . ". Okzitanien ist schon lange betroffen von einer polit-ökonomischen Erscheinung, die der okzitanische Autonomietheoretiker Robert Lafont als inneren Kolonialismus' bezeichnet hat. Wie kam es dazu und wie sieht das aus?

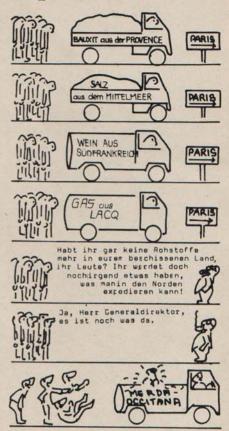
Ungleiche Entwicklung

"Im 19. Jahrhundert wurde Frankreich ungleichmäßig entwickelt: Nach dem Muster der zentralistischen Verwaltung kon-

zentrierten sich die industriellen Aktivitäten auf den Einzugsbereich der Hauptstadt. Die übrigen Provinzen, besonders Okzitanien, entvölkerten sich. Paris zog aber nicht nur die Arbeitskräfte, sondern auch das Kapital der Provinzen an. Übrig blieben als Erwerbsquellen lokales Handwerk, Kleinhandel und Landwirtschaft, die aus Kapitalmangel wenig konkurrenzfähig waren. Einen Aufschwung nahm lediglich der Weinbau. Dadurch entwickelte sich in Okzitanien - im Languedoc eine Monokultur, deren Vorherrschen in Krisenzeiten verhängnisvolle Folgen hatte. Das traditionelle Gewerbe - Manufakturen, in denen Seide, Wolle, Baumwolle und Leder verarbeitet werden - konnte ab Mitte des 19. Jahrhunderts der Konkurrenz der neuen, billigen Überseeimporte immer weniger standhalten. Im Jahre 1860 waren beispielsweise in den Tuchfabriken 9637 Arbeiter beschäftigt, 1901 waren es nur noch 1660. Selbst die Rohstoffvorkommen (Kohle in den Cevennen, Salz in der Camargue etc.) konnten die Situation der Region auf Dauer nicht verbessern, da die weiterverarbeitende Industrie außerhalb der Region angesiedelt war." ("Das Faß ist voll", S. 32/33)

Die Folgen dieser Entwicklung: In Okzitanien arbeiten 22% der Berufstätigen in der Landwirtschaft, in manchen Departements über 50% (Frankreich insgesamt unter 15%). Die Betriebe sind überwiegend kleine Familienbetriebe mit unter 20 ha Fläche, im Gegensatz zu den landwirtschaftlichen Großbetrieben im Norden mit einigen 1000 ha Fläche (Bild 2). 1974 gab es in Okzitanien nur noch einen Betrieb mit über 100 Beschäftigten, der einheimischem Kapital gehörte.





Die verschiedenen Rohstoffe könnten die Voraussetzung zu einer nicht unbedeutenden weiterverarbeitenden Industrie sein wenn sie in der Region blieb. Stattdessen bauen die okzitanischen Arbeiter zu Niedrigstlöhnen die Rohstoffe ab, die anschließend in nordfranzösische Industriezentren geliefert werden (wichtige Beispiele: das Bauxit aus der Provence und das Erdgas von Lacq, mit dessen Energie die Industrie Nordostfrankreichs versorgt wird). Die Arbeitslosigkeit ist erheblich höher als im Landesdurchschnitt, in manchen Orten sogar bis zu 40% der arbeitenden Bevölkerung. Die Löhne liegen 25-50% unter denen Nordfrankreichs.

Auf Grund dieses Lohngefälles lagern manchmal Konzerne Fabriken vorübergehend nach Okzitanien aus: Arbeiter in einer Renault-Fabrik im Departement Tarn bekommen 3,54 F Stundenlohn und ihre Kollegen in einer Renault-Fabrik in der Pariser Region 6,11 F (Vergleichszahlen 1970).

Durch das Abwandern der Industrie und den Niedergang der Landwirtschaft verschlechtert sich auch die Infrastruktur: Eisenbahn- und Buslinien werden stillgelegt, dagegen werden große Durchgangsstraßen und Autobahnen zum Durchschleusen des Massentourismus angelegt. Dadurch wird das Land für Industrieansiedlungen noch weniger attraktiv. Landflucht und Abwanderung nach Norden nehmen immer rascher zu, ein Prozeß, der sich schließlich selbst anheizt: wenn junge Leute mit Kindern abwandern, werden Schulen geschlossen, so daß die Übriggebliebenen auch noch wegziehen müssen.

Nachdem die früheren Produktionszweige Okzitanien weitgehend zerstört sind, setzen nun neue koloniale Wirtschaftsformen zu einer zweiten Zerstörung des Landes an. Seit 1962 wird der Languedoc für den Massentourismus erschlossen: riesige Gebiete werden den Bauern, Fischern und Gemeinden zu niedrigsten Festpreisen zwangsweise abgekauft, das Gebiet mit Steuergeldern der Region ,erschlossen' und an nordeuropäische Finanzierungs-, Immobilien- und Baugesellschaften zu niedrigen Preisen abgegeben, die damit riesige Profite machen. Bauunternehmen, Supermärkte, Arbeitskräfte kommen aus dem Norden, dahin fließen auch die Profite Die einheimischen Betriebe werden weiterhin verdrängt, auch durch die zahlreichen Nationalparks, in denen touristische Interessen Exklusiv-Rechte haben, und durch die vielen Truppenübungsplätze, mit denen Okzitanien durchsetzt ist (Bild 4).

Der Weinbau

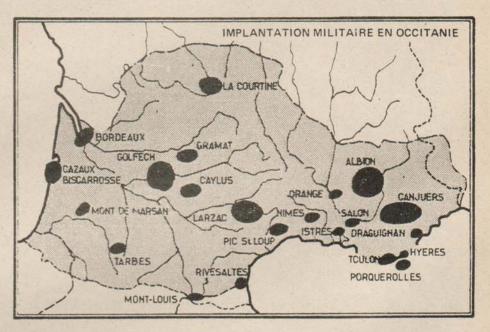
Exemplarisch ist die Situation des Weinbaus in Languedoc. Okzitanien ist der Hauptweinproduzent der Welt. Der Wein ist einer der wenigen sogenannten R 1-Weine, naturreiner Wein, der nicht gezukkert werden darf, mit vergleichsweise hohen Produktionskosten. Schon vor Eintritt Spaniens, Portugals, Griechenlands in die EWG ist die Lage des okzitanischen Weinbaus bedrohlich: "Der Weinanbau macht 58% der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Produktion in der Region aus. Für die beiden Departements l'Hérault und Aude ist das Verhältnis noch drastischer, nämlich 83 beziehungsweise 70%. Von 150 000 landwirtschaftlichen Betrieben im Jahre 1955 sind heute nur noch 83 000 übrig, und es ist abzusehen, daß es im Jahre 1995 nicht mehr als 45 000 sein werden

Dieser Rückgang sieht für die beiden größten Weindepartements folgendermaßen aus: l'Hérault im Jahre 1955 50 000 landwirtschaftliche Betriebe auf 27 000 1978 und 13 000 im Jahre 1995; Aude im Jahre 1955 33 000 landwirtschaftliche Betriebe auf 20 000 1978 und 10 000 im Jahre 1995." (SUD L'Héhdomadaire du Languedoc Nr. 153 vom 9, März 1979) Diese Entwicklung wird durch den Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands noch beschleunigt werden. Schon heute kämpft der okzitanische Wein gegen die Weine aus Italien, die von Händlern importiert werden, weil sie billiger, nach weniger strengen Vorschriften produziert werden. Italien exportiert mehr Wein als Trauben geerntet werden! Italienischer, spanischer und griechischer Wein werden überdies schon lange illegal importiert und mit Zucker und Kunstwein und einem Hauch oizitanischen Weins verschnitten und dann als Original okzitanischer Wein verkauft, und der Konsument glaubt, dieser Wein habe alle Qualitäten, die den okzitanischen Wein auszeichnen.

meinsamen Marktes steckt keinerlei Rassismus gegen das griechische, spanische, katalanische, andalusische oder portugiesische Volk. Aber wir können die Erweiterung nicht unter den augenblicklichen Bedingungen annehmen.

Die Ziele der europäischen Regierungen bei der Erweiterung der EWG:

Die übergreifende multinationale ökonomische Struktur der EWG soll es ermöglichen, auch die politische Entwicklung der europäischen Völker zu kontrollieren. Die südeuropäischen Völker erscheinen dem internationalen Kapital und den nordeuropäischen Staaten in zweierlei Hinsicht eine Gefahr. Sie sind als die ärmeren Länder potentiell soziale und politische Unruheherde und gefährden damit gleichzeitig



Gegen illegalen Import und Panschweinherstellung wehren sich die in der Existenz bedrohten Winzer seit Jahren, besonders massiv im sogenannten Weinkrieg 1975/76 mit Straßensperren, Umkippen und Auslaufenlassen von Tanklastern, Schiffen, Eisenbahnwagen, durch Vernichten von Millionen Litern Panschwein bei Großhändlern. Der Weinkrieg gipfelte in einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Winzern und CRS-Polizei, bei der ein Winzer und ein CRS-Offizier ums Leben kamen (Bild 5, Negativ Nr. 5).

Jetzt soll der okzitanische Wein praktisch für den Eintritt Spaniens in die EWG geopfert werden. Jean Huillet von der kleinen Winzergewerkschaft MIVOC (Interventionsbewegung okzitanischer Winzer) begründet die Position der Winzer gegen die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes:

"Wir müssen vorneweg ganz klar sagen: in unserer Ablehnung der Erweiterung des gedie Südflanke der Nato, die Mittelmeerküsten, die dem Zugriff der sowjetischen Flotte ausgesetzt ist. Dieses gemeinsame Europa dient auch dazu, die ökonomische Krise der USA zu exportieren, die durch die Widersprüche der US-Wirtschaft und durch den Verlust der politischen Vormachtstellung in der Welt verursacht ist. So muß dieses Europa die Verteilung seiner Wirtschaftsformen besser organisieren, d.h. es muß eine Peripheriezone schaffen, um seine eigene ökonomische Krise exportieren zu können — und die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes dient wesentlich dazu. Die Europäer kapitalistischer

Das Faß ist voll

Eine Region wehrt sich
120 Seiten Broschüre
Verein zur Förderung der deutsch-okzitanischen Freundschaft e.V.
Ludwigstr. 91
6078 Neu-Isenburg

Tendenz denken, mit der unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung der europäischen Staaten spielen zu können, indem sie Staaten eintreten lassen, die viel weniger industrialisiert sind, als die Staaten Nordeuropas. Sie spekulieren dabei auf eine Mobilisierung der Arbeitskraft (Mobilisierung industrieller Reservearmeen aus diesen agrarischen Ländern) und sie spekulieren auf die sehr unterschiedlichen Produktionskosten.

Was ist also der Gemeinsame Markt?

Er ist eine Liberalisierung auf dem Verteilungssektor und ein Dirigismus auf dem Produktionssektor. Man muß wissen, daß jedes Produkt, das zur Zeit in Spanien produziert wird oder in Griechenland, Portugal, Italien und selbst in Okzitanien in der Herstellung billiger sein wird, als wenn es z.B. in der BRD produziert würde. Die europäischen Vereinigungsbestrebungen sind daher bemüht, um eben dadurch die entstehenden Extraprofite ausnützen zu können, gerade zuerst den Distributionssektor zu vereinheitlichen, bevor ein politisch und sozial einheitliches Europa geschaffen ist, das Möglichkeiten für solche Extraprofite reduziert.

Die europäische Produktion soll so reorganisiert werden, daß das bestehende Gefälle verschärft wird: die landwirtschaftliche Produktion soll im großen und ganzen in Südeuropa durchgeführt werden, die industrielle Produktion in Nordeuropa.

Aber aus vielerlei Gründen - zunehmende Steigerung der Arbeitsintensität, des Lebensstandards der Arbeiterklasse usw. ist es sehr wichtig, Gebiete für die Rekreation der Arbeitskraft zu erschließen, damit diese dann effektiver zur Mehrwertbildung ausgebeutet werden kann; darüberhinaus darf dieser Erholungssektor nicht den Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals entzogen werden, also wird man diesen Erholungssektor so organisieren, daß er was einbringt. Als Gebiet ist die europäische Mittelmeerküste und die südeuropäische Atlantikküste mit einer 80 km breiten Küstenzone vorgesehen. Die Organisation dieses riesigen Erholungsgebietes wird dabei von den Technokraten in Brüssel so geplant, als wenn es die eigentlichen Einwohner dieser Länder gar nicht gäbe. Dagegen sagen wir: diese Bevölkerung Okzitaniens existiert, sie ist da, sie kann sogar sehr turbulent sein. Die Technokraten haben jedenfalls entschieden hier für den Languedoc eine Umstrukturierungsoperation durchzuführen, die aus drei Elementen zusammengesetzt ist:

Kapitalistische Strukturpolitik

Erstes Element: Mittel zu finden, die Ar-

beiter - hier die Winzer - zu spalten; und dieses Mittel war hier bei uns die Zuckerung des Weines, die für den R 1 Wein des Languedoc verboten ist. Ausgehend von einem berechtigten Gefühl der Enttäuschung, hat man die Winzer dazu bringen können, die Zuckerung des Weines für den Midi zu fordern. Natürlich hat das eine Bewegung der Befürworter und der Gegner eingeleitet, und während man sich stirtt, ob Zuckern oder nicht - mit den ausgeklügeltsten technologischen Argumentationen - hat man sich mit nichts anderem beschäftigt.

Zweites Element: Politik der Rodung der Weingärten, Brüssel hat die finanziellen Mittel gefunden, um die Winzer verschwinden zu lassen, während man in Brüssel den Winzern finanzielle Mittel, damit sie bleiben können, immer verweigert hatte. Die Vorschläge aus Brüssel sehen so aus: Winzer, die darauf verzichten, Wein zu kultivieren, können zwischen 15 000,- FF und 30 000 .- FF kassieren. Zum Beispiel nehmen wir einen Besitz von 10 ha zu einem mittleren Preis von 2000,- FF pro ha. So kann der Winzer 200 000,- FF kassieren, wenn er sich verpflichtet, nie wieder Wein anzubauen: wenn er darüberhinaus schon 55 Jahre alt ist, kann er eine vorzeitige Rente bekommen (wie sie es schon in der Industrie-gibt), die ungefähr 3 000,-FF pro ha und Jahr ausmachen würde, zehn Jahre lang, D.h. für einen solchen Besitzer von 10 ha bedeutet das eine Summe von 30 000,- FF netto pro Jahr, eine Summe, die ein Winzer während seines ganzen Lebens nie verdient hat. Alle diese erheblichen finanziellen Mittel und Maßnahmen sind bisher bloße Versprechungen. In Brüssel wird gesagt, im Languedoc sei alles Gebiet unter einer Höhe von 300 m über dem Meer für den Weinbau nicht geeignet das würde also den Weinbau im Languedoc von 40 000 ha auf einige hundert ha reduzieren. Das zeigt, solche Pläne werden von Technokraten gemacht, die mit Büchern, Texten, Plänen arbeiten und noch nie ihre Nase in unsere Region gesteckt haben, es sei denn, sie sind mal mit dem Flugzeug darüber hinweggeflogen oder sie sind mit dem Auto über die Autobahn durchgerast und haben sich höchstens in einem Luxushotel aufgehalten. Von unserem Leben, unserer Produktion, dem Weinbau, haben sie nichts gesehen.

Drittes Element: Erweiterung der EWG. Man gibt den Winzern die finanziellen Mittel als die größten Produzenten von Tafelwein (VCC) in Europa zu verschwinden. Dadurch wird die europäische Weinproduktion erheblich gesenkt und kann einer spanischen Weinproduktion Platz machen. Spanien bedroht uns viel mehr als Griechenland oder Portugal, die Produkte herstellen, die mit unserer landwirtschaftlichen Produktion nicht so konkurrieren schnittlich 80 hl pro ha. Das spanische Weinbaugebiet produziert auf einer Wein-Weinkrankheiten, wie wir sie haben. Dieziert, hat z.Z. viel niedrigere Produktionskosten als wir. Z.B. 3000,-FF pro ha in Spanien, 9000,- FF pro ha im Languedoc. tragssteigerung pro ha in den technischen Möglichkeiten der spanischen Landwirtschaft enthalten ist. Wenn Spanien seinen

sondern sie eher ergänzen. Das bezieht sich auf zwei Sektoren: Wein und Obst/Gemüse. Ein Beispiel: Languedoc/Roussillon hat ungefähr 400 000 ha Weinanbaufläche, produziert ungefähr 30 Mill. hl Wein, durch anbaufläche von 1,6 Mill. ha auch 30 Mill. hl, ein großer Teil ist die Region de la Mancha südlich von Madrid, La Mancha hat ca. 400 000 ha Weinland, gut organisiert, gute Weingärten mit großen Reihenabständen. Sie hat nicht die Probleme mit ses Weinland, das jetzt 25 hl pro ha produ-Der Spielraum ist also riesig, zumal eine Er-

NON A L'EXODE NON A LA LIQUIDATION!

Ertrag von 25 hl pro ha auf 50 hl pro ha erhöht, erhöht es seine Gesamtproduktion von 30 Mill, hl auf 60 Mill, hl - eine Flut von Wein wird auf uns zukommen und zwar unter zwei Formen: als hochprozentige Weine (die Weinberge von La Mancha produzieren einen Wein von durchschnittlich 14°, sog. vin medicin), die bestimmt sind, mit leichteren verschnitten zu werden. Uns will man dann zwingen, solchen leichten Wein zu produzieren - im krassen Widerspruch zur offiziellen Qualitätspolitik, zu der man uns seit vielen Jahren anleitet. Das erinnert an die Zeit von 1962, wo wir die leichteren Komplementärweine zum hochprozentigen algerischen Wein herstellten. Wir werden in dieselbe Situation geraten wie damals. Eine unerträgliche Situation, da bei einem 10°-Wein die Preise sehr viel niedriger sind und die Einkommen ebenfalls. Der andere spanische Wein wird unverändert und in Flaschen abgefüllt kommen. Von ihm sind die vdqs (Qualitätsweine) und Appellations controlées des Languedoc bedroht. Alle Weine, die die Reputation unserer Gegend ausmachen, werden dann der Konkurrenz des spanischen Weines ausgesetzt, der mit niedrigen Preisen auf den Markt kommen wird. So wird alle unsere Qualitätsproduktion zunichte gemacht werden – was untragbar ist. All das, damit wir vom Weinbausektor verschwinden.

Aber es ist nicht nur der Weinbau betroffen, sondern auch die Obstzüchter. Spanien hat z.Z. 2,5 Mill. ha bewässertes Land und bis zum Eintritt in die EWG werden 1,5 Mill. ha zusätzlich bewässert werden. Die Bewässerungsgesellschaft des Languedoc/Roussillon hat ihr Bewässerungsprogramm gestoppt und arbeitet verstärkt im Margreb, wo ebenfalls, mit der Begründung der niedrigeren Produktionskosten, die landwirtschaftliche Produktion erhöht werden soll.

Also diese Operation der Zerstörung unseres Weinbaus durch die Erweiterung der EWG führt dazu, uns von unserer Produktionsweise und -möglichkeit "frei" und zur Beute der Spekulanten und Promoteure zu machen. Wenn man sich z.B. im Hinterland umsieht, kann man feststellen, daß kapitalistische Unternehmen aus Nordeuropa und Amerika Hunderte von ha Land aufkaufen, ganze Dörfer, die immer mehr verlassen werden. Man wird uns bald unseren Boden weggenommen haben. Der Ruf, der Boden ist unser Produktionsmittel, wird bald der Vergangenheit angehören und wir werden bald nicht mehr die Besitzer unserer Erde sein. Dann kann man die Menschen ohne Probleme von Ort zu Ort umziehen lassen.

Eine solche Situation ist für uns absolut unerträglich und unser Kampfziel ist ein doppeltes: völlige Veränderung Europas wie es jetzt ist. Das Europa der Großhändler und der multinationalen Konzerne in ein Europa der Völker, der Arbeiter: in ein Europa aus Volksnationalitäten wie der okzitanischen Volksnationalität, der baskischen, der katalanischen etc. ein Europa, das auf der Brüderlichkeit der Arbeiter basiert und nicht auf einem aufgezwungenen "Wettbewerb" dieser Arbeiter.

Das ist unsere Position zur EWG und zu ihrer Erweiterung, und wir werden alles tun, daß diese Erweiterung nicht zustandekommt oder zumindest so spät wie möglich und wir die Garantien erhalten, im Lande leben, arbeiten und entscheiden zu können.

Ein Land, das leben will.

Die Nachtkommandos

Wir haben Frieden und trotzdem müssen Wir Krieg führen. Um Mitternacht brechen wir auf, Gleich werden wir uns Zu achtzehnt hinter der Barrikade treffen.

Refrain:

Wir wissen genau, daß auf den anderen Die von Minervois marschieren, Straßen Die von Carcassonne und die von den Corbièren

Wir sind die Nachtkommandos!

Weil das Gesetz uns zu erwürgen droht, Verteidigen wir unsere Kinder: Wir werden auf der Nationalstraße Die Lastwagen der Weinhändler verbrennen.

Wir haben keine Angst vor dem Tiger Gehabt (Winzerrevolte 1907) Wir machen uns wie über eine Feige Über die Drohungen von Poniac lustig.

Languedoc! Wenn die, die arbeiten Sich eines Tages die Hände geben, Ist es sicher, daß durch diese Kraft Etwas Neues entstehen wird.

SOLIDARITATSAKTION

FÜR EINEN

OKZITANISCHEN WINZER!

DAS DACH DES WEINKELLERS, SAMT GEBÄLK, VON CHRISTIAN BARTHE IST SCHWER REPARATURBEDÜRFTIG.

DER WINZER IST ABER NICHT IN DER LAGE DIE REPARATUR VON EINER NORMALEN FIRMA AUSFÜHREN ZU LASSEN, WEILS IHM SOWIE SO HINTEN UND VORNE AN GELD FEHLT.

DIE KOSTEN FÜR DAS MATERIAL KANN ER ABER TRAGEN, DESHALB BEREITET DER VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER DEUTSCH-OKZITANISCHEN FREUNDSCHAFT DIE AKTION SOLIDARITÄTSBAU FÜR DIESEN SOMMER VOR, VIELLEICHT FÄNGT DAS AUCH SCHON IM APRIL AN.

GESUCHT WERDEN:

FACHLEUTE, ALSO MAURER, ZIMMERLEUTE, DACHDECKER; UNGELERNTE FREIWILLIGE.

EINE GRUPPE VON BAUHANDWERKERN HAT IHRE TEILNAHME SCHON ZUGESAGT.

WER NÄHERES WISSEN WILL, SOLL SICH BITTE AN DEN VEREIN WENDEN.

DORT KANN MAN AUCH STÄNDIG INFORMATIONEN ÜBER ORZITANIEN KRIEGEN, INSBESONDERE DIE BROSCHÜRE "DAS FASS IST VOLL".



VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER DEUTSCH-OKZITANISCHEN FREUNDSCHAFT E.V. LUDWIGSTR. 91 6078 NEU-ISENBURG

06102/27910



1976 drehten Winzer der MIVOC den Film 'N'i a pro' ("Jetzt reichts') über die ökonomische Lage des okzitanischen Weinbaus und den Weinkrieg 75/76. Immer wieder besingt in diesem Film der Protestsänger Claude Marti die meist nächtlichen Aktionen der Winzer auf okzitanisch "los commandos de la neit".

Seit etwa 12 Jahren gibt es die politischen okzitanischen Chansons. Sie entstanden quasi aus dem Nichts, denn eine lebendige okzitanische Folklore existierte nicht mehr. Einige junge Leute begannen Lieder in ihrer Sprache zu schreiben und zur Gitarre zu singen. Sie gingen in Dörfer, sangen in Schulen, Kulturhäusern und Jugendzentren und gewannen rasch ein Publikum, wie es okzitanische Schriftsteller nie hatten erreichen können. Und die Zuhörer verstanden, daß es in den Liedern um ihre Probleme ging: um die Arbeitslosigkeit, um die Landflucht, um die Auslieferung der Cevennen und der Küsten an den Tourismus. Viele dieser neuen Lieder rufen aber auch okzitanische Geschichte in Erinnerung, erzählen von der Ausrottung der Katharer, vom Aufstand der Kamisarden in den Cevennen, von der Revolte der Winzer des Languedoc im Jahre 1907, Claude Marti beschreibt die Vorstellungen der okzitanischen Sänger: "Wir wollen Multiplikatoren der Sprache sein . . . Das Chanson, das ist nicht nur ein schöner Text mit einer schönen Musik, Ein Sänger muß wissen, warum er singt und wie er singt . . . Um überhaupt das Licht der Welt erblicken zu können, konnte das okzitanische Chanson nichts anderes als ein Schrei sein. Mehr als nur engagiert: enragiert. Im Angesicht eines Jahrhunderts folkloristischer Albernheiten

te man direkt zum Kern der Sache vordringen, indem man den Texten die Fäuste ballte: Warum hat man uns nicht gesagt, wer wir waren? Warum müssen wir abwandern, um Arbeit zu finden. Warum hat man unsere Sprache ein Kauderwelsch genannt, während wir heute wissen, daß es eine Sprache ist?" (Claude Marti "Homme d'Oc S. 146f)

Das okzitanische Chanson ist Ausdruck des Protestes, daß diese Sprache seit Jahrhunderten und bis heute unterdrückt wird. Der Name ,Okzitanien' hat seinen Ursprung in der mittelalterlichen südfranzösischen Sprache des ,oc' (,ja') im Gegensatz zur Sprache des ,oil' (heute ,oui'), wie die Sprache im nördlichen Frankreich genannt wurde. Das Okzitanische wurde im Mittelalter von den Troubadouren zur ersten Literatursprache Europas entwickelt: als das Land, als Grafschaft Toulouse im 12. Jahrhundert vom capetingischen Königshaus faktisch unabhängig, politisch-ökonomisch am weitesten entwickelt war. Das reiche Land hatte die Traditionen der römischen Zivilisation, des Westgoten- und Sarazenenreiches fortentwickelt. In Okzitanien entstand als erstes wieder eine Stadtkultur mit in Gewerbe und Handel blühenden Gemeinden, deren Bürger sich in demokratischen Stadtrepubliken selbst verwalteten. Die Freiheit und Toleranz des Lebens machte Okzitanien zum Zufluchtsort für rassisch und religiös Verfolgte (Juden und Araber aus Spanien, Ketzersekten wie die radikal-sozialen Bogomilen aus Bulgarien). Im Rahmen dieser Bedingungen entstand die okzitanische Religiöse Bewegung der Katharer, deren sozialrevolutionäre Bedeutung von ihren Gegnern angegriffen wurde. Sie erklären: "Das Languedoc ist die Stätte einer verabscheuungswürdigen Häresie, die nach und nach ganz Gallien erfaßt und drei absolut heilige Sachen bedroht: die Kirche, das Königtum und den Adel. Die Wütendsten dieser Ungläubigen, die schlimmer als die Sarazenen sind, berufen sich auf das Primitivste des Evangeliums, leugnen die Autorität der Kirche und die Privilegien des Lehnsherren. Sie bejahen die Gleichheit der Menschen und betrachten allen Reichtum als Diebstahl, der nicht durch Arbeit erworben ist und fordern, . . . daß nur der essen soll, der auch gearbeitet hat."

ist nicht nur ein schöner Text mit einer schönen Musik. Ein Sänger muß wissen, warum er singt und wie er singt . . . Um überhaupt das Licht der Welt erblicken zu können, konnte das okzitanische Chanson nichts anderes als ein Schrei sein. Mehr als nur engagiert: enragiert. Im Angesicht eines Jahrhunderts folkloristischer Albernheiten mußte ins Fleisch geschnitten werden, muß-



gefaßt. Unter dem Vorwand, eine Häresie zu bekämpfen, führte der französische König mit dem Segen des Papstes einen Ausrottungsfeldzug gegen die Bevölkerung Okzitaniens, der in der politischen Annexion der Grafschaft Toulouse gipfelte und das Ende der Selbständigkeit des Südens einleitete.

Daraufhin verliert auch die okzitanische Sprache ihre Bedeutung als Literatursprache. 1539 wird sie dann von Franz I als Verwaltungsssprache verboten - von dem Augenblick an wurde die Masse der Bevölkerung zum Kolonialvolk, das die Sprache der Herrschenden nicht verstand. Nachdem das Okzitanische unterworfen ist, wird es systematisch verdrängt, schließlich soll es ausgerottet werden - und damit die kollektive, kulturelle Identität: "Die Revolution von 1789 zerschlägt die alten Provinzen und bringt die künstliche Einteilung in Departements, Französisch ist die Sprache der politischen und industriellen Revolution: Die Einführung des kostenlosen und obligatorischen Schulunterrichts (1893) wird der im Wachsen begriffenen Industrie gestatten, angepaßte Arbeitskräfte zu erhalten, die französisch lesen, schreiben und gehorchen können." (Das Faß ist voll, S. 87) "Das ,patois' (abfälliger Begriff für Mundart) ist der ärgste Feind des Französischunterrichts in den Grundschulen. Die Hartnäkkigkeit, mit der die Kinder in den Pausen untereinander patois sprechen, macht viele Lehrer hoffnungslos . . . " - Sie greifen zu demütigenden Mitteln. – "Morgens... gibt der Lehrer einem Schüler der Oberstufe eine Münze, die mit einem Kreuz markiert ist. Das Geldstück heißt ,das Zeichen'. Nun muß der Besitzer des Zeichens die

Münze loswerden, indem er einen anderen Klassenkameraden denunziert, den er beim Patoissprechen ertappt hat." (Aus einem pädagogischen Bulletin von 1893). Die Schüler sollen lernen, sich vor ihrer Muttersprache zu ekeln, sich selbst zu verachten und zu hassen, weil sie Okzitanier sind.

Durch ihren.Protest erreichten die Okzitanisten, daß die Sprache auf der Schule und Hochschule wenigstens als Wahlfach gelehrt werden darf wie englich, deutsch, spanisch oder italienisch.

Marti singt:
mas perqué, perqué
m'an pas dit a l'escòla
la lenga de mon pais?
Aber warum, warum
hat man mir in der Schule nichts gesagt
von der Sprache meines Łandes?

Aber die neue okzitanische Bewegung bleibt nicht stehen bei einem Kampf um die Erneuerung der okzitanischen Sprache. Eine solche reine Spracherneuerungsbewegung war Mitte des 19. Jahrhunderts von Professoren und Literaten initiiert worden (sog. Félibrige), eine elitäre Gruppe, die sich aus den sozialpolitischen Konflikten des Landes raushalten wollte und an der Stelle eines französischen Nationalstaates höchstens einen okzitanischen, kapitalistischen, chauvinistischen Nationalstaat sehen wollte. Diese Entwicklung zum reaktionären Separatismus führte dazu, daß einige von ihnen 1940 die faschistischen Eroberer als Befreier von der Zentralmacht begrüßten und die "nationale Revolution" des Marschall Pétain unterstützten (der Nazi-Vasallenstaat "Vichyfrankreich" umfaßte etwa das Gebiet Okzitaniens).

Die neue okzitanische Bewegung hat sich an sozialen Konflikten entzündet: "Der Bergarbeiterstreik in der Stadt Décazeville (Departement Avevron) um die Jahreswende 1961/62 hat die literarisch-philologische Ära des Okzitanismus beendet. Eine in Paris verfügte Zechenstillegung brachte damals nicht nur die betroffenen Arbeiter, sondern die Bevölkerung einer ganzen Region auf die Barrikaden. Hunderte von Bürgermeistern und Gemeinderäten legten ihre Ämter nieder." (Das Faß ist voll, S. 94) Marti schreibt: "... und schon kommt dieser Slogan auf, der später so erfolgreich wird "Wir wollen in unserem Land leben'! Er wird noch nicht auf okzitanisch gesprochen, aber er taucht dennoch in allen Gesprächen auf, er ist das Leitmotiv der Bergleute: "Wir wollen in Décazeville bleiben, in Décazeville haben wir alles, wir wollen in Décazeville leben'! Er wird noch ni Auf einmal wird die Realität der ökono-

Auf einmal wird die Realität der ökonomischen Ausplünderung der Region spürbar." (Marti, Homme d'Oc, S. 82f)

Man erkennt, daß die Krise der Gruben. Fabriken, Handwerksbetriebe, des Weinbaus und der Fischerei Ausdruck einer Krise sind, die das ganze Land betrifft, Okzitanien, die innere Kolonie der französischen Zentralmacht und des industriellen Nordens (siehe Materialteil). Die Forderung, auf die sich heute die ökonomischen und politischen Kämpfe in Okzitanien einigen können, ist nicht die nach einer Grenze gegen Nordfrankreich sondern nach Selbständigkeit und Selbstverwaltung, die Forderung ,nous voulons vivre, travailler et decider au pays' wir wollen im Lande leben, arbeiten und entscheiden.

Einer der wichtigsten Motoren, der den verschiedenen sozialen Gruppen und kämpferischen Initiativen gezeigt hat, daß ihre Probleme und Ziele gemeinsame sind, okzitanische – war eine Straßentheatergruppe, das teatre de la carriera, das 1970/71 mit seinem Stück ,Tod und Wiederauferstehung des M. Occitania' durch Dörfer und Städte zog. Als Claude Marti dieses Stück sah, hatte auch er das Gefühl, jetzt genauer zu begreifen, wie seine Identitäten als Sozialist und als Okzitanier zusammengehörten.

"Das Wetter ist schön, das ganze Dorf ist versammelt; die Kinder, die Frauen, die Männer sind in festlicher Stimmung, Und das Stück fängt an. Wie im Märchen. In einem roten Sarg, der mit einer okzitanischen Fahne drapiert ist, liegt eine Leiche. Es ist Herr Occitania, ein kleiner Winzer. Ein Gremium berät über die Todesursachen. Eine Hexe erscheint: "Hört mit euren Tricks und Manövern auf! Occitania, ich will dich wiedererwecken. Du hast drei Tage Zeit, um die Ursachen für deinen Tod herauszufinden. Wenn du sie nach drei Tagen nicht gefunden hast, wirst du für immer verschwinden. Das war das Theaterstück ,Tod und Auferstehung des Herrn Occitania'. Und alle sind ergriffen, so etwas hatten sie noch nie gesehen. Das war wirklich volkstümliches Theater, das die Leute tief berührte und dabei sehr erzieherisch wirkte. Man sieht darin Personen, die jeder kennt: den Notabeln, den Bankier; die Leute erkennen sich in Herrn Occitania wieder, sie lachen, klatschen und ergreifen Partei; eine Szene wird akzitanisch gesprochen, eine andere französisch, wie im wirklichen Leben . . . " (Marti, ,Homme d'oc' S. 125f)

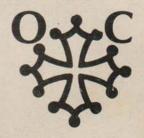
M. Occitania entdeckt seine Todesursachen, er erkennt, daß er gestorben ist, weil das ganze Land stirbt, daß auch die anderen Klassen und Berufsgruppen, vor allem die Arbeiter – die ihm von den Kapitalisten immer als die größten Feinde dargestellt werden – von den gleichen Ausbeutungsmanövern betroffen sind. Er erkennt seine Freunde und Feinde. Am Schluß des Stückes sagt er: "ich klage die Manjetot (Allesfresser) und Digeraplan (Gutverdauer-Kapitalisten) an, daß sie Schuld sind an meinem Tod... Aber Achtung, die Manjetot und Digeraplan sind alles in allem nicht unbesiegbar. Wir müssen die Manjetot und Digeraplan schlagen, bevor sie uns töten (das Gewehr in der erhobenen Faust) bis zum Sieg, immer. (Nach Michel le Bris, "Occitaniei volem viure S. 194f) Und Michel Le Bris schreibt.

.M. Oxxitania, jetzt wo du dein Gewehr in die Hand nimmst, denk dran: ein Land, das stirbt, i t ein Land, das umgebracht wird. Jene, die dir heute als Feinde gegenüberstehen, standen auch deinem Bruder gegenüber, dem Arbeiter von Décazeville 1962 und deinem Vater, dem Winzer bei der Revolte von 1907, sie standen auch deinen Vorfahren gegenüber, als dein Land noch frei und stolz war. Die Sprache, die man dir wegnehmen wollte - glaub da nicht den Schulbüchern: das war nicht ein Kauderwelsch von Erdärschen, das beweisen würde, daß du heute noch eine Art Zwischenglied zwischen Mensch und Affe bist - deine Sprache war früher die Literatursprache Europas. Und dein Land hat einen Namen: Okzitanien. (Michel le Bris, Occitania; volem viure: S. 198)

Die sprachlich-kulturelle okzitanische Bewegung hat sich mit den sozialpolitischen Kämpfen verbunden.

Auf dem Höhepunkt des Weinkrieges 1976 (vgl. Materialteil) aus Solidarität mit den Winzern, rufen am 29. April 76 viele Organisationen zu einem Tag "Tote Region" auf: die Aktionskomitees der okzitanischen Winzer, die Gewerkschaften CGT CFDT, die Lehrergewerkschaft und die Kleinhändler. Sie marschierten zusammen in einer Demonstration von Hunderttausend Menschen in Montpellier unter der Devise: Wir wollen im Lande leben und arbeiten! mit okzitanischen Fahnen (Bild 7, Negativ 7) und unter Begleitung der Lieder vieler okzitanischer Protestsänger.

Rainer Scheunemann
Verein zur Förderung der deutsch-okzitanischen Freundschaft e.V.,
Ludwigstr. 91
6078 Neu-Isenburg
06102-27910 vorm.



LIP

Geschichte eines Arbeitskampfes

Erster Konflikt

Anfang 73 : größere Entlassungen stehen bevor.

Burch Intervention der CFDT (linke französische Gewerkschaft, für Selbstverwaltung) und in Zusammenarbeit mit ihr beginnt die Belegschaft, sich zu mobilisieren, sie starten eine breite Öffentlichkeitsarbeit mit Kundgebungen, Aktionen, Demonstrationen, eigenen Filmen, etc.

Mitte 73: Die bedrohliche
Situation hat sich nicht verändert, die Arbeiter besetzen
den Betrieb, als Faustpfand
werden größere Mengen Uhren in
Sicherheit gebracht, außerdem
Maschinen (Demontage, Festschweißen, Übergießen mit öl);
die Eigentumsverhältnisse sind
und bleiben weiterhin ungeklärt,
was einen der Hauptangriffspunkte für Gegner des besetzten
Betriebes bietet.

Die Gewerkschaft schlägt vor weiterzuproduzieren; es werden Komissionen für die Arbeit gebildet: Produktion, Verkauf, Lager, Empfang, öffentlichkeit, Reinigung, Restauration. Die Betriebsversammlung beginnt für den Kampf und für die Neu-Strukturierung eine zentrale Rolle einzunehmen. Zwei Monate später, erste eigene Lohnzahlungen aus dem militanten Verkauf der Uhren (d.h. nicht auf dem regulären Markt, sondern auf Solidaritätsveranstaltungen, in Betrieben, etc.). Staatliche Interventionsversuche

wie Entlassungsbriefe, etc.,

scheitern, es



ist gelungen, eine breite Bewegung der Solidarität herzustellen; andere Betriebe in der Krise fangen an, sich mit den Kampfformen der Liparbeiter auseinanderzusetzen und sie selbst anzuwenden. Anfang 74: nach langem Zögern und vielen Versuchen, den Kampf auszutrocknen oder zu zerschlagen, läßt sich die Regierung auf den Vorschlag einer Industriellengruppe ein, eine Holding zu gründen (Kapitaleinlage mehrerer Firmen und Konzerne): Wiedereinstellungen. So war der Kampf also um die bloße Erhaltung der Arbeitsplätze erfolgreich gewesen, die Frage nach der Qualität der Arbeit und der betrieblichen Organisation wird nicht mehr gestellt: die Firma hat ein neues, wenn auch begrenzt liberales, Management.

Zweiter Konflikt

Mai 76: neuer Liquidierungsplan von Regierung und Arbeitgebern. Wieder Zermürbungsversuche und Polizeiaktionen.

Ende 77: der Betrieb wird erneut besetzt, dann gründen die Lip-Arbeiter eine Produktionsgenossenschaft und Lip-eigene Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, die Firma legt einen eigenen Wiederankurbelungsplan vor.

Die Regierung läßt sich bis Ende 79 Zeit und stellt im übrigen harte Bedingungen als Voraussetzung für Verhandlungen. Durch frühzeitige stäatliche Manipulation des Marktes (Zuziehen ausländischer Firmen) und durch den finanziell bedingten Rückstand auf dem Gebiet technischer Neuerungen und der dazu notwendigen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten hat sich eine Situation hergestellt, in der Lip voll und ganz dem staatlichen Druck ausgesetzt ist.

Noch gehören weder Betriebsgelände und Hallen oder Produktionsmittel der Belegschaft. Ein staatlicher Kredit zur Legalisierung (die wiederum Voraussetzung ist für die Anerkennung der Produktionsgenossenschaften), ein Kredit also zum Kauf der Gebäude und Maschinen, wird nur gegeben, wenn verschiedene Bedingungen erfüllt werden: Auf- und Ausgliederung der Belegschaft in verschiedene andere Betriebe, Auszug des Betriebes aus den Gebäuden der Firma Lip, der "historischen" Stätte des Kampfes; außerdem soll die Belegschaft

LIP: Nichtsgelingt ohne Leidenschaft



Unsere Leidenschaft:
DFR KAMPF

einen von der Regierung erstellten Stufenplan zur Wiedereinstellung akzeptieren sowie Art und Umfang der Produkton nach staatlichen Plänen durchführen. z.B. die militärische feinmechanische Produktion wieder aufnehmen. Im Prinzip ein ähnlicher Vorgang wie zur Zeit des zweiten Konfliktes: der Betrieb soll diesmal zwar der Beledschaft gehören, jedoch wurden wesentliche ideelle Elemente (z.B. keine Produktion von Waffen) zerschlagen und es stellt sich die Frage, ob unter dem anstehenden finanziellen Druck (Rückzahlung der staatlichen Kredite) wie auch unter den zahlreichen Auflagen der Betrieb noch genügend Freiräume hat, eigene Strukturen zu hinterfragen und

Dazu erscheint als wesentlich, daß Lip es nie geschafft hat, einen wirklich gesicherten, ausbaufähigen und perspektivisch tragfähigen Markt aufzubauen, daß es keine Kooperation auf wirtschaftlicher Ebene, aber auch auf politischer Ebene mit anderen besetzten Betrieben gegeben hat, daß aber die Solidarität der Linken nicht ausgereicht hat und auch erschöpfbar war, daß nach den ersten Jahren des Kampfes im Zuge der

innenpolitischen Veränderungen in Frankreich auch die Gewerkschaft mit ihrer damaligen Radikalität sich zurückzieht, daß es eigentlich nicht gelungen ist, eine Bewegung aufzubauen, die langfristig wirtschaftlich und politisch tragfähig ist, Unterstützung geben kann.

Ende 79 waren zwei Vertreter der Arbeiterselbsthilfe Frankfurt in Besancon und im folgenden wird auszugsweise ein Interview veröffentlicht, das ausführlicher auf die derzeitige Situation eingeht.



Interview-Lip

Das Problem der Waffenproduktion bei Lip.

Lip produzierte schon seit langer Zeit Waffen, seit dem ersten Weltkrieg. Und Lip hat immer Waffen produziert, selbst zum Zeitpunkt des ersten Konfliktes (Besetzung) 1973. Dabei darf man nicht vergessen, daß der Kampf von Lip immer ein Kampf um Erhalt der Arbeitsplätze war.

Damals hat sich unser Kampf mit vielen anderen Bewegungen getroffen, z.B. mit pazifistischen, antimilitaristischen wie der im Larzac. In dem Zusammenhang haben wir uns die Frage nach der Art unserer Produktion gestellt. So nach und nach hat sich bei einigen Lip-Arbeitern der Wunsch nach Einstellung der Waffenproduktion herausgebildet. Das war zur Zeit des ersten Konfliktes (1973).

Sanierungs_Plan

Am 26. Juni 1978 haben wir der Regierung einen Sanierungsplan für den Betrieb vorgelegt, und zwar in Form einer Arbeiterproduktionskooperative, bestehend aus den Bereichen Uhrenproduktion, Fein- und Mikromechanik, Uhrengehäuseproduktion und einigen Aktivitäten im medizinischen Bereich. Ein Jahr nach Vorlage dieses Plans teilte uns die Regierung mit, daß man mit der Abteilung Fein- und Mikromechanik einverstanden sei, was die Uhrenproduktion betrifft, sei sie anderer Meinung: sie sei zu groß und würde wohl viele Probleme stellen. Wir müßten also diesbezüglich unsere Vorstellungen einschränken, vor allem, was den Uhrenexport anbelangt. Dabei darf man jetzt aber nicht vergessen, daß einerseits Pläne unterstützt werden, wie z.B. die der Firma Matra, die sich in einige Uhrenfirmen eingekauft hat, um so etwas wie einen multinationalen Uhrenkonzern aufzubauen. Sie haben uns gesagt: in Ordnung, ihr könnt weiterhin Uhren produzieren, aber bitte nicht mehr so viele, jetzt gibts nämlich Matra. Zum Dritten, was die Uhrengehäuseproduktion angeht, gibt die Regierung ein kategorisches Nein, obwohl sie ein Jahr vorher anscheinend damit einverstanden war. Der Grund dafür ist ein Abkommen im Rahmen der internationalen Marktaufteilung zwischen Frankreich und einem großen Schweizer Uhrenfabrikanten, der beinhaltete, daß dieser Fabrikant wenige Kilometer von der schweizerischen Grenze entfernt eine Uhrenfabrik baut, die ungefähr 300 Arbeitsplätze beinhaltet.

Dadurch war der Bereich Uhrengehäuseproduktion bei Lip zum Scheitern verurteilt. In diesem Bereich hat die Regierung jede Unterstützung abgelehnt. Was den medizinischen Bereich angehe, werde man sehen, wie's bei uns läuft.

Und das heißt für uns erst mal, daß wir, statt 300 bis 350 Arbeitsplätze zu erhalten, nur noch über eine Produktionskapazität von knapp 200 Arbeitsplätzen verfügen. Das heißt für gut 100 Lip - Arbeiter den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Genau an diesem Punkt hat uns die Regierung Rüstungsaufträge in Aussicht gestellt.

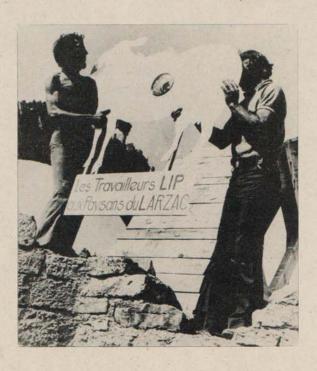
Die Regierung hat also gesagt, ihr solltet vielleicht Waffen produzieren?

-- Die Regierung hat nicht ausdrücklich ja gesagt zu den Rüstungsaufträgen. Sie hat gesagt, man müsse halt mal sehen, was da los ist... Faktisch produziert Lip zur Zeit keine Waffen. Es ist aber nicht undenkbar, daß man darauf zurück kommt um 30 - 40 Arbeitsplätze zu retten. Es ist sogar Wahrscheinlich, aber es ist noch nichts sicher.

Wir werden niemals fertige Waffen produzeiren. Was wir produzieren, sind Einzelteile; Räder und Hülsen usw.

Auf der einen Seite erklärt ihr euch solidarisch mit dem Kampf im Larsac, auf der anderen Seite produziert ihr für das Militär.

-- Sicher; aber man darf nicht vergessen, daß Frankreich der drittgrößte Waffenlieferant der Welt ist, bezogen auf die Einwohnerzahl sogar der größte. Das heißt, die einzige Branche, die in Frankreich out läuft und Arbeitsplätze schafft, ist die Rüstungsindustrie. Und so gesehen ist das Problem der Waffenproduktion für die Arbeiter von Lip nicht das größte Problem. Das stellt für die engagierten Arbeiter natürlich ein Problem dar, - gerade für die, die sich im Larzac engagieren -, aber, und das muß man leider sagen, für die gesamte Belegschaft ist das nicht das große Problem.



Also, Arbeit ist Arbeit, egal was.

-- Ja, inclusive Waffenproduktion.

Aber im Gegensatz zu 1973, wo die engagierten Kollegen Angst hatten, diese Frage offen zu stellen, stellt sie sich heute ganz frontal. Unter den engagierten Arbeitern gibt es auch heute noch eine Minderheit, die über dieses Thema lieber nicht sprechen will, aber im Großen und ganzen wird heute darüber geredet.

Wieviele Arbeitsplätze würde denn die Rüstungsproduktion schaffen?

-- 60 - 70, nicht mehr, und wir sind heute 350 Arbeiter.

Könnt ihr eure Maschinen nicht auf eine andere Produktion umstellen?

-- Sicher, sehr gut sogar. Nur dabei ist das Problem, daß wir nicht genügend Techniker haben, viele sind uns damals davongelaufen. Rüstungsproduktion ist ja auch keine schöne Arbeit. Wir haben aber heute in Lip viele ungelernte Arbeiter.

Produktionsumstellung

Also müßten wir bei einer anderen Produktion Techniker von außen einstellen.
Das würde aber nicht unbedingt bedeuten, daß dann alle ungelernten hier weiter arbeiten könnten. Das würde allerdings die betriebsinternen
Spannungen noch verschärfen, da man, statt innerhalb genügend Arbeitsplätze zu schaffen jetzt auch noch Leute von außen einstellt.

Was denken denn eure Gewerkschaften darüber?

-- Meinst du die Waffenproduktion; die Gewerkschaften kümmern sich in erster Linie
um den Erhalt der Arbeitsplätze. Soweit
ich weiß, hat sich die CGT das Problem der Rüstungsproduktion nie gestellt. Innerhalb der CFDT schon, da gibt
es einen Anfang, aber nur sehr, sehr langsam, die Waffenproduktion auf nationaler
Ebene in Frace zu stellen, insbesondere, was den Waffenexcort betrifft.

Eure Uhrenproduktion reicht nicht aus um euch zu bezahlen?

-- Wenn Lip wieder auf die Beine kommen sollte, ist die Uhrenproduktion nur
eine unter anderen. Seit 4,5 Jahren
hat Lip seine Markstellung verloren,
und in der Zwischenzeit haben Amerikaner und Japaner diese Marktstellung eingenommen. Wir verkaufen heute, und das
auch nur über den militanten Verkauf ungefähr ein Fünftel der Uhren, die wir vor
dem Konflikt normal verkauft haben.

Wir sind heute auf dem technischen Niveau von 1972, insbesondere was die elektronischen und die Quarzuhren angeht. Wir sind also in dieser Hinsicht völlig draußen.

Das liegt aber daran, daß ihr die finnanziellen Mittel nicht habt.

-- Ja. Wir sind nicht in der Lage, wie früher ein Forschungslabor zu unterhalten. Man muß ganz realistisch sehen, daß der Französische Uhrenmarkt so ist, daß wir nicht mehr reinkommenkönnen. Wenn es überhaupt noch eine Markt für uns gibt, dann den der Fein, Micro- und Elektromechanik.

Deshalb suchen wir nach anderen Möglichkeiten neben der Uhrenproduktion, unabhängig von der Rüstungsgeschichte, und was dabei rauskommt wissen wir nicht.

Das Problem mit euren Uhren ist doch letztendlich ein Marktproblem. Ist es denn nicht vorstellbar, einen Gegenmarkt aufzuziehen, der erstmal aus den Linken aus allen möglichen Ländern besteht?

Ich bewundere deinen Glauben und dein Vertrauen in die internationale Linke, aber 6 Jahre Kampf haben mir persönlich viele Illusionen genommen.

Solidarität

Wenn man mir sagt: wir sind solidarisch mit euch - sehr gut. Aber das bleiben Worte. In Anbetracht der vielen hunderttausend die LIP unterstützt haben, haben wir in den LIP-Freundeskreis (Association-LIP) viele Hoffnungen gesetzt. Sie wurden nicht erfüllt.

Es gibt da noch eine andere Geschichte: Francois hat mir erzählt, daß ihr eine Lizenz haben könnt, daß ihr Kredite haben könnt, aber unter der Bedingung, daß ihr einige eurer Leute vor die Tür setzt.

-- Ich war persönlich nicht bei der Unterredung mit der Regierung dabei, aber meine Genossen haben mir erzählt, über was dort geredet wurde.

Waren das alles Gewerkschafter?

-- Das waren Vertreter der Kooperative, des Betriebsausschusses, ein Vertreter der CFDT und außerdem ein Vertreter der Gesamtmetall der CFDT. Und natürlich verschiedene Vertreter der Ministerien.

Unsere Leute haben das Gefühl gehabt obwohl es nicht klar war -. daß die Lip - Akten neu aufgeschlagen werden sollten, und daß die Regierung womöglich bereit ist, eine finanzielle Unterstützung zu geben, allerdings nicht bedingungslos. Wenn man weiß, daß auf lokaler Ebene der Präfekt (bevollmächtigter Abgesandter der Pariser Regierung; d. Red.) weiterhin gegen eine reguläre Neueröffnung von Lip ist, daß die gesamte Arbeitgeberschaft gegen jede Hilfe für Lip ist, und wenn man sich nichts vormacht, daß wir nämlich in einem Frankreich mit einer von Rechten geführten Regierung leben, die nie so stark war wie heute, und das wohl noch für einige Jahre.

Der Präfekt von hier ist also gegen alles, was euch betrifft?

-- Ja, und wenn hier was passiert, dann nur dadurch, daß er massiven Druck von außen bekommt. Er hat ganz offen gesagt, daß er gegen eine Wiedereröffnung von Lip ist. So gesehen hatten unsere Delegierten den Eindruck, daß es eine ganze Reihe von politischen Auflagen geben wird.

Auflagen

Die erste war einerseits der Auszug von Lip aus Palente (Stadtbezirk von Besancon. d. Red.), auf der anderen Seite haben wir sehr genau registriert, daß es eine Bereitschaft gibt, Lip wieer aufzubauen, aber nicht in Palente.

Die Regierung ist etwas in der Zwickmühle, da Lip einen großen Namen hat und ein Symbol ist, das man nicht so einfach sterben lassen kann. Entweder wollen sie uns zwei Kilometer weiter verlegen, in eine stillgelegte Fabrik, die sie für uns aufmöbeln würden, und die sehr altmodisch und unpraktisch ist. Sie wollen uns zerstückeln, und wir versuchen, zusammenzubleiben. Wir wissen ganz genau: wenn sie uns aufteilen, sind wir fertig.

Also entweder in diese stillgelgte Fabrik, die man eventuell vergrößern könnte, oder man würde eine neue Fabrik bauen, sech, sieben Kilometer weg von Besancon, wo es schön ruhig ist. Da braucht man sich allerdings nichts vorzumachen, eine Fabrik zu bauen dauert drei
Jahre. Dieser Vorschlag legt uns also
eine Wartezeit von 3 Jahren auf. Und sie
haben uns zu verstehen gegeben, daß
schließlich wir etwas von der Regierung wollen und nicht etwa umgekehrt. Und von diesem Standpunkt aus
werden unsere Vorschläge geprüft und entschieden.

Dabei muß man sehen, daß unsere Vorschläge kuzfristig nicht für alle Arbeiter Arbeitsplätze schaffen können, und wir haben entsprechend gemerkt, daß die Regierung es gern hätte, daß wir 10, 20, 30, 40 Arbeiter in andere Betriebe schikken.

Und das waren die Diskussionen der letzten Wochen.

Innerhalb der CFDT gibt es zwei Tendenzen die etwa gleich stark sind: die eine ist aus taktischen Gründen für diese Auslagerung, die andere lehnt das kategorisch ab, da es also innerhalb der Gewerkschaft keine Einigung gab, kam das Problem zur Abstimmung vor die Vollversammlung der Lip - Arbeiter.

Wenn ich jetzt für die Auslagerung stimmen müßte, müßte ich doch Angst haben, selber einer derjenigen zu sein, die ausgelagert werden.

-- Ja, man darf aber nicht vergessen, daß die müde sind: sechs Jahre Kampf, sech Jahre Unsicherheit, sechs Jahre offene Fragen "Was wird aus uns?"... Wir sind an einem Punkt, wo sich viele Leute sagen: egal wie, Hauptsache Schluß damit. Die Leute wollen endlich genau so sicher leben können wie alle andern.

Probleme

Andererseits haben eine ganze Reihe Leute diese Wahl rein taktisch begriffen. Sie haben zwar für das Prinzip der Ausgliederung gestimmt, sind aber absolut nicht bereit, sich ausgliedern zu lassen. Und viele haben sich gedacht, daß sie persönlich auf keinen Fall ausgegliedert werden. Meiner Meinung nach ist die tatsächliche Mehrheit bei dieser Wahl minimal, und die Würfel sind noch nicht gefallen.

Man muß allerdings klar sehen, daß wir kurzfristig nicht in der Lage sind, 350 Arbeitsplätze zu schaffen, langfristig schon. Das Problem ist, solange zu zu überleben. Ihr habt jetzt sechs Jahre gekämpft....

-- Einverstanden. Und wir haben die ganze Zeit über nach anderen Produkten gesucht: wir haben aus Rüstungsteilen Wecker produziert, unsere Versuche im medizinischen Bereich, wir haben in Auftrag die Atomkraft - Nein - Danke - Uhren produziert, aber leider entscheiden nicht wir unsere Produktion, sondern die Regierung. Unser Problem ist die Erhaltung unserer Arbeitsplätze. Und wenn du sagst: Wir produzieren nie mehr Waffen, dann bleibst du zwar stolz und standhaft, aber du verhungerst. Ich weiß, daß diese Ideen im ganzen Volk verankert sein müßten, aber im Moment geht es darum, Arbeit zu haben und zu fressen. Und warum hat sich wohl die Mehrheit der Belegschaft für die Waffenproduktion ausgesprochen? Doch nicht, weil sie Spaß daran haben, sondern um fressen zu können.

Waffenproduktion ist doch aber keine Lösung für Probleme wie Arbeitslosigkeit, Militarismus, etc....

-- O.k.! Aber wenn du 2,3 Jahre nach anderen Produktionsmöglichkeiten suchst und merkst, daß du damit nicht durchkommst, dann gibt es nur eine Sache momentan, die Erfolg hat: Waffenproduktion. Entweder läßt du 50 Freunde fallen, oder du sagst: egal wie, wir bleien zusammen und führen unseren Kampf weiter.

Ich will nochmal auf den Punkt mit der Rüstungsproduktion zurückkommen:

Egal, ob bei uns, oder bei euch, es gibt nur eine kleine Minderheit, die sich gegen die Rüstung stellt.

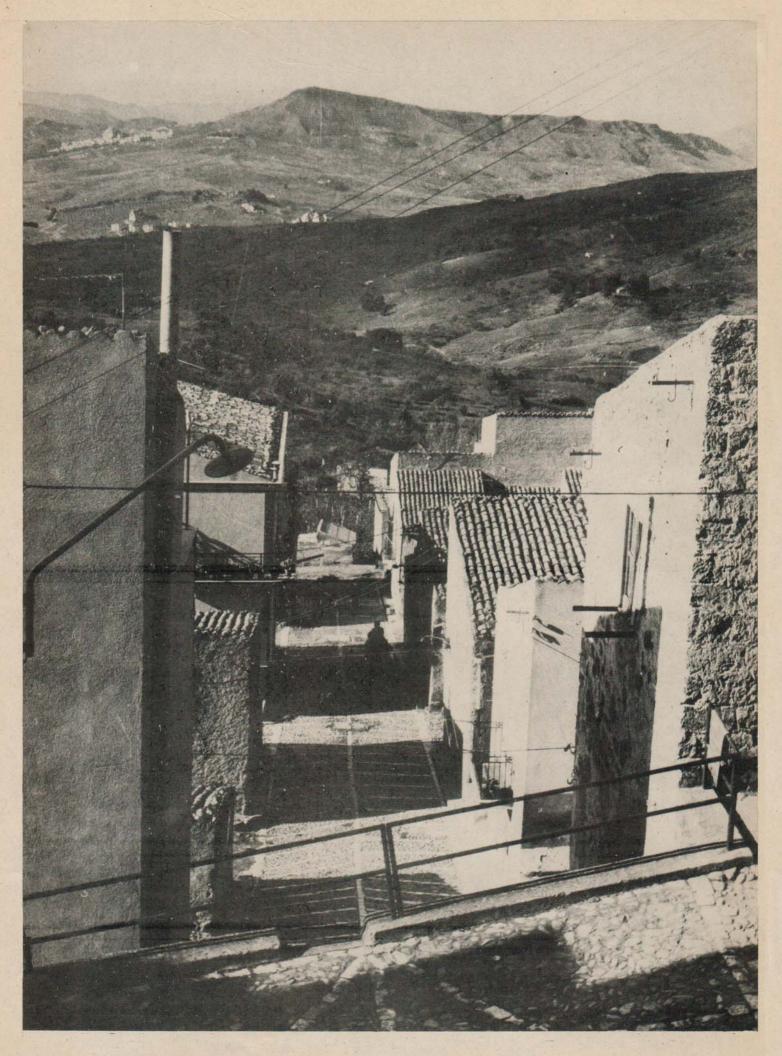
Ich akzeptiere, wenn du da Lip kritisierst; aber: wer ist denn Lip? Lip ist verglichen mit der französischen Bevölkerung nichts. Wir sind nur ein kleiner Betrieb, der vielleicht mal Waffen produziert. ich kenn aber Gewerkschafter, die in großen Betrieben arbeiten, die ausschließlich für die Rüstung produzieren. Und die sagen sowieso nichts dagegen, weil sie sonst ihren Arbeitsplatz verlieren und die Kollegen denken, er wolle ihnen ihre Arbeit wegnehmen.

Wenn ihr euch auf Waffenproduktion einlaßt, dann seid ihr total abhängig vom Staat.

-- Sicher, dann sind wir ausgeliefert, mehr noch als bisher. Deswegen bin ich auch dagegen. Das ist ein großer Widerspruch.







ALIA — Sizilien EIN BEISPIEL

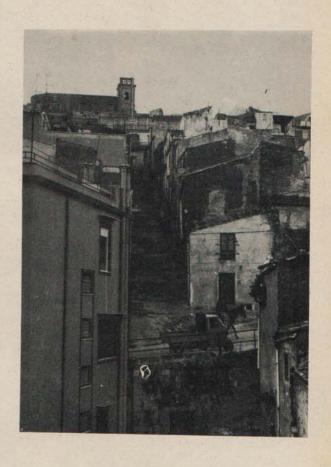
IM JUNI LETZTEN JAHRES FLATTERTE UNS EINE EIN-LADUNG ZU EINEM SEMINAR IN ALIA, SIZILIEN INS HAUS. EINE SELBSTVERWALTETE FRAUEN-TEXTIL-KOO-PERATIVE SUCHTE KONTAKT ZU GLEICHGESINNTEN PRO-JEKTEN FÜR ZUSAMMENARBEIT UND EVENTUELLEM AUS-TAUSCH VON PRODUKTEN.

ZU DIESEM ZWECK SOLLTE EINE SEMINARWOCHE STATT-FINDEN IN ALIA VOM 5, BIS 12. AUGUST MIT DEM THEMA:

" DIE ROLLE DER SELBSTVERWALTETEN BETRIEBE IM SOZIALEN, KULTURELLEN, POLITISCHEN WANDEL. ERFAHRUNGSAUSTAUSCH. ANALYSE. MÖGLICHKEITEN DER KOOPERATION."

DAS ALLES KLANG SEHR INTERESSANT UND SO FOLG-TEN WIR (ZWEI FRAUEN DER ARBEITERSELBSTHILFE) DER EINLADUNG.

NACH EINER SEHR BESCHWERLICHEN FAHRT IN TO-TAL VON URLAUBSUCHENDEN GASTARBEITERFAMILIEN ÜBERFÜLLTEN ZÜGEN, KAMEN WIR IN DEM KLEINEN BERGDORF IN DER MITTAGSHITZE AN



ALIA: GESCHICHTE, STRUKTUR, EMIGRATION

Alia liegt ca 50 km von Palermo im Landesinneren. Alia hat wohl die für den Süden Italiens typische Entwicklung mitgemacht. Struktur und Geschichte der anderen Gemeinden in der Umgebung sind analog. Die Daten von Valledolmo, Roccapalumba, Montemaggiore usw. in der sozial politischen Entwicklung sind identisch.

In der Zeit von 1951 bis 1977 veränderte sich die Anzahl der Bevölkerung folgendermaßen:

1951 8311 1961 6386 1971 5156

1971 5156 1977 4500

Das hügelige und karge Gebiet wird vorwiegend für die Landwirtschaft und Viehzucht genutzt, eine der Haupterwerbsquellen der Bevölkerung. Der Boden wird nach uralten Methoden bestellt. Viel Land liegt brach, weil diejenigen, die sich mit modernen Bewässerungsanlagen auskennen, sind schon lange in die Industriegebiete im Norden abgewandert. Eine zweite Erwerbsquelle ist das Bauwesen, aufrechterhalten dadurch, daß die Emigranten mit ihren Ersparnissen sich ein Haus in Alia oder in der Umgebung bauen.

Es fehlt an Schulen, Krankenhäusern, Elektrizität, Trinkwasser gibt es alle drei Tage.....

Für die landwirtschaftlichen Produkte gibt es kaum Absatzmöglichkeiten. Viele sind darauf angewiesen, direkt ab Feld an Großhändler zu verkaufen, da die meisten möglichst schnell Geld brauchen. Es gibt aber auch keine weiterverarbeitende Industrie in dem Gebiet selbst, sondern die ist im Norden in den Industriegebiete, wo das Kapital konzentrier

Geht man durch das Dorf, der typische Anblick für den Süden: Alte Menschen, Frauen und Kinder. Die Männer und die jungen aktiven Leute mit "unternehmerischem" Geist sind fast alle emigriert, die zurückgelassenen Frauen sind Opfer der Schwarzarbeit. Es gibt Stickerinnen die für einen Tag Arbeit 1,20 DM Lohn erhalten. Die Handarbeiten der Frauen werden für einen unverschämten Hungerlohn aufgekauft und in Großstädten, im Norden, für sehr viel Geld verkauft. In dieser Situation der Strukturlosigkeit gibt es eine unverhältnismässig hohe Konsumwut, produziert durch die Massenmedien. Der Fernseher läuft den ganzen Tag und jeder, der sich ein Auto lei sten kann, versucht in dieser ansonsten

ganz ruhigen Stadt einen ohrenbetäubenden Großstadtcharakter zu produzieren.

Um der weiteren Emigration und der daraus resultierenden Zerstörung Einhalt zu gebieten, ist es notwendig am Ort selbst Arbeitsplätze zu schaffen. Die Idee der Kooperative ist in Alia und Umgebung nichts neues, das zeigt sich an der Geschichte des Gebietes. Immer wieder gab es den Versuch der Bauern sich von den Großgrundbesitzern unabhängig zu machen. Die Situation 1944-46: Es gärt unter den sizilianischen Bauern für eine Besetzung der unbebauten Ländereien, die nach dem Gesetz von Gullo, kommunistischer Minister, demjenigen zustanden, der sie bebaut. So gründeten die Bauern die erste Arbeiterkammer und Kooperative (anfangs 16, später dann 500 Mitglieder), um die Zuteilung des Bodens zu realisieren. Unter dem Druck der Großgrundbesitzer tat die regionale Regierung alles, um das Gesetz nicht anwenden zu müssen. So begannen die Bauern mit der Besetzung der Feudalbesitze. Die Großgrundbesitzer schalteten die Mafia ein. Im Oktober 1946 während einer Versammlung der Arbeiterkammer wurden zwei Menschen getötet und neun schwer verletzt durch einen Bombenanschlag der Mafia. Die Bedrohungen begannen; die Aktiven der Bewegung wurden schließlich zur Emigration gezwungen. Die Eigentüber erhielten mit zahlreichen Spitzfindigkeiten ihre Ländereien wieder zurück.



DIE WEINKOOPERATIVE "CASTELLUCCIO MIANO"

Die Entstehung der Weinkooperative "Castelluccio Miano" in Valledolmo ist in
demselben Zusammenhang zu sehen. Die
Kooperative sollte eine Möglichkeit sein
die Traubengroßhändler, die aufgrund ihrer absoluten Monopolstellung in der Lage sind, extrem niedrige Preise zu diktieren, auszuschalten und die Trauben
selbst am Ort in der Genossenschaft
zu Wein weiterzuverarbeiten. Dazu waren sehr hohe finanzielle Mittel notwendig, die staatlichen Subventionen
waren zwar gesetzlich festgelegt, wurden aber von der christdemokratischen
regionalen Verwaltung nicht bewilligt.

Erst eine Eingabe bei der Regierung in Rom machte es möglich. Dann Einschüchterungsversuche durch Bombenanschläge von seiten der Mafia in Zusammenarbeit mit den Großgrundbesitzern und Großhändlern.

16 Jahre Kampf um dieses Projekt realisieren zu können; und viele haben den Kampf angesichts der Gegenmacht aufgegeben, sind emigriert oder resigniert. Seit zwei Jahren wird nun der Wein in der Genossenschaft produziert, und heute sind es 340 Mitglieder, wovon 80% Weinbauern mit Klein- und Mittelbetrieben sind.

DAS SEMINAR UND DIE TEILNEHMER

Eingeladen dazu hatten die Kooperative
"Lavoro senza Emigrazione" und das Caap
(Centro di Animazione per l'Autogestione di Populare = Zentrum für Selbstverwaltung). Zu diesem Zweck war die Schule
in Alia angemietet worden, wo alle 45
Seminarteilnehmer untergebracht waren.
Die ersten drei Tage haben sich die
Gruppen nach einem ausgearbeiteten Fragenkatalog vorgestellt:

- In welcher Umgebung lebt und arbeitet die Gruppe (Stadt/Land)?
- 2. Wie haben die Gruppen angefangen? Mit welcher Intention, Motivation?
- 3. Was wurde verwirklicht? Aktuelle Aktivitäten? Perspektiven?

- 4. Welche Probleme gibt es und wie werden sie gelöst?
- 5. Wie haben sich die Gruppen organisiert?
- 6. Ansätze von Kooperation mit anderen selbstverwalteten Betrieben? Wie sieht die Zusammenarbeit aus? Wie könnte sowas international konkret aussehen?

Die Teilnehmer:

C a p o d a r c o, ceramica und elettronica aus Rom

Capodarco, das sind ungefähr 75 Behinderte und Nicht-Behinderte, die sich in zwei voneinander unabhängige, autonome Kooperativen teilt:

Capodarco ceramica: hier produzieren
25 Leute Töpferwaren, wie Gebrauchsgeschirr, kunstvolle Vasen, Lampenfüsse, teilweise werden die Produkte über Läden vertrieben, oder im Direktverkauf an Touristen oder auf selbstorganisierten Ausstellungen wie z.B. in Betrieben.
Capodarco elletronica: hier stellen 50
Leute elektronische Geräte und Teile, wie z.B. für Sprechapparate oder Fernseher, her. Dies sind meistens Auftragsarbeiten von größeren Betrieben.

In den beiden Cpodarco-Gruppen gibt es ein wpchentliches Delegiertentreffen, wo Probleme zur Organisation des Betriebes und der Arbeit diskutiert werden und gemeinsame Entscheiden getroffen werden. Darüberhinaus gibt es eine monatliche Hauptversammlung.

Communita Progetto Sud

Die Kooperative stellt Kupferstiche und Holzrahmen her.

Initiiert wurde sie vor drei Jahren von ehemaligen Mitgliedern der römischen Capodarco Kooperative, die aus Kalabrien stammten. Es sind heute ca. zehn Leute, die zusammen leben und arbeiten.

T e s s i l e aus Osomaso Die Gruppe wurde 1977/78 auf einem internationalen Treffen der Pax Christi-Bewegung: als Alternative zur Emigration Arbeitslosigkeit und Strukturzerstörung des Gebietes.

L i p aus Besançon, Frankreich Vormals besetzte Uhrenfabrik. Seit November 1978 wird diese Fabrik als Kooperative von 400 Arbeiterinnen und Arbeitern geführt. Produziert werden Uhren, medizinische Geräte und eletronische Präzisionsgeräte.

C a s i aus Brüssel, Belgien Die Gruppe setzt sich aus italienischen Emigranten zusammen, die im Rahmen der "Arbeiteruniversität" (ähnlich wie die Schule des Volkes in Alia) kulturelle Öffentlichkeitsarbeitet leisten, Kommunikation zwischen den Emigranten zu schaffen und dabei sind, eine selbstverwaltete Kfz-Werkstatt aufzubauen.

Arbeiterselbsthilfe aus Frankfurt, BRD

Als praktische Folge des Treffens in Alia und der dort diskutierten Kooperation haben wir im Dezember letzten Jahres eine Ausstellung in unseren Räumen organisiert und darüber zu informieren, das sizilianische Projekt hier in der BRD bekannt zu machen, und eine Unterstützung durch den Verkauf der Produkte praktisch werden zu lassen.



Das Caap hatte gleichzeitig zu dem Seminar, eine Ausstellung organisiert, um einmal die Bevölkerung Alias in das ganze Geschehen miteinzubeziehen und öffentlichkeit zu schaffen. Die Seminarteilnehmer hatten auf Wandzeitungen ihr Projekt dargestellt und nach Möglichkeit (wir hatten leider vergessen einen Schrank mitzunehmen!) auch die Produkte mitgebracht. Die Caap hatte einen Ausstellungskatalog drucken lassen, hatte fast in sämtlichen Zeitungen Artikel reingebracht und so war die Ausstellung sehr gut besucht von der Bevölkerung.

Durch die Internationalität des Ganzen waren manche Punkte sehr schwer zu dikutieren. Die ganzen Gespräche mußten in drei Sprachen, französisch, deutsch und italienisch geführt werden. Und das ging oft mit dem südländischen Temperament durch und endete in einem heillosen Durcheinander.

Nachdem die Vorstellungen der einzelnen Gruppen beendet waren, wurde diskutiert, welche gemeinsamen und welche unterschiedlichen Erfahrungen es
gibt; geht das politische Selbstverständnis der einzelnen selbstverwalteten Betriebe in eine Richtung und
welche Möglichkeiten der praktischen
Kooperation auf politischer und ökonomischer Ebene ergeben sich!

CENTRO DI ANIMAZIONE PER L'AUTOGESTIONE DI POPULARE

Die Caap soll, wie der Name schon sagt, ein Zentrum für Selbstverwaltung der Volkes sein. Hier arbeiten Leute politisch zusammen, deren Ziel es ist die Idee der Selbstverwaltung, im Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die Ausbeutung der Menschen, für eine menschlichere und basisdemokratisch organisierte Gesellschaft, jetzt schon prak-

C.A.A.P.

tisch werden zu lassen und in die Bevölkerung hineinzutragen, öffentlichkeit zu schaffen, selbstverwaltete Projekte zu unterstützen.

Ausgangspunkt für die Arbeit des Zentrums sind die Probleme und unmittelbaren existenziellen Bedürfnisse und die Ideen der Bevölkerung, der Aliser. Das Caap greift sie als ein integraler Bestandteil des Dorfes auf und diskutiert und realisiert sie mit den daran Interessierten.

So entstanden in diesem Diskussionszusammenhang, im Rahmen des Zentrums, bisher zwei praktische Projekte: Die Frauenkooperative "Lavoro senza Emi-

> Lavoro senza Emigrazione
 > Arbeit ohne Emigration <

Anfang 1977 entstand diese Textilkooperative der Frauen in Alia. Am Anfang waren es drei Frauen und mittlerweile arbeiten acht selbstverwaltet in der Kooperative. Das Weben von Teppichen ist eine alte Tradition der Frauen in diesem Ort Die drei Frauen hatten sich einen alten Webstuhl besorgt und begonnen nach alten Mustern Teppiche zu weben und Leinentaschen herzustellen. Die Frauen



LIBORIA AM WEBSTUHL IN DER KOOPERATIVE

aus der Kooperative beschreiben ihre Arbeit so: "Durch die Arbeit in der Kooperative habe ich viele Dinge verstanden, in Alia gibt es den Spruch: Viele Köche verderben den Brei, aber wir versuchen gemeinsam zu kochen, die Patrone sind wir, wir machen uns zu den Organisatoren und hoffentlich auch zu den Buchhaltern. Folglich sind wir es, die die Arbeit organisieren und auch realisieren. Unsere Kooperative ist deshalb selbstgeführt. Ich weiß, daß der Chef außer dem Verdienst an dem Anfangsmaterial und der Bezahlung der Arbeiter natürlich einen Verdienst für seine Kapitalinve-



stition erwägt und dies ntürlich den Arbeitern abzieht. Wir versuchen kein Darlehen mit Zinsen aufzunehmen, weil es das gleiche sein würde als gratis für den Chef zu arbeiten. Wir haben keinen Profit, sondern die Preise ergeben sich aus den Kosten für das Anfangsmaterial, aus den notwendigen Ausgaben und aus der Bezahlung unserer Arbeitsstunden, die wir wirklich gearbeitet haben."

"Die Maschinen, die wir haben, gehören niemandem von den Mitgliedern, weil wir sie von dem Geld kaufen, daß wir gewinnen, wenn wir die Preise jedes Produkts





ein wenig steigern. Deshalb gehören die Maschinen der Kooperative, also dem der gerade mitarbeitet."

"Alle können wir die gleichen Sachen machen, und wenn jemand fehlt, dann sind wir alle fähig zu weben und zu nähen."

"Wenn ich irgendeine Arbeit mache, fühle ich mich zufrieden, weil es eine Sache ist, die ich mit meinen Händen gemacht habe. Wenn wir sie verkaufen, bin ich zufrieden, weil ich sehe, daß meine Arbeit geschätzt wird.

Zu Anfang der Kooperative wurden folgende Ziele formuliert: Die Kooperati-



ve soll den Frauen Arbeit geben, die Bezahlung ist gleich für alle und jede Frau macht dieselben Arbeiten. Die Kooperative soll zeigen, daß auch die Frauen ein Recht auf Arbeit haben ohne emigrieren zu müssen. Es sollen Produkte hergestellt werden, die nützlich sind und von allen gekauft werden können.

Die Produkte werden mit Hilfe von Freunden, mit Ausstellungen, die vom Caap und den Frauen gemeinsam organisiert werden oder auch durch Dritte-Welt-Geschäfte im Ausland verkauft. Geplant ist der Verkauf in Fabrikkantinen. Um an der Kooperative teilnehmen zu können zahlt man 20000 Lire als Kapital ein, die jedoch immer dem Mitglied bleiben und 150 Stunden Gratisarbeit für die Einschreibung.

Bei der Arbeit in der Kooperative hat sich für die Frauen vieles verändert. Sie sind tagsüber außer Haus, haben die Auseinandersetzung mit anderen Frauen, sie haben gelernt gemeinsam Entscheidungen zu treffen, zu planen, die Gesetze der Ökonomie anhand ihren alltäglichen Erfahrungen zu durchschauen. Ihre veränderte Situation beschreiben die Frauen so:

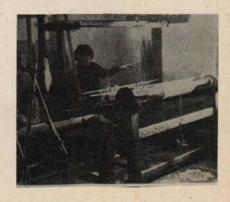
"Die Fabrikarbeit erforderte, auch wenn sie nicht besonders schwer war nur Aufmerksamkeit für die Maschine, man durf-



te nur alleine an die Stücke denken, die die Hände passieren mußten. Während ich in der Kooperative arbeite, beobachtet und kontrolliert mich keiner. Am Ende meiner Stunden rechne ich ab und sehe, daß ich einen guten Verdienst habe."

"Seit ich in der Kooperative arbeite, fühle ich mich unabhängiger und bin freier mich auszudrücken, sei es meinen Kameradinnen gegenüber oder bei der Arbeit."

Ich fühle mich seit ich in der Kooperative arbeite, als eine nützliche und aktive Frau. Sicherlich, meine Familie war daran gewöhnt, immer die Frau zuhause zu haben.



Die Schule des Volkes

Eine Frau aus der Kooperative sagt dazu: "Aber nur ein Teil der Ausbeutung ist die der Patrone, es gibt auch die der intelektuellen. Das sind jene, die in der Welt der Studien leben und deshalb informiert sind, wie z.B. die Rechtsanwälte, die Doktoren usw. Diese benützen ihr Wissen um ungebildete Leute auszubeuten. Aus dieser Überlegung der Dinge ist das Bedürfnis entstanden sich zu informieren und man schafft die Schule des Volkes, wo man sich einmal in der Woche trifft sich Informationen aneignet, um sich gegen die Nutznießer der Unwissenheit zu verteidigen.

Die Frauen der Kooperative wollen, daß die Schule ein Treffpunkt ist, nicht begrenzt auf sie, sondern offen nach außen, ausgedehnt auf ihre Freunde, Familien und die Bevölkerung. Es ist wichtig, sagen sie, daß man sich gemeinsam und gegenweitig informiert.

DIE ZIELE DER SCHULE:

- * einen Treffpunkt zu schaffen
- * Kurse in Schreiben und Lesen anzubieten, um dem Analphabetentum entgegenzuwirken. Viele aus der Bevöl-



DIE LANDWIRTSCHAFT

kerung haben das nie gelernt. Oder ein anderes Problem ist, daß nach zehn Jahren Emigration Familien wieder zurückkommen, deren Kinder aber kaum die italienische Sprache lesen oder schreiben können.

* Gemeinsam ein Thema auszuwählen und es so zu behandeln, daß man die Kenntnisse erwirbt, die für das Verständnis der Realität, in der man lebt, notwendig sind.

Die Schule des Volkes findet in den Win-

termonaten statt, weil die Mehrzahl der Alieser von der Landwirtschaft lebt und im Sommer sind die Bauern oft 14-16 Stunden täglich draußen beschäftigt. In Abendveranstaltungen, die von den Dorfbewohnern gut besucht waren wurden bisher folgende Themen behandelt: Die Erneuerung der Landwirtschaft. Die Beziehungen zwischen Mädchen und Jungen. Die Kämpfe der Bauern nach dem letzten Krieg, um die Zuteilung der unbebauten Länder zu erreichen.

Der Rotationsfond

Das Beispiel der Frauen in Alia hat Schule gemacht. So überlegen sich einige Frauen im Nachbarort Valledolmo eine Nähkooperative zu gründen. Oder: in Alia soll eine landwirtschaftliche Kooperative entstehen, die auch die Weiterverarbeitung der Produkte zu, z.B. Gemüsekonserven, beinhaltet. Oder: Drei Frauen wollen eine selbstverwaltete Druckerei in Alia aufbauen. Sie arbeiten zur Zeit in einer Druckerei in Palermo, um etwas Einblick in die Arbeit zu bekommen und besuchen verschiedene Druck-Kurse.

Um all diese Ansätze von Selbstver-

waltung auch realisieren zu können und wirksam unterstützen zu können, hat das Caap einen Rotationsfond gegründet, aus Spendengeldern von Freunden und Mitgliedsbeiträgen. Jedes Mitglied zahlt bei Eintritt in die Caap 50000 Lira in den Fond. Die Gelder werden als zinslose Kredite vergeben und je nach Möglichkeiten gestaffelt zurückgezahlt.

Die Öffentlichkeitsarbeit

Gleichzeitig macht das "Zentrum" kulturelle Öffentlichkeits- und Erziehungsarbeit mit dem Ziel, die Möglichkeiten der Selbstverwaltung mit der Bevölkerung gemeinsam zu diskutieren und bekanntzumachen.

Da werden Filme über Mafia, Medizin, Geschichte, Gewerkschaft, Religion und Emigration gezeigt. Oder das Caap veranstaltet einen Abend mit Gegeninformationen auf dem Gebiet "Ernährung, Umwelt und Arzneimittel", um ein Bewußtsein für solche Probleme zu schaffen.

Außerdem hat das Caap ein kleines Büro angemietet, wo Interessiert hingehen können und sich informieren können. Da liegen Tageszeitungen aus; da gibt's Bücher zum Ausleihen und Kaufen aus, zu Themen wie Mafia, Geschichte, Arbeiterbewegung, Informationen über andere Kooperativen und Gruppen; da hängen die Neuesten Gesetzesänderungen der Regierung aus, usw.

In einer vierteljährlich erscheinenden Zeitung, dem Notizario, berichtet das Caap regelmäßig über ihre Arbeit.

Die Frauen schreiben über ihre Erfahrungen in der Kooperative, beim Direktverkauf ihrer Teppiche oder bei Treffen mit anderer Gruppen im In- und Ausland.